



Bericht

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG i.d.F.v. 04.05.2000
- Universitätsklinika Jahr 2002 -**

Federführend ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Vorbemerkung

Zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Berichtes ist das Gesetz zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein - UK S-H - ein Jahr in Kraft. Der Bericht betrifft das Geschäftsjahr 2002, dem Jahr unmittelbar vor der Fusion der Universitätsklinika Kiel und Lübeck. Die wirtschaftliche Lage der beiden Klinika im Jahr 2002 und die zukünftig erwarteten schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterstreichen den Beschluss der Landesregierung, die Universitätsklinika Kiel und Lübeck zu einer leistungsstarken und wettbewerbsfähigen Einrichtung der Hochschulmedizin zusammenzuführen.

Die Universitätsklinika Kiel und Lübeck schlossen das Geschäftsjahr 2002 mit nennenswerten Verlusten ab. So weist das Universitätsklinikum Kiel für 2002 einen Jahresfehlbetrag von 11,5 Mio. Euro aus, das Universitätsklinikum Lübeck einen Fehlbetrag von 0,7 Mio. Euro. Durch Entnahmen aus den Kapital- und Gewinnrücklagen konnte das Klinikum Kiel mit einem Bilanzverlust von 4,9 Mio. Euro und das Klinikum Lübeck mit einem ausgeglichenen Bilanzergebnis das Geschäftsjahr 2002 abschließen. Ursächlich für die Verschlechterung der Ertragslage der beiden Klinika war vor allem ein überproportionaler Anstieg der Personalaufwendungen, der nicht durch entsprechende Erlössteigerungen kompensiert wurde. Die Personalaufwendungen stellen sich als maßgebende Kosteneinflussgröße dar. Ihr Anteil an den gesamten betrieblichen Aufwendungen lag nach dem von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision entwickelten Kennzahlensystem für 2002 bei rd. 67%.

Der Übergangsvorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, dem die bisherigen Vorstandsmitglieder der Klinika Kiel und Lübeck unter Vorsitz von Günther Jansen angehörten, hat in 2003 umfassende Spar- und Strukturmaßnahmen zur Kostenreduzierung eingeleitet, um das für das Jahr 2003 prognostizierte Defizit von rd. 31 Mio. Euro deutlich zu reduzieren. Zugleich hat er mit ersten Erfolgen begonnen, die Fusion faktisch umzusetzen. So wurde die gemeinsame Organisation zentraler Verwaltungsbereiche wie Beschaffung, Informationstechnologie, Controlling, Finanzen und Rechnungswesen vorbereitet. Die Schwerpunktbildung in der Forschung ist zwischen den beiden Medizinischen Fakultäten und dem Klinikum verabredet und zukunftsorientiert ausgerichtet.

Seit dem 1. Oktober 2003 ist der neue vierköpfige Vorstand im Amt. Seine Aufgabe wird es sein, den Fusionsprozess weiter voranzutreiben, das Klinikum wirtschaftlich zu stabilisieren und die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Hochschulmedizin nachhaltig zu sichern und zu steigern. Dazu wird er eine optimale Organisation des Klinikums mit medizinischen Leistungszentren etablieren, die Abrechnung nach Fallpauschalen (DRG`s) einführen sowie die beiden Standorte zu **einem** Klinikum machen. Zudem ist das UK S-H gemeinsam mit den Fakultäten aufgefordert, eine leistungsfähige Trennungsrechnung zu entwickeln, die die Kosten- und Leistungsströme in der Krankenversorgung von denen in der Forschung und Lehre trennt und somit wesentlich die Transparenz der verwendeten Mittel verbessert.

Das UK S-H wird künftig erheblichen wirtschaftlichen Risiken gegenüberstehen, die sich aus verändernden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen ergeben. Hier seien aktuell die Einführung der Abrechnung nach Fallpauschalen (DRG`s) und der zunehmende Druck seitens der Krankenkassen genannt, in denen für das Universitätsklinikum nicht unerhebliche wirtschaftliche Unsicherheiten liegen. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes zum Bereitschaftsdienst der Ärztinnen und Ärzte. Weiterhin belasten die relativ hohen Personalkosten das wirtschaftliche Ergebnis des Klinikums. Um diese künftigen wirtschaftlichen Belastungen für das UK S-H abzufangen, sind im Rahmen der Fusion grundlegende strukturelle Veränderungen und neue Organisationsformen wie beispielsweise Betreibermodelle anzugehen.

Die Landesregierung berichtet dem Landtag gemäß § 126 Abs. 7 HSG i.d.F.v. 04.05.2000 zu den Jahresabschlüssen, der Verwendung der Jahresergebnisse und den Lageberichten der beiden schleswig-holsteinischen Universitätsklinika wie folgt:

Universitätsklinikum Kiel - UKK -**1. Vermögens- und Finanzlage, Investitionen**

Die Bilanzsumme des UKK betrug per 31.12.2002 259 Mio. Euro. Die Vermögens- und Finanzlage war im Geschäftsjahr 2002 geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen war im Geschäftsjahr 2002 durch langfristig zur Verfügung stehende Mittel und Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse finanziert. Das Eigenkapital verminderte sich von 14,7 Mio. Euro auf 2,4 Mio. Euro. Die Verminderung entfällt mit 0,8 Mio. Euro auf eine Umgliederung der noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungs- und Lehrprojekte und Eigene Einrichtungen aus den Rücklagen in die Sonstigen Verbindlichkeiten, auf Netto-Entnahmen aus den Kapital- und Gewinnrücklagen in Höhe von 6,6 Mio. Euro und auf den Bilanzverlust in Höhe von 4,9 Mio. Euro.

Aus der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision (im folgenden: Abschlussprüfer) durchgeführten Kapitalflussrechnung ergibt sich eine Abnahme des Finanzmittelbestandes¹ um 27,5 Mio. Euro auf minus 26,0 Mio. Euro. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und im laufenden Jahr bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Prüfung (Juni 2003) jederzeit durch Kredite der Landeshauptkasse gegeben. Allerdings hat sich die Liquiditätslage im Jahr 2003 wesentlich verschlechtert.

Das Anlagevermögen belief sich zum 31.12.2002 auf 192,6 Mio. Euro, es erhöhte sich um 10,2 Mio. Euro. Den Abschreibungen von 17,8 Mio. Euro standen Zugänge in Höhe von 28,3 Mio. Euro gegenüber. Von den Anlagenzugängen (investiven Ausgaben) entfielen 17,2 Mio. Euro auf diverse Baumaßnahmen (u.a. Neubau Neurozentrum, Mildred-Scheel-Haus, Brandschutzmaßnahmen) und 11,1 Mio. Euro auf

¹ Zusammensetzung: Flüssige Mittel abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse

Einrichtungen und Ausstattungen sowie immaterielle Vermögensgegenstände (hier: entgeltlich erworbene Software) und Beteiligungen.²

2. Ertragslage

Die Ertragslage des Universitätsklinikums Kiel im Jahr 2002 war gekennzeichnet durch steigende Betriebsaufwendungen, die nicht durch entsprechende Erlössteigerungen kompensiert werden konnten.

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (Budget der Krankenkassen) erhöhten sich um 3,2 Mio. Euro oder 1,6% auf 204,8 Mio. Euro. Der Anteil der aus Schleswig-Holstein stammenden, stationär behandelten Patientinnen und Patienten betrug 94,3%.

Die Wahlleistungserlöse (3,6 Mio. Euro) betreffen im wesentlichen Zuschläge für Ein- und Zweibettzimmer; sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,4%. Den Erlösen aus Wahlleistungen stehen allerdings Zuführungen zu Rückstellungen für die Rückforderung unangemessen hoher Zuschläge in Höhe von 0,4 Mio. Euro gegenüber. Aufgrund eines vom Bundesgerichtshof getroffenen Grundsatzurteils haben der Verband der privaten Krankenversicherung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft eine gemeinsame Empfehlung zur Neubemessung der Wahlleistungszuschläge mit Wirkung zum 01.08.2002 ausgesprochen.

Die ambulanten Erlöse entwickelten sich von 9,5 Mio. Euro im Jahr 2001 auf 9,8 Mio. Euro im Jahr 2002 und stiegen somit um 3,2%.

Die Erlöse aus den Nutzungsentgelten der liquidationsberechtigten Ärzte blieben mit 10,2 Mio. Euro annähernd konstant.

Der Zuschuss des Landes für nichtinvestive Aufwendungen für Forschung und Lehre sank um 2,3 Mio. Euro oder 3,4% auf 65,5 Mio. Euro.³

Die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 30,7 Mio. Euro verminderten sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,2 Mio. Euro oder 0,8%. Diese Position beinhaltet unter anderem die Erträge aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung lau-

² vgl. Geschäftsbericht des UKK, S. 35, Anlagennachweis, Spalte 3 „Zugang“, Spalte 8 „Zuführungen Abschreibungen“

³ Geschäftsbericht des UKK, S. 54

fender Aufwendungen, die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben und periodenfremde Erträge.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2002 insgesamt um 8,3 Mio. Euro oder 4,1%. Der Steigerung der Löhne und Gehälter liegt die Anhebung der tariflichen Grundvergütung zum 01.09.2001 um 2,4% zugrunde. Der durchschnittliche Personalbestand erhöhte sich im Berichtsjahr um 52,5 Vollkräfte, davon entfielen 34,8 Vollkräfte auf den Drittmittel- und den sonstigen Finanzierungsbereich.⁴ Wesentlich für den Anstieg der Personalaufwendungen war auch die Erhöhung der VBL-Beiträge, wobei davon 2,7 Mio. Euro auf einen erstmals im Berichtsjahr erhobenen Sanierungsbeitrag entfallen.

Der Aufwand für Material (medizinischer Bedarf, Wirtschaftsbedarf, Wasser, Energien und Lebensmittel) stieg um 1,3 Mio. Euro oder 1,5%. Dabei wurde die Zunahme im wesentlichen durch höhere Aufwendungen des medizinischen Bedarfs (u.a. infolge von Inventurkorrekturen und höheren Kosten für Arzneien und Laborverbrauchsmaterial) sowie des Wirtschaftsbedarfs verursacht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. Euro oder 3,9%. Im Wesentlichen wird diese Position bestimmt durch die Instandhaltungsaufwendungen, den Verwaltungsbedarf, die Mieten und Pachten, die Versicherungen, die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie die periodenfremden Aufwendungen.

3. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss 2002 weist einen Jahresfehlbetrag von 11,5 Mio. Euro aus. Unter Berücksichtigung der Netto-Entnahmen aus den Kapital- und Gewinnrücklagen in Höhe von 6,6 Mio. Euro wird ein Bilanzverlust von 4,9 Mio. Euro ausgewiesen, der in das Geschäftsjahr 2003 vorzutragen ist.

In dem von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision vorgelegten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2002 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2002 des UKK erteilte der Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2002 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Nach Feststellungen des Abschlussprüfers „vermittelt der Jahresabschluss unter Be-

⁴ Geschäftsbericht des UKK, S. 57

achtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums." Der Lagebericht gebe insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stelle die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

4. Beschluss des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2002

Ausweislich des Protokolls der Aufsichtsratsitzung vom 11.09.2003 und der Beschlussvorlage vom 04.08.2003 wurde der Jahresabschluss 2002 in der geprüften Fassung festgestellt. Den Entnahmen und Umgliederungen aus den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie der Zuführung zur Gewinnrücklage wurde zugestimmt. Es wurde beschlossen, den Bilanzverlust in Höhe von 4,9 Mio. Euro in das Geschäftsjahr 2003 vorzutragen.

5. Geschäftsbericht des Vorstandes

Auf den beigegeführten Geschäftsbericht des UKK für das Jahr 2002 und auf den Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002 wird verwiesen.

Universitätsklinikum Lübeck - UKL -

1. Vermögens- und Finanzlage, Investitionen

Die Bilanzsumme des UKL betrug per 31.12.2002 356,6 Mio. Euro. Die Vermögens- und Finanzlage war im Geschäftsjahr 2002 geordnet. Das langfristig gebundene Anlagevermögen war vollständig durch langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt. Das Eigenkapital verminderte sich von 19,4 Mio. Euro auf 16,9 Mio. Euro. Die Verminderung des Eigenkapitals resultiert aus Entnahmen aus der Kapitalrücklage zur Finanzierung von Investitionen (1,7 Mio. Euro) sowie zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages (0,7 Mio. Euro).

Ausweislich der vom Abschlussprüfer durchgeführten Kapitalflussrechnung hat sich der Finanzmittelbestand im Berichtsjahr um 7,7 Mio. Euro auf 11,0 Mio. Euro vermindert. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und im laufenden Jahr bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Prüfung (Juni 2003) jederzeit gegeben.

Das Anlagevermögen betrug per 31.12.2002 305,7 Mio. Euro, es verringerte sich um 0,7 Mio. Euro. Den Anlagezugängen von 17,5 Mio. Euro standen Abschreibungen von 17,8 Mio. Euro gegenüber. Von den investiven Ausgaben (Anlagezugängen) entfielen 8,2 Mio. Euro auf diverse Baumaßnahmen (u.a. Transplantationseinheit, Neubau Orthopädie/Neurochirurgie) und 9,3 Mio. Euro auf Einrichtungen und Ausstattungen (davon 4,3 Mio. Euro für medizinische Apparate und Geräte) sowie immaterielle Vermögensgegenstände (hier: entgeltlich erworbene Software), technische Anlagen und Beteiligungen.⁵

2. Ertragslage

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (Budget der Krankenkassen) erhöhten sich um 2,1 Mio. Euro oder 1,3% auf 167,7 Mio. Euro. Der Anteil der aus Schleswig-Holstein stammenden, stationär behandelten Patienten betrug 82,7%.

Die Wahlleistungserlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 14,7% auf 1,5 Mio. Euro. Dies ist auf die reduzierte Abrechnung von Wahlleistungszuschlägen für Ein- und Zweibettzimmer als Folge der gemeinsamen Empfehlung von PKV und DKG zur Neubemessung dieser Zuschläge zurückzuführen.

Die ambulanten Erlöse stiegen um 2,9 Mio. Euro oder 29,9% auf 12,8 Mio. Euro. Die Umwandlung von Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen führte zu Erlöseinbußen in 2001. Im Jahr 2002 hat sich die Situation normalisiert. Zudem konnten die Erlöse aus Medikamentenabgaben durch Mehrleistungen gesteigert werden.

Die Erlöse aus Nutzungsentgelten der Ärzte stiegen um 5% auf 6,0 Mio. Euro. Sie betreffen Honorarabgaben, Sachkostenerstattungen sowie Erstattungen für Gutachternebenberufungen.

⁵ vgl. Geschäftsbericht des UKL, S. 58f., Anlagennachweis, Spalte 3 „Zugang“, Spalte 9 „Abschreibung des Geschäftsjahres“

Der Zuschuss des Landes für nichtinvestive Aufwendungen für Forschung und Lehre sank um 1,8 Mio. auf 57,0 Mio. Euro.⁶

Die sonstigen betrieblichen Erträge (30,5 Mio. Euro) erhöhten sich um 3,5 Mio. Euro oder 13%. Maßgeblich für diese Erhöhung war eine gegenüber dem Vorjahr geänderte Buchungssystematik bei den Drittmitteln. Den hier ausgewiesenen Erträgen standen aber entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Die Personalaufwendungen stiegen insgesamt um 6,5 Mio. Euro oder 3,9% bei einer im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderten Zahl der Vollkräfte. Der Anstieg der Personalaufwendungen ist hauptsächlich auf die tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerung sowie auf die Erhöhung der VBL-Beiträge, davon entfallen 2,0 Mio. Euro auf einen erstmals im Berichtsjahr erhobenen Sanierungsbeitrag, zurückzuführen.

Die Materialaufwendungen erhöhten sich um 0,2 Mio. Euro oder 0,2% relativ geringfügig. Intensive Vertragsverhandlungen konnten drohende Preissteigerungen bei den Sachkosten abwenden.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 1,1 Mio. Euro oder 3,9%. Hierfür war insbesondere der Anstieg der Aufwendungen für den Verwaltungsbedarf, begründet u.a. durch Kosten für die GMSH, bestimmend.

3. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss 2002 weist einen Jahresfehlbetrag von 0,7 Mio. Euro aus. Der Fehlbetrag wird durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in entsprechender Höhe ausgeglichen, so dass das UKL für das Geschäftsjahr 2002 ein ausgeglichenes Bilanzergebnis vorlegt.

In dem von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision vorgelegten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2002 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2002 des UKL erteilte der Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2002 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Nach Feststellungen des Abschlussprüfers „vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klini-

⁶ Pos. 6a der Gewinn- und Verlustrechnung des UKL abzüglich 1,1 Mio. Euro für das Informations- und Kommunikationssystem

kums.“ Der Lagebericht gäbe insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stelle die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

4. Beschluss des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2002

Ausweislich des Protokolls der Aufsichtsratsitzung vom 11.09.2003 und der Beschlussvorlage vom 12.08.2003 wurde der Jahresabschluss 2002 in der geprüften Fassung festgestellt. Den Entnahmen aus der Kapitalrücklage wurde zugestimmt.

5. Geschäftsbericht des Vorstandes

Auf den beigefügten Geschäftsbericht des UKL für das Jahr 2002 und auf den Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002 wird verwiesen.

Anlagen:

1. Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2002 des Universitätsklinikums Kiel durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision
2. Geschäftsbericht 2002 des Universitätsklinikums Kiel
3. Auszug aus dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2002 des Universitätsklinikums Lübeck durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision
4. Geschäftsbericht 2002 des Universitätsklinikums Lübeck

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Auszug aus dem Bericht

Universitätsklinikum Kiel
Anstalt des öffentlichen Rechts
Kiel

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002
und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2002

Auftrag: 0.0137553.001

Exemplar:



III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

13. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat den im Jahresabschluss berücksichtigten

- Entnahmen aus den Kapitalrücklagen von € 3.306.511,67, den Gewinnrücklagen von € 3.329.118,14 und den Einstellungen in die Gewinnrücklagen von € 32.479,81 sowie
- der Umgliederung der zugewiesenen, aber noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungsmittel und Eigenen Einrichtungen aus den Kapitalrücklagen von € 229.735,39 und den Gewinnrücklagen von € 600.944,88 in die Sonstigen Verbindlichkeiten

zustimmt, mit Datum vom 12. September 2003 den folgenden **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Universitätsklinikum Kiel, Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden Regelungen in der Hauptsatzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Klinikums. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Klini-



kums sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

G. Schlussbemerkung

97. Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2002 des UKK erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Entwurf des Prüfungsstandards 450 n. F. des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.).

Der von uns mit Datum vom 12. September 2003 erteilte uneingeschränkte, unter einem Vorbehalt stehende Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. III "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Hamburg, den 12. September 2003

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Lorenzen)
Wirtschaftsprüfer

ppa.
(ppa. Fritsch)
Wirtschaftsprüferin



Jahresabschluss 2002

JAHRESBILANZ

AKTIVA

	Stand 31.12.2002		Stand 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen:				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		1.574.269,26		1.064.152,15
II. Sachanlagen:				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	86.836.447,88		84.139.168,45	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	2.603.062,64		2.751.742,06	
3. Technische Anlagen	10.606.509,69		3.249.163,83	
4. Einrichtungen und Ausstattungen	35.861.078,99		35.598.811,01	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	55.029.975,23	190.937.074,43	55.538.630,09	181.277.515,44
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen		68.000,00		
B. Umlaufvermögen:				
I. Vorräte:				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.544.402,97		9.697.588,49	
2. Unfertige Leistungen	1.071.888,38	10.616.291,35	854.322,83	10.551.911,32
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.917.303,77		47.522.597,57	
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als</i> <i>einem Jahr:</i>	0,00 €			
<i>(31.12.2001:</i>	0,00 €)			
2. Forderungen an den Krankenhausträger	0,00		66.528,26	
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als</i> <i>einem Jahr:</i>	0,00 €			
<i>(31.12.2001:</i>	0,00 €)			
3. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht	8.249.113,00		201.388,00	
<i>davon nach der BPfIV</i>	8.249.113,00 €			
<i>(31.12.2001:</i>	201.388,00 €)			
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als</i> <i>einem Jahr:</i>	0,00 €			
<i>(31.12.2001:</i>	0,00 €)			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.488.141,91	51.654.558,68	123.196,89	47.913.710,72
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als</i> <i>einem Jahr:</i>	0,00 €			
<i>(31.12.2001:</i>	0,00 €)			
III. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Landeshauptkasse Kiel		3.105.267,69		2.039.365,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten:				
1. Andere Abgrenzungsposten		1.063.095,59		967.369,60
		259.018.557,00		243.814.024,65

JAHRESBILANZ

PASSIVA

	Stand 31.12.2002		Stand 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital:				
1. Festgesetztes Kapital	6.668.440,98		6.668.440,98	
2. Kapitalrücklagen	0,00		3.536.247,06	
3. Gewinnrücklagen	559.044,11		4.456.627,32	
4. Bilanzverlust	<u>-4.863.459,83</u>	2.364.025,26	<u>0,00</u>	14.661.315,36
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens:				
1. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	171.697.160,78		164.464.657,68	
2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen	<u>7.140.739,41</u>	178.837.900,19	<u>6.762.746,56</u>	171.227.404,24
C. Rückstellungen				
1. Sonstige Rückstellungen		14.647.642,36		16.512.542,02
D. Verbindlichkeiten				
1. Gegenüber der Landeshauptkasse Kiel	29.127.229,27		532.197,39	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:	29.127.229,27 €			
(31.12.2001:	532.197,39 €)			
2. Erhaltene Anzahlungen	55.585,75		34.806,82	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:	55.585,75 €			
(31.12.2001:	34.806,82 €)			
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.785.285,47		19.330.998,97	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:	14.059.562,04 €			
(31.12.2001:	16.879.036,52 €)			
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger:				
- aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss	0,00		2.248.413,63	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:	0,00 €			
(31.12.2001:	2.248.413,63 €)			
5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.398.768,43		1.242.379,70	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:	1.398.768,43 €			
(31.12.2001:	1.242.379,70 €)			
6. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>16.801.138,27</u>	63.168.007,19	<u>18.023.434,78</u>	41.412.231,29
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:	16.801.138,27 €			
(31.12.2001:	18.023.434,78 €)			
davon aus Steuern	1.840.976,91 €			
(31.12.2001:	1.954.991,63 €)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	4.896,16 €			
(31.12.2001:	7.645,03 €)			
E. Rechnungsabgrenzungsposten:		982,00		531,74
		<u>259.018.557,00</u>		<u>243.814.024,65</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2002		2001	
	€	€	€	€
1. Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen	204.788.604,11		201.544.828,33	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	3.636.519,43		3.517.829,05	
3. Erlöse aus Ambulanten Leistungen des Krankenhauses	9.763.806,44		9.525.971,67	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	10.161.916,98		10.089.555,21	
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	217.565,55		-161.046,48	
6. Zuweisungen und Zuschüsse				
a. Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10	67.225.100,00		69.513.710,29	
davon Umschichtung in den Finanzplan	-2.906.213,45		-4.837.560,55	
dazu Umsetzung aus dem Finanzplan	3.115.513,47		8.181.734,73	
b. Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	31.412,60		22.060,59	
7. Sonstige betriebliche Erträge	<u>30.686.603,35</u>	326.720.828,48	<u>30.927.784,60</u>	328.324.867,44
<i>davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BPfIV, soweit nicht unter Nr. 1</i>	0,00 €			
(2001: 0,00 €)				
8. Personalaufwand				
a. Löhne und Gehälter	163.222.091,07		159.185.406,71	
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	46.234.229,72		42.003.125,88	
<i>davon für Altersversorgung</i>	16.368.454,90 €			
(2001: 13.230.958,49 €)				
9. Materialaufwand				
a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	68.475.344,27		67.997.147,05	
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>20.755.789,59</u>	298.687.454,65	<u>19.914.155,33</u>	289.099.834,97
Zwischenergebnis		28.033.373,83		39.225.032,47
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen				
a. Investitionszuschuss des Trägers				
- Zuschüsse	7.279.999,98		4.133.469,57	
- Zuführung aus EP 12	14.080.084,32		7.632.156,84	
b. HBFG				
- Zuschüsse	1.009.393,67		948.187,77	
c. Sonstige Investitionszuschüsse	1.574.502,74		4.971.725,10	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	17.748.153,41		22.892.914,69	
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	24.358.077,71		18.342.788,21	
13. Aufwendungen für nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	<u>0,00</u>	17.334.056,41	<u>0,00</u>	22.235.665,76
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17.836.867,24		23.099.914,47	
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>38.979.470,85</u>	56.816.338,09	<u>40.577.860,20</u>	63.677.774,67
<i>davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BPfIV, soweit nicht unter Nr. 1</i>	0,00 €			
(2001: 0,00 €)				
Zwischenergebnis		-11.448.907,85		-2.217.076,44
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		372.456,39		892.641,64
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		369.363,50		0,00
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-11.445.814,96		-1.324.434,80
19. Steuern		20.794,87		12.874,93
davon vom Einkommen und vom Ertrag	0,00			
20. Jahresfehlbetrag		-11.466.609,83		-1.337.309,73
21. Zuführung zu Gewinnrücklagen		32.479,81		1.821.585,25
22. Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen		6.635.629,81		3.158.894,98
23. Bilanzverlust		<u>-4.863.459,83</u>		<u>0,00</u>

Anhang

Das Universitätsklinikum Kiel ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Es führt das Siegel der Hochschule mit einer das Klinikum kennzeichnenden Umschrift.



Organe des Klinikums sind der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Für die Verbindlichkeiten des Universitätsklinikums Kiel haftet neben dem Klinikum das Land Schleswig-Holstein, soweit nicht Befriedigung aus dem Vermögen des Klinikums möglich ist.

Am 01.01.2003 ist durch Fusion des UKK und des UKL das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK-SH) entstanden.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss des Universitätsklinikums Kiel wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) über Bewertung und Ausweis sowie der Abgrenzungsverordnung (AbgrV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und §§ 340 ff. HGB.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zu Nominalwerten abzüglich gebildeter Einzelwertberichtigungen für erkennbare Einzelrisiken. Die übrigen Forderungen und Vermögensgegenstände werden mit ihren Nennwerten bilanziert.

Die Bilanzierung der Verbindlichkeiten erfolgt mit ihren verbliebenen Rückzahlungsbeträgen (Nennbeträgen).

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Das Anlagevermögen wird im Wege der buchmäßigen Fortschreibung im einzelnen in einer EDV-Auflistung erfasst.

Gegenstände des Sachanlagevermögens mit einer zeitlich begrenzten Nutzungsdauer werden entsprechend den steuerrechtlichen Vorgaben bzw. den Vorschriften der

KHBV abgeschrieben. Die Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter erfolgt voll im Jahr der Anschaffung.

Die Vorräte sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit Durchschnittspreisen bzw. den letzten Einstandspreisen bewertet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in Saldenlisten zusammengestellt, Kassenbestände und Bankguthaben sind durch Bestandsaufnahmen und Tagesauszüge belegt.

Die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein sind in einen Sonderposten eingestellt.

Für Investitionen, die mit Fördermitteln nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) sowie mit Drittmitteln finanziert werden, ist in analoger Anwendung des § 5 Abs. 3 KHBV ein Sonderposten passiviert. Der Sonderposten wurde in Höhe der entsprechenden Abschreibung sowie der Restbuchwerte bei Anlagenabgängen aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken wird durch die Bildung von Wertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen. Das Risiko eines Forderungsausfalls im Bereich der Krankenkassen wird durch eine Pauschalwertberichtigung abgedeckt. Zweifelhafte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden einzelwertberichtigt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt die finanziellen Risiken. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nicht gebildet, da das Land Schleswig-Holstein als Träger des Klinikums hinsichtlich der Pensionszahlungen aufgrund der geleisteten Umlagezahlungen keine Forderungen an das Klinikum geltend machen wird. § 137 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Universitätsklinik in Schleswig-Holstein bestimmt, dass für die mit Wir-

kung vom 01.01.1999 übergetretenen aktiven Beamtinnen und Beamten ein Beitrag zur Altersversorgung in Höhe des jeweiligen Beitrages der kommunalen Versorgungsausgleichkasse an das Land abzuführen ist. Bei Eintritt des Versorgungsfalles werden die Versorgungslasten vom Land geleistet. Einzelheiten regelt das Verwaltungsabkommen zwischen den Universitätsklinik des Landes Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen nach dem Altersteilzeitgesetz (ATZ) besteht eine angemessene Rückstellung. Die Ermittlung erfolgt nach den handelsrechtlichen Vorschriften auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktiva

Anlagevermögen

	Immaterielle Vermögens- gegenstände	Grundstücke mit Betriebs- bauten	Grundstücke mit Wohn- bauten	Technische Anlagen	Einrichtungen und Aus- stattungen	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Beteili- gungen	Gesamt
Anschaffungs- werte	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Bestand 1.1.2002	3.408	156.915	6.581	5.991	157.701	114.249	0	444.845
Zugänge	970	0	0	21	10.036	17.232	68	28.327
Abgänge	1	0	0	110	6.525	10.942	0	17.578
Umbuchungen	696	12.450	0	13.501	9.474	-36.121	0	0
Bestand 31.12.2002	5.073	169.365	6.581	19.403	170.686	84.418	68	455.594
Abschreibungen								
Bestand 1.1.2002	2.344	72.776	3.829	2.741	122.103	58.710	0	262.503
Zuführungen	547	3.636	149	1.012	12.173	320	0	17.837
Abgänge	1	0	0	63	6.319	10.942	0	17.325
Umbuchungen	609	6.117	0	5.106	6.868	-18.700	0	0
Bestand 31.12.2002	3.499	82.529	3.978	8.796	134.825	29.388	0	263.015
Restbuchwerte	1.574	86.836	2.603	10.607	35.861	55.030	68	192.579

Die Aktivierung der Anlagenzugänge erfolgte zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die Abschreibung erfolgte linear und direkt unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung des Abschnittes 44 Abs. 2 der Einkommensteuerrichtlinien, wonach bei den in der ersten Jahreshälfte angeschafften beweglichen Anlagegütern der volle und den in der 2. Jahreshälfte angeschafften Anlagegütern der halbe Abschreibungsbetrag angesetzt werden kann.

Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer

(Geringwertige Wirtschaftsgüter) sowie Gebrauchsgüter im Wert bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer wurden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben.

Gebrauchsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 410 € zzgl. Umsatzsteuer werden über einen Zeitraum von 2 Jahren abgeschrieben.

Die Zugänge in Höhe von 28.327 T€ übersteigen die Abschreibungen von 17.837 T€ um 10.490 T€.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Medizinischer Bedarf	8.362	8.632	-270	-3,1
Lebensmittel	71	130	-59	-45,4
Betriebsstoffe	6	7	-1	-14,3
Wirtschaftsbedarf	181	172	9	5,2
Technischer Bedarf	154	175	-21	-12,0
Verwaltungsbedarf	737	560	177	31,6
Reparaturbedarf	33	22	11	50,0
	9.544	9.698	-154	-1,6

Der Bestand an **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 154 T€ oder 1,6 %.

Unfertige Leistungen

31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
T€	T€	T€	%
1.072	854	218	25,5

Der Bestand der **Unfertigen Leistungen** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 218 T€ bzw. 25,5 %.

Diese Position dokumentiert stationäre Krankenhausleistungen, die im Rahmen

der Fallpauschalen-Regelung erbracht, aber zum Bilanzstichtag noch nicht abrechenbar waren, weil die Patienten am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren (sog. Überlieger).

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
Stationäre Leistungen	35.183	39.180	-3.997	-10,2
Ambulante Leistungen	4.256	3.226	1.030	31,9
Nebentätigkeiten der Ärzte	2.976	3.593	-617	-17,2
Klinisch-Theoretische Institute und staatliche Blutalkoholstelle	2.244	2.211	33	1,5
Sonstige	187	1.174	-987	-84,1
	44.846	49.384	-4.538	-9,2
Einzelwertberichtigungen	2.905	1.842	1.063	57,7
Pauschalwertberichtigungen	24	19	5	26,3
	41.917	47.523	-5.606	-11,8

Die **Forderungen aus stationären Leistungen** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 3.997 T€ oder 10,2 %.

Im Bereich der **Forderungen aus ambulanter Behandlung** ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 1.030 T€ bzw. 31,9 % zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass sich die Forderungen sowohl gegenüber Krankenkassen als auch gegenüber Selbstzahlern insbesondere durch Abrechnungen nach dem Bilanzstichtag erhöht haben.

Die **Sonstigen** Forderungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr durch Umgliederung in den Bereich Sonstige Vermögensgegenstände um 987 T€ bzw. 84,1 % vermindert

Die **Wertberichtigungen auf Forderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1.068 T€ bzw. 57,4 %.

Sonstige Forderungen

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
Forderungen aus Drittmittelprojekten	0	365	-365	-100,0
Forderungen gegenüber Dritten aus Sonstigen Leistungen (z. B. Energielieferungen)	120	127	-7	-5,5
Forderungen an das Städt. Krankenhaus Kiel	0	63	-63	-100,0
Mietforderungen und Kindertagesstättengebühren	18	12	6	50,0
Andere sonstige Forderungen	49	607	-558	-91,9
	187	1.174	-987	-84,1

Die **Sonstigen Forderungen** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 987 T€ bzw. 84,1 %.

Vermögensgegenstände (Forderungen aus Drittmittelprojekten und gegenüber dem Städtischen Krankenhaus).

Die Abweichung hängt zusammen mit einer Umgliederung in die Position Sonstige

Forderungen an den Krankenhausträger

31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
		T€	%
0	67	-67	-100,0

Die **Forderungen an den Krankenhausträger** in Höhe von 67 T€ aus dem Vorjahr

beziehen sich auf Nachversicherungen für Beschäftigte des Landes.

Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
nach der BPfIV	8.249	201	8.048	n.e.

Die **Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** beinhalten die

Forderung nach der Bundespflegesatzverordnung.

Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
Personalbereich	121	118	3	2,5
Forderungen aus Drittmittelprojekten	682	0	682	n.e.
Forderungen an das Städt. Krankenhaus Kiel	61	0	61	n.e.
Sonstige	624	5	619	n.e.
	1.488	123	1.365	1.109,8

Die Abweichung in Höhe von 1.365 T€ betrifft insbesondere die Forderungen aus Drittmittelprojekten sowie Forderungen gegenüber der GMSH, niedergelassene

Ärzte sowie dem Universitätsklinikum Lübeck, die unter der Position „Sonstige“ ausgewiesen sind.

**Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten
sowie der Landeshauptkasse Kiel**

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung T€
Landeshauptkasse	0	0	0
Sparkasse Kiel	3.001	1.437	1.564
Postbank	0	480	-480
Kassenbestand	14	5	9
Schecks	0	26	-26
Absenderfreistempler	39	40	-1
Sparkasse Kreis Plön (Stiftungsvermögen)	51	51	0
	3.105	2.039	1.066

Die Guthaben haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.066 T€ erhöht.

des Universitätsklinikums Kiel gegründeten Stiftung (Kinderstation der Orthopädischen Klinik) enthalten.

In dieser Position ist das Bankguthaben einer im Geschäftsjahr 2000 zugunsten

Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung T€	%
1.063	967	96	9,9

Unter dieser Position werden zum Bilanzstichtag abzugrenzende Aufwendungen für

Energie, Mieten, Zeitschriften, Beamtenbesoldung usw. ausgewiesen.

Passiva

Eigenkapital

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
Festgesetztes Kapital	6.668	6.668	0	0,0
Kapitalrücklagen	0	3.536	-3.536	-100,0
Gewinnrücklagen	559	4.457	-3.898	-87,5
Bilanzverlust	-4.863	0	-4.863	n.e.
	2.364	14.661	-12.297	-83,9

Das Festgesetzte Kapital beinhaltet insbesondere den Gegenwert der dem Universitätsklinikum Kiel vom Land Schleswig-Holstein zur dauerhaften Nutzung übertragenen Grundstücke.

Der Bilanzverlust in Höhe von 4.863 T€ beinhaltet in Höhe von 106 T€ einen Verlust aus einem Betrieb gewerblicher Art.

Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	171.697	164.464	7.233	4,4
Sonstige Zuweisungen	7.141	6.763	378	5,6
	178.838	171.227	7.611	4,4

Der Sonderposten aus **Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand** bildet den Gegenposten zum Anlagevermögen, das aus Investitionsmitteln des Landes und des Bundes finanziert worden ist.

Der Sonderposten aus **Sonstigen Zuweisungen** dokumentiert das aus Drittmitteln finanzierte Anlagevermögen.

Rückstellungen

Stand 31.12.2001 T€	Inanspruchnahme Auflösung T€	Zuführung T€	Stand 31.12.2002 T€	Veränderung	
				T€	%
16.513	10.235	8.370	14.648	-1.865	-11,3

Die Rückstellungen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.865 T€ oder 11,3 %.

Von der per 31.12.2001 bestehenden Rückstellung wurden 7.727 T€ in Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme erfolgte insbesondere für:

- Unständige Bezüge 2.653 T€
- Urlaubsrückstellung 2.743 T€
- Unterlassene Instandhaltungen des Vorjahres 628 T€
- Rückzahlung Krankenkassen Zytostatika 309 T€
- Arzthaftpflichtleistungen 331 T€
- Altersteilzeit 333 T€
- Personalkostenerstattung II. Medizin 122 T€
- Vorruhestandsgelder 52 T€

Die erfolgswirksame Auflösung für nicht in Anspruch genommene Rückstellungen betrug 2.507 T€. Diese Auflösung resultiert insbesondere aus der Auflösung der Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten mit den Klinikdirektoren wegen ihrer Nebentätigkeit

tigkeit (1.453 T€) sowie der Anpassung der Risiken im Bereich der Arzthaftpflichtfälle

(570 T€) und der nicht erfolgten Inanspruchnahme von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (199 T€).

Die **Zuführungen** zu den Rückstellungen betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 8.370 T€, u.a.

- Unständige Bezüge 2.524 T€
- Arzthaftpflichtleistungen 1.256 T€
- Urlaubsrückstellung 2.021 T€
- II. Medizin reduzierter Betriebskostenzuschuss 956 T€
- Erlöse aus Wahlleistungen 350 T€
- Altersteilzeitgesetz 366 T€
- AOK Beanstandungen Abrechnungen Herzchirurgie 190 T€
- Miete Telefonapparate 186 T€
- Personalkostenerstattung II. Medizin 158 T€

Verbindlichkeiten

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung		Restlaufzeiten p. 31.12.2002		
					bis zu 1 Jahr	von 1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahre
	T€	T€	T€	%	T€	T€	T€
Gegenüber der Landeshaupt- kasse Kiel	29.127	532	28.595	n.e.	29.127	0	0
Aus erhaltenen Anzahlungen	56	35	21	60,0	56	0	0
Aus Lieferungen und Leistungen	15.785	19.331	-3.546	-18,3	14.059	1.726	0
Gegenüber dem Krankenhasträger aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss	0	2.248	-2.248	-100,0	0	0	0
Nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht	0	0	0	n.e.	0	0	0
Aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens	1.399	1.242	157	12,6	1.399	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	16.801	18.024	-1.223	-6,8	16.801	0	0
	63.168	41.412	21.756	52,5	61.442	1.726	0

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 21.756 T€ oder 52,5 %.

Unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel“ wird der Negativbestand des UKK bei der Landeshauptkasse ausgewiesen, die ein Konto bei der Bundesbank für das UKK unterhält.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss

detem Investitionszuschuss verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mio. € auf 0 T€. Diese Verminderung wurde durch die Umschichtung von Investitionsmitteln in den Erfolgsplan erreicht.

Die Veränderung der Sonstigen Verbindlichkeiten ist zurückzuführen auf die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät in Höhe von 1,76 Mio. €.

Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
T€	T€	T€	%
1	1	0	0,0

Unter dieser Position werden das folgende Geschäftsjahr betreffende Posten ausgewiesen:

- vereinnahmte Erträge aus Energielieferungen an die Universität und an Dritte sowie
- Mieten und Pachten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen

	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Erlöse aus tagesgleichen Pflegesätzen	138.898	67,8	139.812	69,4	-914	-0,7%
Erlöse aus Pflegesätzen für gesonderte Einrichtungen (teilstationär)	4.518	2,2	3.983	2,0	535	13,4%
Sonderentgelte	15.663	7,6	13.835	6,9	1.828	13,2%
Fallpauschalen	36.194	17,7	41.508	20,6	-5.314	-12,8%
Sonstige Erlöse	1.468	0,7	693	0,3	775	111,8%
Ausgleichsbeträge nach der Bundespflegesatzverordnung	8.048	3,9	1.714	0,9	6.334	n. e.
	204.789	100,0	201.545	100,0	3.244	1,6%

Die **Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3.244 T€ bzw. 1,6 %

Die **Erlöse pro Pflegetag**, bezogen auf 410.268 Pflegetage (i. Vj. 417.738), betragen im Berichtsjahr 499,16 € (i. Vj. 482,46 €). Das entspricht einer Steigerung von 16,70 € bzw. 3,5 %.

Die Anzahl der **Pflegetage** betrug insgesamt 410.268 (i. Vj. 417.738). Das entspricht einer Verminderung von 7.470 Pflegetagen oder 1,8 %.

Die Zahl der **durchschnittlich belegten Betten** verringerte sich im Geschäftsjahr

2002 auf 1.059,3 (i. Vj. 1.084,5). Das entspricht einem Rückgang von 25,2 Betten bzw. 2,3 %.

Der Nutzungsgrad der **aufgestellten Betten** betrug im Jahre 2002 88,0 % (i. Vj. 89,4 %).

Die **durchschnittliche Verweildauer** – incl. der internen Verlegungen von Klinik zu Klinik – verbleibt gegenüber dem Vorjahr mit 7,3 Tagen auf gleichem Niveau. Ohne Berücksichtigung der internen Verlegungen betrug die durchschnittliche Verweildauer 8,1 Tage (Vorjahr 8,2 Tage).

Die nachfolgende Tabelle dokumentiert für die Geschäftsjahre 2000 bis 2002 die stationär behandelten Patienten nach **geographischen Gesichtspunkten**.

Der Anteil der Patienten aus Schleswig-Holstein betrug im Geschäftsjahr 2002 94,3 % (i. Vj. 93,8 %).

Einzugsgebiet	Anzahl der Fälle ¹⁾				Pflegetage			
	2002 Anzahl	2002 %	2001	2000	2002	2002 %	2001	2000
Schleswig-Holstein	52.045	94,3	52.294	52.305	385.411	93,9	391.714	391.260
Hansestadt Hamburg	525	1,0	537	512	3.447	0,8	3.946	4.694
Niedersachsen	1.068	1,9	1.173	1.208	7.616	1,9	7.902	8.923
Hansestadt Bremen	151	0,3	155	150	1.062	0,3	1.208	943
Nordrhein-Westfalen	398	0,7	393	349	3.570	0,9	3.152	2.973
Mecklenburg-Vorpommern	194	0,4	208	199	2.082	0,5	2.427	2.088
Übrige Bundesländer	573	1,0	560	537	4.975	1,2	4.274	4.202
Ausland	266	0,4	422	139	2.105	0,5	3.115	713
Insgesamt	55.220	100,0	55.742	55.399	410.268	100,0	417.738	415.796

¹⁾incl. interne Verlegungen von Klinik zu Klinik

Erlöse aus Walleistungen

	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Einbettzimmer ohne Nasszelle	100	2,7	172	4,9	-72	-41,9%
Einbettzimmer mit Nasszelle	756	20,8	724	20,6	32	4,4%
Zweibettzimmer ohne Nasszelle	579	23,2	818	23,3	-239	-29,2%
Zweibettzimmer mit Nasszelle	2.177	59,9	1.793	50,8	384	21,4%
Begleitpersonen	25	0,7	11	0,3	14	127,3%
	3.637	100,0	3.518	100,0	119	3,4%

Die **Erlöse aus Walleistungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 119 T€ bzw. 3,4 % auf insgesamt 3.637 T€ (i. Vj. 3.518 T€) erhöht.

Den Erlösen steht die Zuführung zu einer Rückstellung in Höhe von 350 T€ (i. Vj. 739 T€) gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wird.

Erlöse aus Ambulanten Leistungen des Krankenhauses

	2002		2001		Abweichung	
	Fallzahl	Erlöse T€	Fallzahl	Erlöse T€	Fallzahl	Erlöse T€
Pauschalfälle	39.900	1.670	41.130	1.657	-1.230	13
Persönliche Ermächtigungen	40.280	3.087	24.671	1.694	15.609	1.393
Institutsambulanzen	2.260	604	12.718	1.968	-10.458	-1.364
<u>davon:</u>						
<i>Sozialpädiatrisches Zentrum</i>	860	253	646	190	214	63
<i>Psychiatrische Institutsambulanz</i>	1.400	351	1.269	259	131	92
Notfälle	19.433	510	17.257	423	2.176	87
Selbstzahler	14.000	1.730	12.741	1.821	1.259	-91
Zahnklinik	18.317	1.169	19.778	1.202	-1.461	-33
Erlöse aus der Medikamentenabrechnung		69		102		-33
Ausländische Patienten		264		0		264
Sonstige ambulante Leistungen		661		659		2
	134.190	9.764	128.295	9.526	5.895	238
<u>nachrichtlich</u>						
II. Med. Klinik im Städt. Krankenhaus Kiel	5.400		4.888		512	
	139.590		133.183		6.407	

Die **Erlöse aus Ambulanten Leistungen** des Krankenhauses entwickelten sich von 9,5 Mio. € im Jahre 2001 auf 9,8 Mio. € im Jahre 2002. Das entspricht einer Steigerung um 238 T€.

Die Zahl der Behandlungsfälle erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6.407 bzw. 4,8 % auf 139.590 Behandlungsfälle.

Die Erlöse der Selbstzahler verminderten sich von 1.821 T€ im Jahre 2001 auf 1.730 T€ im Jahre 2002, obwohl die Fallzahlen gestiegen sind. Trotz Abnahme der Fallzahlen in den

Zahnkliniken verminderten sich die betreffenden Erlöse nur geringfügig um 32 T€ von 1.202 T€ im Jahre 2001 auf 1.169 T€. Im Geschäftsjahr 2002 wurden erstmalig Erlöse durch ausländische Patienten in Höhe von 264 T€ erzielt. Die übrigen Ambulanten Leistungen erhöhten sich geringfügig um 2 T€ von 659 T€ auf 661 T€.

Die Institutsambulanzen erzielten aufgrund der Umstellung auf Persönliche Ermächtigungen (Widersprüche seitens der KV-SH) und fallender Punktwerte Mindererlöse in Höhe von 1.364 T€ (- 69,31 %).

Nutzungsentgelte der Ärzte

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
10.162	10.089	73	0,7%

Die Nutzungsentgelte und sonstigen Abgaben der Ärzte betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 10.162 T€ (i. Vj.

10.089 T€). Sie erhöhten sich gegenüber 2001 geringfügig um 73 T€ oder 0,7 %.

Erhöhung bzw. Verminderung des Bestandes an Unfertigen Leistungen

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
218	-161	379	235,4%

Die Bestandsveränderung an Unfertigen Leistungen führte im Geschäftsjahr 2002 zu einem Ertrag in Höhe von 218 T€. Es handelt sich um erbrachte Krankenhausleis-

tungen für Patienten, die zum Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren und deren Behandlungskosten über Fallpauschalen abgerechnet werden.

**Zuweisungen und Zuschüsse der Öffentlichen Hand
soweit nicht unter Nr. 10**

<u>des Landes</u>	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Zuschuss für Forschung und Lehre	65.489	97,1	67.778	93,0	-2.289	-3,4%
DV-Zuschuss	1.736	2,6	1.736	2,4	0	0,0%
Gemäß Zuwendungsbescheid	67.225	99,7	69.514	95,4	-2.289	-3,3%
Umschichtung in den Finanzplan	-2.906	-4,3	-4.838	-6,6	1.932	-39,9%
Umsetzung aus dem Finanzplan	3.115	4,6	8.182	11,2	-5.067	-61,9%
Zuschüsse des Landes gesamt	67.434	100,0	72.858	100,0	-5.424	
<u>Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse</u>	31		22		9	40,9%
Summe	67.465		72.880		-5.415	

Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre wurde gegenüber dem Vorjahr um

2.289 T€ reduziert. Das entspricht einer Kürzung von 3,4 %.

Sonstige betriebliche Erträge

	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen	14.198	46,3	12.983	42,0	1.215	9,4
Periodenfremde Erträge	3.009	9,8	3.472	11,2	-463	-13,3
Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	2.904	9,5	4.072	13,2	-1.168	-28,7
Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	1.811	5,9	1.791	5,8	20	1,1
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.507	8,2	2.689	8,7	-182	-6,8
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	171	0,6	63	0,2	108	171,4
Erträge aus der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen	0,0	0,0	0	0,0	0	n.e.
Sonstige ordentliche Erträge	6.087	19,8	5.857	18,9	230	3,9
	30.687	100,0	30.927	100,0	-240	-0,8

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 30.687 T€ verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 240 T€ oder 0,8 %.

Die **Erträge aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen** konnten gegenüber dem Geschäftsjahr 2001 um 1.215 T€ oder 9,4 % gesteigert werden. Zusammengenommen mit den Zuwendungen für Investitionen ergibt sich jedoch ein Rückgang der Drittmittelerträge in Höhe von 2.182 T€.

Die **periodenfremden Erträge** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 463 T€ bzw. 13,3 %.

Die **Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben** sind gegenüber dem Vorjahr um 1.168 T€ bzw. 28,7 % gesunken. Diese Verringerung ist auf die rückläufigen Erträge aus dem Verkauf von Blutkonserven zurückzuführen.

Die **Erträge aus Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezügen**, die im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 20 T€ oder 1,1 % gestiegen sind, beinhalten Erstattungen des Personals für Unterkunft (297 T€), für Verpflegung (301 T€) und für Telefonbenutzung (29 T€), die Erträge aus dem Betrieb der Kindertagesstätte (222 T€) und die Vergütung Dritter für weiterverkaufte Energieleistungen (956 T€).

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** verminderten sich gegenüber dem Jahre 2001 um 182 T€ oder

6,8 %. Einzelheiten sind den Erläuterungen der entsprechenden Bilanzposition zu entnehmen.

Der Anstieg der **sonstigen ordentlichen Erträge** in Höhe von 230 T€ oder 3,9 % ist zurückzuführen auf die Erträge aus der Parkraumbewirtschaftung (+ 321 T€) sowie die seit diesem Jahr bestehende Kooperation mit niedergelassenen Ärzten (+ 676 T€) Diesem Anstieg stehen Verminderungen der Erträge im neutralen Bereich der Drittmittel sowie Medizinischen Fakultät gegenüber.

Personalaufwand

	2002	2001	Veränderung		2002	2001	Veränderung
	T€	T€	T€	%	Vollkräfte	Vollkräfte	Vollkräfte
Personalaufwand (alle Bereiche)							
Ärztliche (inkl. AiP)	56.714	55.053	1.661	3,0	843,7	836,5	7,2
Pflegedienst (inkl. Krankenpflege-schüler, Extrawachen und Personal der Ausbildungsstätten)	58.440	55.807	2.633	4,7	1.265,7	1.242,8	22,9
Medizinisch-Technischer Dienst	49.222	46.048	3.174	6,9	1.088,3	1.061,7	26,6
Funktionsdienst	19.208	18.522	686	3,7	416,6	414,7	1,9
Klinisches Hauspersonal	4.034	4.242	-208	-4,9	120,7	134,8	-14,1
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	5.245	5.051	194	3,8	146,3	143,2	3,1
Technischer Dienst	2.941	3.064	-123	-4,0	66,1	69,1	-3,0
Verwaltungsdienst	12.164	11.418	746	6,5	276,8	269,8	7,0
Sonstiges Personal (inkl. Sonderdienst)	1.609	1.693	-84	-5,0	57,6	56,6	1,0
Nicht zugeordnete Kosten	-121	291	-412	-141,6	n.e.	n.e.	n.e.
Summe	209.456	201.189			4.281,7	4.229,2	52,5
Finanziert durch							
Krankenversorgung / Landeszuschuss	196.090	190.019	6.071	3,2	3.988,9	3.971,1	17,8
Sonstige Mittel (z.B. Drittmittel, Gutachternebenstätigkeit)	13.366	11.170	2.196	19,7	292,8	258,1	34,8

Die **Personalaufwendungen** erhöhten sich im Geschäftsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 8.267 T€ oder 4,1 %.

Die zu Lasten der Erlöse aus Krankenhausleistungen sowie des Landeszuschusses für Forschung und Lehre zu finanzierenden Personal-

aufwendungen (Haushalt) stiegen um 6.071 T€ bzw. 3,2 %.

Die aus sonstigen erfolgsneutralen Mitteln finanzierten Personalkosten erhöhten sich um 2.196 T€ oder 19,7 %.

Sachaufwendungen

Materialaufwand	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Medizinischer Bedarf	61.894	69,7	61.324	69,8	570	0,9
Wirtschaftsbedarf	18.949	21,2	18.270	20,8	679	3,7
Wasser, Energie, Brennstoffe	5.820	6,5	5.794	6,6	26	0,4
Lebensmittel	2.568	2,9	2.523	2,9	45	1,8
	89.231	100,0	87.911	100,0	1.320	1,5

Der **Materialaufwand** stieg im Geschäftsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1.320 T€ oder 1,5 % .

Der **Medizinische Bedarf** (Anteil 69,7 %), nahm gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 570 T€ zu. Das entspricht einer Steigerung von 0,9 %. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Inventurkorrekturen (niedrigerer Lagerbestand, der sich aufwandswirksam auswirkt (+ 0,5 Mio. €), Erhöhung der Kosten für Arzneien und Laborverbrauchsmaterial (je + 0,2 Mio. €).

Die Aufwendungen **pro Pflegetag** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,06 € oder 2,77 % auf 150,86 € (i. Vj. 146,80 €).

Pro stationär behandeltem Patienten - ohne interne Verlegungen - erhöhten sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um 32,38 € bzw. 2,55 % auf 1.302,21 € (i. Vj. 1.269,83 €).

Der Anstieg des **Wirtschaftsbedarfs** gegenüber 2001 in Höhe von 679 T€ oder 3,7 % bezieht sich im Wesentlichen auf die bezogenen Leistungen (Fremdleistungen). Ein Teil der Steigerung in Höhe von 255 T€ ist in Zusammenhang mit der in 2002 eingeführten Parkraumbewirtschaftung zu sehen. Die entsprechenden Erträge werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die verbleibende Steigerung verteilt sich auf diverse Bereiche der bezogenen Leistungen.

Die Aufwendungen für **Wasser, Energie und Brennstoffe** erhöhten sich geringfügig um 26 T€, entsprechend 0,4 %.

Im Bereich der Aufwendungen für **Lebensmittel** hat sich eine Erhöhung in Höhe von 45 T€ bzw. 1,8 % ergeben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
38.979	40.578	-1.599	-3,9

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich gegenüber 2001 um 1.599 T€ oder 3,9 %. Im Wesentlichen beinhaltet diese Position folgende Aufwendungen:

- Die **Instandhaltungsaufwendungen** reduzierten sich gegenüber 2001 geringfügig um 21 T€ oder 0,2 % auf 12.471 T€ (i. Vj. 12.492 T€).
- Der **Verwaltungsbedarf** in Höhe von insgesamt 10.076 T€ (i. Vj. 9.449 T€) stieg gegenüber 2001 aufgrund des erhöhten Allgemeinen DV- und Organisationsaufwandes im Zusammenhang mit der Fusion um 627 T€, entsprechend 6,6 %.
- Die Aufwendungen für **Versicherungsbeiträge** erhöhten sich aufgrund gestiegener Prämien auf 1.051 T€ (i. Vj. 821 T€).
- Die **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen** betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 1.842 T€ (i. Vj. 1.479 T€). Die Zunahme in Höhe von 363 T€ bzw. 24,5 % gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem hohen Bestand an Forderungen aufgrund verzögerter Zahlungsweise der Krankenkassen, die älter als ein Jahr sind.
- Die **Periodenfremden Aufwendungen** erhöhten sich durch zu bildende Rückstellungen für Schadensfälle sowie Forderungsberichtigungen um 2.162 T€ auf 5.458 T€ (i. Vj. 3.296 T€).
- Die Aufwendungen aus **noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter** verminderten sich auf 207 T€ (i. Vj. 4.025 T€). Hierbei handelt es sich um Erträge aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen, die im Geschäftsjahr nicht verausgabt und den Verbindlichkeiten zugeführt wurden.
- Seit dem Geschäftsjahr 2001 werden die vom Klinikum für besondere Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellten Mittel als **Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät** ausgewiesen. Der hiermit im Zusammenhang stehende Aufwand aus der Zuführung zu Verbindlichkeiten beträgt 951 T€ (i. Vj. 4.330 T€).
- Die Aufwendungen aus dem **Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens** erhöhten sich auf 254 T€ (im Vj. 103 T€).

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

	T€	T€	2002 %	%
- Investitionszuschuss des Landes für 2002	7.489		31,3	
- Umschichtung aus dem Erfolgsplan	2.906		12,1	
- Umsetzung in den Erfolgsplan	<u>-3.115</u>	7.280	-13,0	30,4
- Erstattungen Rahmenplanvorhaben DV-Bereich		0		0,0
- Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landes		14.080		58,8
- Zuschüsse nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG)		1.009		4,2
- Sonstige Investitionszuschüsse		1.575		6,5
		23.944		100,0

Die **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 23.944 T€ (i. Vj. 17.686 T€). Der auf den Zuschuss des Landes Schleswig-Holstein für Forschung und Lehre entfallende Anteil beträgt insgesamt 7.280 T€ bzw. 30,4 %.

Des Weiteren erfolgte eine Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landeshaushalts in Höhe von 14.080 T€ zur Finanzierung verschiedener Baumaßnahmen.

Hierzu zählen insbesondere Brand-
schutzmaßnahmen u.a. in der Kinderklinik,
der Umbau des Kreißsaaltraktes in der
Frauenklinik, der Umbau der Orthopädie
und des Laborbereiches der I. Medizin, der
Bau einer Mittelspannungsübergabestation,
die Neubauten des Neurozentrums,
der Zentralen Versorgungseinrichtungen
des Neurozentrums, der Tierhaltung, des
Mildred-Scheel-Hauses (Teilfinanzierung
durch die Deutsche Krebshilfe) sowie des
OP-Traktes der HNO-Klinik. Diese Bau-
vorhaben wurden aus Zuschüssen des

Trägers finanziert, die nicht Bestandteil
des Wirtschaftsplans des UKK sind. Bezogen
auf die Gesamterträge des Berichtsjahres
beträgt dieser Anteil 58,8 %.

Die dem Universitätsklinikum Kiel im
Geschäftsjahr 2002 zugewiesenen HBMG-
Mittel betragen 1.009 T€ (im Vj. 948 T€).

Die Sonstigen Investitionszuschüsse be-
trugen 1.575 T€ (im Vj. 4.972 T€). Hierbei
handelt es sich ausschließlich um Zuwen-
dungen Dritter.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
372	893	-521	-58,3

Die **Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** verminderten sich im Geschäftsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 521 T€. Wegen der negativen Liquidität wurden keine Zinserträge auf dem Konto

der Landeshauptkasse Kiel erzielt. Bei den erzielten Erträgen handelt es sich hauptsächlich um Zinsen, die das Klinikum für die verzögerte Zahlung seitens der Krankenkassen erhalten hat.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
369	0	369	n.e.

Im Geschäftsjahr 2002 fielen erstmalig Zinsaufwendungen in Höhe von 369 T€ an.

Sie sind auf den Liquiditätsbedarf des UKK im Berichtsjahr zurückzuführen.

Zuführung zu Gewinnrücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2002 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge zugeführt:

	2002	
	T€	%
Rücklage für Instandhaltung Diesterwegstraße	18	54,5
Krebsregister	15	45,5
	33	100,0

Entnahmen aus Rücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2002 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge entnommen:

	2002	
	T€	%
Kapitalrücklage:		
Reste Wissenschaft und Forschung	83	2,5
Reste Gutachterneben Tätigkeiten	763	23,1
Reste Eigene Einrichtungen	507	15,3
Fusion UKK/UKL	1.576	47,7
Erstellung Laborkonzept	128	3,9
Sonstiges (Berechnung Personalbedarf Zentrallabor Begutachtung der Sterilisationbereiche, Einführung EURO)	250	7,6
	3.307	100,0
Gewinnrücklagen:		
Reste Wissenschaft und Forschung	1.515	45,5
Reste aus Gutachterneben Tätigkeiten	488	14,7
Reste aus Eigenen Einrichtungen	498	15,0
Fusion UKK/UKL	529	15,9
Abdeckung künftiger Jahresfehlbeträge	279	8,4
Sonstiges (Begutachtung der Sterilisationsbereiche)	20	0,6
	3.329	100,0

Die Entnahmen aus Kapitalrücklagen betragen im Geschäftsjahr 2002 3.307 T€ und die Entnahmen aus Gewinnrücklagen

3.329 T€. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Erhöhung um 3.477 T€ (110,1 %).

Organe des Universitätsklinikums Kiel

Aufsichtsrat

Stimmberechtigte Mitglieder bis 31.12.2002

Vorsitzender

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen
Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Edda Tichelmann
Vertreterin des nichtwissenschaftlichen
Personals des
Universitätsklinikums Kiel

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Reinhard Demuth
Rektor der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Barbara Scheel
Vertreterin des nichtwissenschaftlichen
Personals des
Universitätsklinikums Lübeck

Regierungsdirektor Klaus-Dietrich Neuhausen
(bis 25.02.2002)

Prof. Dr. Karl-Heinz Rahn
Universität Münster
Sachverständiger aus der
Medizinischen Wissenschaft

Ministerialdirigent
Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser
(ab 26.02.2002)
Ministerium für Finanzen und Energie

Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann
Peter Kölln Flocken KGaA,
Sachverständiger aus dem
Wirtschaftsleben
Elmshorn

Ministerialdirigent Bernd Schloer
Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Prof. Dr. Hans Arnold (bis 30.04.2002)
Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein (ab 01.05.2002)
Rektor der Medizinischen
Universität zu Lübeck

**Mitglieder mit Antragsrecht
und beratender Stimme bis 31.12.2002**

Prof. Dr. Walter Jonat
Klinikdirektor im Universitätsklinikum Kiel

Prof. Dr. Alfred Feller
Klinikdirektor im Universitätsklinikum Lübeck

Dr. Christiane Hinck-Kneip
Vertreterin des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Kiel

Dr. Hauke Nielsen
Vertreter des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Lübeck

Kristin Bachmann (bis 24.08.2002)
Vertreterin der Studierenden
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Jens Ebnet
Vertreter der Studierenden
der Medizinischen Universität Lübeck

Gudrun Primosigh (ab 21.01.2002)
Gleichstellungsbeauftragte des
Universitätsklinikums Kiel

Dr. Sabine Voigt
Frauenbeauftragte der Medizinischen
Universität zu Lübeck

Wilhelm Kuhn
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

**Mitglieder des Aufsichtsrats der Nachfolgeorganisation
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ab 01.01.2003**

Vorsitzender

Staatssekretär Dr. H. Körner
Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Staatssekretär U. Döring
Ministerium für Finanzen und
Energie

Staatssekretär H.-D. Fischer
Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Prof. Dr. Reinhard Demuth
Rektor der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein
Rektor der Medizinischen
Universität zu Lübeck

Dr. H.-J. Nielsen (bis 05.06.2003)
Vertreter der wissenschaftlichen Beschäftigten
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Dr. Christiane Hinck-Kneip (ab 06.06.2003)
Vertreterin der wissenschaftlichen Beschäftigten
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Edda Tichelmann
Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Prof. Dr. E. Bröcker
Direktorin der Klinik und Poliklinik
für Hautkrankheiten der
Universität Würzburg
Sachverständige aus der medizinischen Wissenschaft

U. Petersen
Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Kiel hat in seiner Sitzung am 15. November 2000 beschlossen, aus seiner Mitte einen Finanzausschuss und einen Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice zu bestellen.

Die Ausschüsse haben die Aufgabe, die Beratungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates vorzubereiten und die Ausführungen seiner Beschlüsse zu überwachen, und zwar

- a) der Finanzausschuss für die Bereiche Finanzplanung, Wirtschaftsführung, Bau- und Beschaffungsangelegenheiten sowie Rechnungslegung,
- b) der Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice für die Bereiche Personalentwicklung, Personalstruktur und Personalausstattung sowie Struktur und Entwicklung der Krankenpflege und des Patientenservice.

Den Ausschüssen gehören je sechs Mitglieder des Aufsichtsrates an.

dem Finanzausschuss

Rektor Prof. Dr. Demuth (Vorsitzender)
Prof. Dr. Driftmann
Prof. Dr. Jonat
MDgt. a.D. Lützen
RD Neuhausen (bis 25.02.2002)
MDgt Schmidt-Elsaesser (ab 26.02.2002)
Frau Tichelmann

dem Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice

MDgt. a.D. Lützen (Vorsitzender)
Frau Gudrun Primosigh (ab 21.01.2002)
Frau Dr. Hinck-Kneip
Prof. Dr. Jonat
Herr Kuhn
Frau Tichelmann

Die Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht Mitglieder der vorgenannten Ausschüsse sind, haben die Möglichkeit, an den Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen.

Im Berichtsjahr tagte der Finanzausschuss viermal.

Vorstand

Vorsitzender

Prof. Dr. Werner Grote

Ärztlicher Direktor

Stellvertretender Vorsitzender

Manfred Baxmann

Kaufmännischer Direktor

Prof. Dr. Michael Illert

Dekan der Medizinischen Fakultät

Uwe Petersen (bis 30.09.2002)

i. V. Gerhard Witte (ab 01.10.2002)

Direktor Krankenpflege und Patientenservice

Ergänzende Angaben

Eigenkapital

Unter Berücksichtigung der Kapitalrücklagen entwickelte sich das **Eigenkapital** des UKK wie folgt:

	01.01.2002	Umgliederung in Sonst.Verb.	Einstellung	Entnahme	Zugang	31.12.2002
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festgesetztes Kapital	6.668	0	0	0	0	6.668
Kapitalrücklagen	3.536	230	0	3.306	0	0
Gewinnrücklagen	4.457	601	32	3.329	0	559
Bilanzverlust	0	0	0	0	-4.863	-4.863
	14.661	831	32	6.635	-4.863	2.364

Aufwendungen des Aufsichtsrates

Der Gesamtaufwand des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Kiel betrug im Geschäftsjahr 2002 an Sitzungsgeldern und Fahrtkosten insgesamt 646,12 €. Außerdem erhielt der Aufsichtsratsvorsitzende für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2002 eine Entschädigung in Höhe von 9.729,16 €.

Bezüge des Vorstandes

Die Gesamtbezüge der hauptamtlich und nebenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 294 T€.

Besondere **Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen** bestanden zum Bilanzstichtag 31.12.2002 nicht.

Zur **Entwicklung des Personalbestandes** (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) wird auf die Angaben im gesonderten Personalbericht auf Seite 54 verwiesen.

ANLAGENNACHWEIS

Bilanzposition: Anlagengruppen	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuch- werte (Stand 31.12.2002)
	Anfangsstand	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand	Anfangsstand	Zuführungen	Umbuchungen	Entnahme für Abgänge	Endstand	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A.I.											
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.407.658,81	970.695,81	695.874,03	1.136,02	5.073.092,63	2.343.506,66	546.949,38	609.503,35	1.136,02	3.498.823,37	1.574.269,26
A.II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebs- bauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	156.914.522,37	0,00	12.451.218,27	0,00	169.365.740,64	72.775.353,92	3.636.597,15	6.117.341,69	0,00	82.529.292,76	86.836.447,88
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohn- bauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	6.580.931,12	0,00	0,00	0,00	6.580.931,12	3.829.189,06	148.679,42	0,00	0,00	3.977.868,48	2.603.062,64
3. Technische Anlagen	5.991.269,55	21.477,05	13.500.613,48	110.393,36	19.402.966,72	2.742.105,72	1.011.606,77	5.105.479,39	62.734,85	8.796.457,03	10.606.509,69
4. Einrichtungen und Ausstattungen	157.701.498,11	10.035.925,94	9.473.486,07	6.524.888,83	170.686.021,29	122.102.687,10	12.172.924,82	6.868.043,75	6.318.713,37	134.824.942,30	35.861.078,99
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	114.249.107,30	17.232.278,51	-36.121.191,85	10.941.770,47	84.418.423,49	58.710.477,21	320.109,70	-18.700.368,18	10.941.770,47	29.388.448,26	55.029.975,23
	441.437.328,45	27.289.681,50	-695.874,03	17.577.052,66	450.454.083,26	260.159.813,01	17.289.917,86	-609.503,35	17.323.218,69	259.517.008,83	190.937.074,43
A.III.											
Beteiligungen	0,00	68.000,00	0,00	0,00	68.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68.000,00
Gesamt:	<u>444.844.987,26</u>	<u>28.328.377,31</u>	<u>0,00</u>	<u>17.578.188,68</u>	<u>455.595.175,89</u>	<u>262.503.319,67</u>	<u>17.836.867,24</u>	<u>0,00</u>	<u>17.324.354,71</u>	<u>263.015.832,20</u>	<u>192.579.343,69</u>

Aufgaben und gesetzliche Grundlagen

Das Universitätsklinikum Kiel (UKK) wird seit dem 1. Januar 1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel geführt.

Das UKK ist gemäß Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 8. Mai 2001 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2001 S. 278) als Krankenhaus der Zentralversorgung in den Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein aufgenommen und nimmt zusammen mit dem Universitätsklinikum Lübeck (UKL) die Aufgaben der Zentralversorgung in Schleswig-Holstein wahr.

Gemäß Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 25. Januar 2001 wurde die Anzahl der in den Krankenhausplan aufgenommenen Gesamtbetten/-plätze mit 1.289 festgestellt.

Das UKK ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) nicht in die Förderung nach diesem Gesetz einbezogen. Es wird nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) gefördert. Pflegesatzrechtlich ist das UKK den nach dem KHG geförderten Krankenhäusern gleichgestellt.

Im Wesentlichen finanziert das UKK seine Aufgaben wie folgt:

- Einnahmen für die stationäre und ambulante Krankenversorgung sowie für andere Dienstleistungen
- Landeszuschuss für Forschung und Lehre sowie Trägerkosten
- Zuführung aus dem Haushalt des Landes Schleswig-Holstein für Investitionsmaßnahmen soweit nicht nach dem HBFG gefördert
- Zuwendungen von anderen Institutionen und natürlichen Personen (Drittmittel/Spenden)

Dem UKK obliegen nach § 119 des Gesetzes über die Hochschulen und Klinika im Lande Schleswig-Holstein (HSG) die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und an der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Das UKK verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Das UKK hält in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor. Es wahrt die der Hochschule eingeräumte Freiheit in Forschung und Lehre und stellt sicher, dass die Mitglieder der Hochschule die nach dem Gesetz verbürgten Grundrechte und die ihnen nach dem Hochschulgesetz eingeräumten Freiheiten wahrnehmen können.

Es kann darüber hinaus weitere Leistungen erbringen, wenn diese mit seinen Aufgaben zusammenhängen.

Der Vorstand hat nach § 121 Absatz 1 Satz 2 HSG für die Einhaltung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit des UKK und seines Vermögens Sorge zu tragen. Zu seinen Aufgaben gehören auch die Sicherung der Arbeitsqualität und die Frauenförderung.

Am 01.01.2003 ist durch die Fusion des UKK und des UKL das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK-SH) entstanden.

Forschung und Lehre

Die Forschungsschwerpunkte der Fakultät wurden im Berichtszeitraum konsequent weiterentwickelt. Die Förderung im Rahmen der besonderen Forschungsvorhaben konzentrierte sich auf die Forschungszentren Onkologie, Neurowissenschaften und Transplantationsmedizin. Besonders ist hervorzuheben, dass der SFB 415, Spezifität und Pathophysiologie von Signaltransduktionswegen, nach einer erfolgreichen Begutachtung für weitere drei Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit 3,1 Mio. € gefördert wird. Fakultät und Universität unterstützen den SFB ihrerseits mit weiteren 0,5 Mio. €. Des weiteren gelang es der Fakultät, den SFB 617 „Molekulare Mechanismen der epithedierten Abwehr“ anzuwerben. Der SFB 617 wird von der DFG über die nächsten 3 Jahre mit insgesamt 3,5 Mio. € gefördert.

An der Fakultät hat sich im Jahre 2001 mit der Genomforschung ein neuer Schwerpunkt gebildet, der bisherige hochqualifizierte Forschungsaktivitäten verschiedener Kliniken und Institute bündelt. Er wird durch Drittmittel des BMBF mit mehr als 8,2 Mio. € hochrangig gefördert. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit hat die Fakultät den Grundsatzbeschluss zur Gründung eines Forschungsinstituts für klinische Molekularbiologie gefasst. Eng gekoppelt an die Etablierung dieses Schwerpunktes ist die Einrichtung eines Methodenzentrums Genetische Epidemiologie, das diesen Schwerpunkt methodisch begleiten und der Fakultät und Universität Expertise zu Fragen der Genetischen Epidemiologie bereitstellen wird.

Im Bereich der klinischen Forschung konnte die Schnittstelle zwischen Forschung und Krankenversorgung weiter gefestigt werden. Zurzeit werden im Klinikum mehr als 138 klinische Studien durchgeführt, teilweise auf hochrangigem internationalen Niveau. In mehr als 131 Fällen liegt die Studienleitung bei Einrichtungen des UKK. Weiter muss in diesem Zusammenhang auf die große Zahl von Förderungen im Rahmen des MedNet-Programms des BMBF hingewiesen werden, an denen das UKK beteiligt ist. Mit den Kompetenznetzen "Akute und Chronische Leukämien" (Prof. Dr. Dr. Kneba, 2. Medizinische Universitätsklinik), "Chronisch entzündliche Darmerkrankungen" (Prof. Dr. Fölsch, Prof. Dr. Schreiber 1. Medizinische Klinik), „Neuropathische Schmerzen“ (Prof. Dr. Baron, Neurologische Klinik), "Hepatitis" (Dr. Hinrichsen, 1. Medizinische Klinik) und "Parkinson Syndrom" (Prof. Dr. Deuschl, Neurologische Klinik) konnte die Beteiligung an diesem Programm weiter ausgebaut werden, so dass das UKK inzwischen zu einer der Universitätskliniken gehört, die die höchste Zahl dieser qualitativ sehr hochwertigen, international begutachteten und höchst renommierten BMBF Förderungen erhält.

Insgesamt ist es damit gelungen, die Koppelung der Schwerpunkte in Forschung und Krankenversorgung voranzubringen.

Dieses ist ein spezifisches Charakteristikum für die in einem Universitätsklinikum durchzuführende Medizin und eine essentielle Voraussetzung für die Entwicklung neuer und innovativer Konzepte und Strategien in der Krankenversorgung, wie sie von einem Universitätsklinikum im Gegensatz zu einem Krankenhaus der Maximalversorgung gefordert werden.

Die sehr aktive Forschungstätigkeit äußert sich in einer entsprechenden Zahl von Publikationen und Drittmittelwerbungen. Die Qualität der Publikationen konnte deutlich gesteigert werden. Die medizinischen und zahnmedizinischen Promotionen blieben auf dem hohen Niveau des Vorjahres (Humanmedizin: 184; Zahnmedizin: 27). Insgesamt promovierten damit 73,6 % der Studierenden der Humanmedizin eines Studienjahres, bei einer Zulassungszahl von 250 Studierenden und 37,5 % der Studierenden der Zahnmedizin, bei einer Zulassungszahl von 72 Studierenden, was den Vergleichswerten der BRD entspricht. Gleiches gilt für die Zahl der Habilitationen (15).

Die curriculare Lehre für die Studierenden der Medizin und Zahnmedizin sowie für Studierende anderer Studiengänge (z.B. Pharmazeuten) wurde auf dem gewohnt hohen Niveau durchgeführt. Erhebliche Anstrengungen wurden in die Reorganisation des Curriculums investiert, um die Qualität der Lehrveranstaltungen zu sichern und weiter zu verbessern. Hier sind die Konzepte zu erwähnen, die die Fakultät zur Einbindung computergestützter Lehrmethoden in die curriculare Lehre entwickelt. Ausgehend von einem in dem Bereich der Vorklinik einge-

worbenen hochrangigen BMBF-Verbundprojekt "Neue Medien in der Medizin - curriculare und extracurriculare Ausbildung" wird die Etablierung einer fakultätsweiten Teleplattform für den curricularen Unterricht und die Fort- und Weiterbildung angestrebt.

Diese sehr positiven Ergebnisse konnten trotz sich deutlich verschlechternden Rahmenbedingungen erreicht werden. Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre wurde erneut erheblich abgesenkt, massive Reduktionen wurden für das Jahr 2003 angekündigt. Während die bisherigen Kürzungen vorwiegend linear auf die Einrichtungen umgelegt werden konnten, wird dies in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Fakultät sah sich deswegen gezwungen, erhebliche Kürzungsmaßnahmen in strukturellen Bereichen zu beschließen. Einrichtungen und Sektionen werden verkleinert bzw. völlig geschlossen werden müssen. Es wird sich nicht verhindern lassen, dass geplante Forschungsschwerpunkte und Lehrinhalte verkleinert bzw. umstrukturiert werden müssen.

Mit großer Sorge muss festgehalten werden, dass der vom Lande zur Verfügung gestellte Zuschuss für Forschung und Lehre die Aufgaben in diesen Bereichen nicht mehr ausfinanziert. Wiederholt wurde deshalb vom Dekanat darauf hingewiesen, dass dadurch Wettbewerbsnachteile entstehen werden, die die internationale Konkurrenzfähigkeit in Forschung und Lehre gefährden. Die Problematik der Entwicklung liegt darin, dass bei abnehmen-

dem Landeszuschuss und gleichbleibenden bzw. in der Realität steigenden Trägerkosten die Finanzmittel für die Grundausrüstung von Forschung und Lehre überproportional abnehmen. Damit wird die Bereitstellung der Infrastruktur, die zur Einwerbung projektbezogener Drittmittel vorausgesetzt wird, zunehmend schwierig. Da die Entwicklung und Sicherung international hochrangiger Forschungsschwerpunkte nur aus einem breiten

Spektrum von Einzelprojekten erfolgen kann, die zur Erreichung der "Drittmittelreife" eine hochwertige, von Fakultät und Klinikum vorzuhaltende Infrastruktur benötigen, gefährdet die abnehmende Finanzierung der Grundausrüstung langfristig die Qualität der Forschung und damit verbundener universitärer, innovativer Krankenversorgung und Lehre.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Stationäre Krankenversorgung

Das Universitätsklinikum Kiel verfügte im Geschäftsjahr 2002 über 1.289 Gesamtbetten/-plätze (Vorjahr Planbetten) sowie 1.246 tatsächlich genutzte (aufgestellte) Betten, darunter 121 Intensivbehandlungsbetten und 136 Intensivüberwachungsbetten.

	2002	2001
Gesamtbetten/-plätze	1.289	1.289
Aufgestellte Betten	1.246	1.256
Patienten (incl. interne Verlegungen)	55.220	55.742
Verweildauer (Tage)	7,3	7,3
Pflegetage	410.268	417.738
Umsatz (Mio. €)	208,4	205,1

Es wurden insgesamt 55.220 Patienten behandelt. Dies entspricht einer Verringerung gegenüber dem Vorjahr um 522 Patienten oder 0,9 %.

Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,3 Tagen (Vorjahr 7,3 Tage) wurde eine Auslastung der aufgestellten Betten von 88,0 % (Vorjahr 89,4 %) erreicht.

Ohne Berücksichtigung der internen Verlegungen und ohne die Tageskliniken betrug die Zahl der Patienten 47.530 (Vorjahr 48.293) bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 8,1 Tagen (Vorjahr 8,2 Tage).

Das mit den Krankenkassen abgerechnete Gesamtbudget betrug einschließlich der Sonderentgelte und Fallpauschalleistungen 196,7 Mio. € (Vorjahr 199,8 Mio. €) bei insgesamt 410.268 Pflegetagen (Vorjahr 417.738).

Die Abrechnung der stationären Entgelte erfolgte auf der Grundlage der am 03.03.2003 mit den Krankenkassen abgeschlossenen Budgetvereinbarung.

Die Erlöse aus Wahlleistungen betrugen 3,6 Mio. € (Vorjahr 3,5 Mio. €).

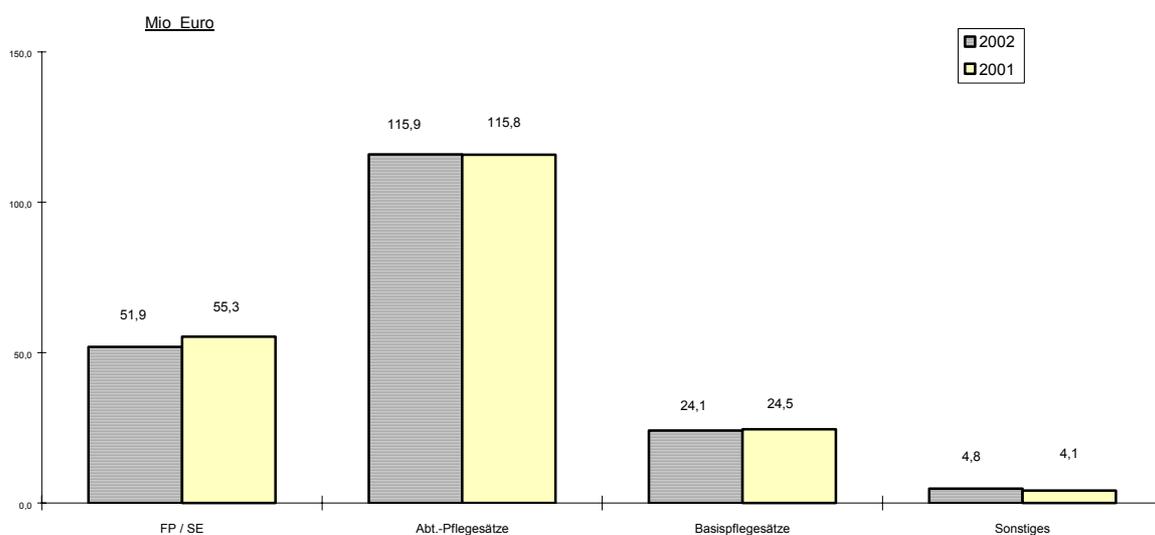
Zusammen mit dem von den Krankenkassen abgerechneten Gesamtbudget unter Berücksichtigung des Budgetausgleichs (+ 8,0 Mio. €) ergeben sich Umsatzerlöse für den stationären Bereich in Höhe von 208,4 Mio. € (Vorjahr 205,1 Mio. €).

Es wurden 96 Fallpauschalen, 148 Sonderentgelte und 30 Abteilungs- und Intensivpflegesätze abgerechnet. Hinzu kamen 6 teilstationäre Pflegesätze sowie die Basispflegesätze für teil- und vollstationäre Behandlungen.

Zusätzlich konnte das am 01.04.1998 gestartete Modellvorhaben „Operative Onkologie“ mit 19 gesondert entwickelten Fallpauschalen und

3 Pauschalen für Intensivpflege erfolgreich weitergeführt und über das Jahr 2002 hinaus verlängert werden.

Umsatzerlöse stationäre Krankenversorgung



Die Abrechnung der stationären Leistungen einschließlich der Ausgleichsbeträge erfolgte mit 51,9 Mio. € (25,3 %) über Fallpauschalen und Sonderentgelte. Der übrige Umsatz in

Höhe von 144,8 Mio. € (74,7 %) wurde insbesondere über die Abteilungspflegesätze (115,9 Mio. €) sowie die Basispflegesätze (24,1 Mio. €) abgerechnet.

Bettenstruktur

Klinik für	GESAMTBETTEN/-PLÄTZE		AUFGESTELLTE BETTEN	
	2002	2001	2002	2001
Allgemeine Innere Medizin	116	116	107,1	111,4
Kardiologie	55	55	53,3	53,9
Nephrologie	27	27	22,0	27,0
Dermatologie, Venerologie und Allergologie	65	65	58,1	60,5
Allgemeine Pädiatrie	70	70	70,0	70,0
Kinderkardiologie	25	25	25,0	25,0
Neuropädiatrie	15	15	14,6	15,0
Allgemeine Chirurgie und Thoraxchirurgie	107	107	105,5	105,5
Herz- und Gefäßchirurgie	61	61	61,0	61,0
Urologie	39	39	39,0	39,0
Unfallchirurgie	50	50	50,0	50,0
Gynäkologie und Geburtshilfe	91	91	87,2	85,4
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Kopf- und Halschirurgie, Phoniatrie u. Pädaudiologie				
Phoniatrie und Pädaudiologie	79	79	74,8	75,0
Ophthalmologie	49	49	45,9	46,2
Neurochirurgie	72	72	71,7	72,0
Orthopädie	50	50	46,7	45,2
Psychiatrie und Psychotherapie	94	94	94,0	91,7
Neurologie	64	64	64,0	64,0
Kinder- und Jugendpsychiatrie	25	25	25,0	25,0
Psychotherapie und Psychosomatik	8	8	8,0	8,0
Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	24	24	21,5	22,1
Anästhesiologie und Operative Intensivmedizin (inkl. Schmerztherapie)	14	14	14,0	13,9
Strahlentherapie	24	24	23,0	24,0
Diagnostische Radiologie	4	4	4,0	4,0
Nuklearmedizin	9	9	9,0	9,0
II. Medizinische Klinik und Poliklinik	9	9	9,0	9,0
Insgesamt (vollstationär)	1.246	1.246	1.203	1.213
Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie	10	10	10,0	10,0
Tagesklinik für Dermatologie	18	18	18,0	18,0
Dialyse	15	15	15,0	15,0
Insgesamt	1.289	1.289	1.246	1.256

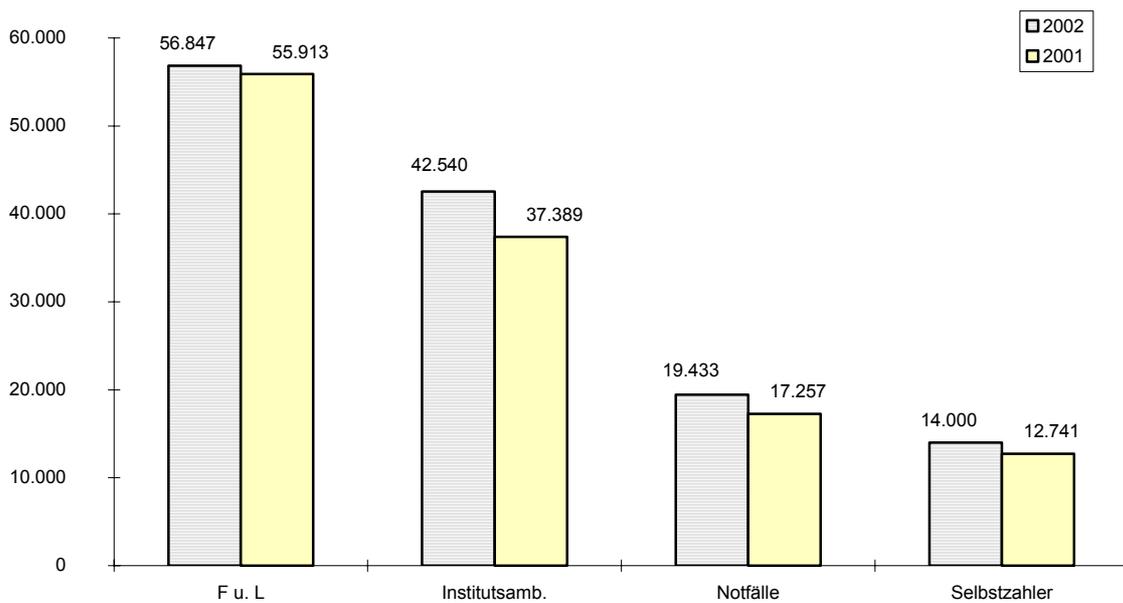
Ambulante Krankenversorgung

In den Ambulanzen des UKK wurden im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 134.190 Patienten (i. Vj. 128.295) behandelt, davon 56.847 Patienten (i. Vj. 55.913) im Rahmen der Forschungs- und Lehrtätigkeiten (Polikliniken) und 42.540 Patienten (i. Vj. 37.389) auf der Grundlage von Institutsermächtigungen und Persönlichen Ermächtigungen.

Des Weiteren wurden 19.433 Notfallbehandlungen (i. Vj. 17.257) durchgeführt. 14.000 Patienten waren Selbstzahler (i. Vj. 12.741).

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen betragen insgesamt rund 9,8 Mio. € (i. Vj. 9,5 €).

Patienten



Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2002		31.12.2001	
Aktiva	T€	%	T€	%
Anlagevermögen (Langfristig gebundenes Vermögen)	192.579	74,3	182.342	74,8
Vorräte	10.616	4,1	10.552	4,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.917	16,2	47.523	19,5
Forderungen an den Träger	0	0,0	67	0,1
Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	8.249	3,2	201	0,1
Flüssige Mittel	3.105	1,2	2.039	0,8
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	2.553	1,0	1.090	0,4
Umlaufvermögen	66.440	25,7	61.472	25,2
	259.019	100,0	243.814	100,0
Passiva				
Eigenkapital	2.364	0,9	14.661	6,0
Sonderposten	178.838	69,0	171.227	70,2
Langfristig verfügbare Mittel	181.202	70,0	185.888	76,2
Rückstellungen	14.648	5,7	16.513	6,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Landeshauptkasse Kiel	29.127	11,2	532	0,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltene Anzahlungen	15.841	6,1	19.366	7,9
Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger	0	0,0	2.248	0,9
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät	4.176	1,6	5.937	2,4
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	14.025	5,4	13.330	5,5
Fremde Mittel	77.817	30,0	57.926	23,8
	259.019	100,0	243.814	100,0

Die Bilanzsumme des UKK erhöhte sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2001 um 15.205 T€ bzw. 6,2 %.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 10.237 T€ bzw. 5,6 %. Um diesen Betrag überstiegen die Anlagenzugänge die Abschreibungen und Anlagenabgänge.

Das Vorratsvermögen erhöhte sich insgesamt geringfügig um 64 T€ bzw. 0,6 %. Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 153 T€ bzw.

1,6 %. Die Unfertigen Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 218 T€ oder 25,5 %. Es handelt sich hierbei um Abgrenzungen von Fallpauschalen für Patienten, die am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 5.606 T€ oder 11,8 %.

Die Forderungen an den Träger im Geschäftsjahr 2001 beinhalten Nachversicherungen für

Mitarbeiter gegenüber dem Land Schleswig-Holstein.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht erhöhten sich um 8.048 T€ . Hierbei handelt es sich ausschließlich um Forderungen nach der Bundespflegesatzverordnung.

Die flüssigen Mittel erhöhten sich um 1.066 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 1.463 T€ bzw. 134,2 % zu verzeichnen.

Das Eigenkapital verminderte sich um 12.297 T€ bzw. 83,9 %.

Der Sonderposten hat sich um 7.611 T€ bzw. 4,4 % erhöht. Der Anstieg korrespondiert mit der Erhöhung des Anlagevermögens.

Bei den Rückstellungen ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung von 1.865 T€ oder 11,3 % zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Landeshauptkasse erhöhten sich um 28.595 T€ . Bei der Verbindlichkeit gegenüber der Landeshauptkasse handelt es sich um den negativen Liquiditätsbestand des UKK bei der Landeshauptkasse, die ein Konto für das UKK bei der Bundesbank eingerichtet hat.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltenen Anzahlungen verminderten sich gegenüber 2001 um insgesamt 3.525 T€ oder 18,2 %.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger betreffen den noch nicht verwendeten Investitionszuschuss des Landes und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.248 T€ bzw. 100 %.

Die Verbindlichkeit gegenüber der Medizinischen Fakultät verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.761 T€ oder 29,7 %.

Die übrigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 695 T€ oder 5,2 %.

Zusammenfassung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2002		2001	
	T€	T€	T€	T€
Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen	204.789		201.545	
Erlöse aus Wahlleistungen	3.637		3.518	
Erlöse aus Ambulanten Leistungen	9.764		9.526	
Nutzungsentgelte der Ärzte	10.162		10.089	
Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen	218		-161	
Landeszuschuss für Forschung und Lehre	67.225		69.514	
dazu: Umsetzung aus dem Finanzplan	209		3.344	
Sonstige betriebliche Erträge	<u>30.717</u>	326.721	<u>30.950</u>	328.325
Personalaufwand	209.456		201.189	
Materialaufwand	<u>89.231</u>	298.687	<u>87.911</u>	289.100
Zwischenergebnis		28.034		39.225
Erträge aus Investitionszuschüssen	23.944		17.685	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten	17.748		22.893	
Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonder- posten / Verbindlichkeiten	<u>24.358</u>	17.334	<u>18.343</u>	22.235
Abschreibungen auf immaterielle Vermö- gensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17.837		23.100	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>38.979</u>	56.816	<u>40.577</u>	63.677
Zwischenergebnis		-11.448		-2.217
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		372		893
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		369		0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-11.445		-1.324
Steuern		<u>21</u>		<u>13</u>
Jahresfehlbetrag		-11.466		-1.337
Zuführung zu Gewinnrücklagen		32		1.822
Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen		<u>6.635</u>		<u>3.159</u>
Bilanzverlust		-4.863		<u>0</u>

Die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind in vorstehender Aufstellung zu wesentlichen Positionen zusammengefasst worden.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 11.466 T€ wird in Höhe von 6.635 T€ durch die Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen ausgeglichen und in Höhe von 4.863 T€ auf neue Rechnung vorgetragen.

Die **Ertragslage** des UKK entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Die **Betriebserträge** (einschließlich Drittmittel) verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. € bzw. 0,5 % ab. Die darin enthaltenen Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen erhöhten sich um + 3,2 Mio. €).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € bzw. 0,8 %.

Von der Steigerung des **Personalaufwands** in Höhe von 8,3 Mio. € entfallen 2,2 Mio. € auf die sonstigen Finanzierungsbereiche (z. B. Drittmittel und besondere Forschungsmittel). Die Erhöhung um 6,1 Mio., die auf die aus dem Haushalt finanzierten Personalkosten entfallen, resultiert einerseits aus der durchschnittlichen Tarifsteigerung, die in 2002 1,6 % bzw. 2,5 Mio. € betrug. Hinzu kommen die ungeplanten Sozialabgaben und der VBL-Sanierungsbeitrag in Höhe von 2,1 %, die die Personalkosten mit 2,7 Mio. € belastet haben.

Die Zunahme der **Materialaufwendungen** wurde im Geschäftsjahr 2002 im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen des medizinischen Bedarfs (+ 0,6 Mio. € bzw. 0,9 %) sowie des Wirtschaftsbedarfs (0,7 Mio. € bzw. 3,7 %) verursacht.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2001 um 1.599 T€ bzw. 3,9 %.

Die **Zinserträge** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 521 T€ . Im Geschäftsjahr 2002 wurden wegen der negativen Liquidität keine Zinserträge auf dem Konto bei der Landeshauptkasse erreicht. Bei den erzielten Erträgen handelt es sich hauptsächlich um Zinsen von Krankenkassen für verspätet geleistete Zahlungen.

Im Geschäftsjahr 2002 fielen wegen der negativen Liquidität erstmalig **Zinsaufwendungen** in Höhe von 369 T€ an.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** beträgt im Geschäftsjahr 2002 - 11.445 T€ und hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2001 um 10.121 T€ verschlechtert.

Weitergehende Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Risiken der künftigen Entwicklung

Der finanzielle Handlungsspielraum des Universitätsklinikums Kiel ist durch die seit Jahren zunehmend schwieriger werdende wirtschaftliche Lage erheblich eingengt worden. Der Vorstand sieht diese Entwicklung mit großer Sorge, da mit ihr die Gefahr von Betriebsverlusten und der weitere Verlust von Arbeitsplätzen verbunden sind.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen zum einen in der seit Jahren gedeckelten Erlössituation für die Stationären Krankenhausleistungen, die zwischenzeitlich nicht einmal mehr die Kosten der laufenden Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst vollständig finanziert und die keine reale Möglichkeit bietet, nicht vermeidbare Mehrkosten des Medizinischen Fortschrittes zu finanzieren. Die für das UKK gesetzlich geregelte Tarifbindung an den BAT schwächt die Konkurrenzfähigkeit und die Marktstellung des Klinikums erheblich. Beste Beispiele sind zum einen die Erhöhung der VBL-Beträge im Geschäftsjahr 2002, die eine zusätzliche Kostenbelastung von 2,96 Mio. € bedeutet und zum anderen das tarifvertraglich festgelegte Recht auf Altersteilzeit, von dem zunehmend Gebrauch gemacht wird. Der VBL-Sanierungsbeitrag wird auch in den Folgejahren den Haushalt des Klinikums erheblich belasten. Hinzu kommt, dass die Tarifierhöhung 2003 nicht finanziert werden kann.

Des Weiteren wird der Landeszuschuss für Forschung und Lehre seit Jahren kontinuierlich abgesenkt. Von 1996 bis 2002 erfolgte eine Reduzierung um 11,2 Mio. € oder 14,8 %.

Im Geschäftsjahr 2002 erfolgte eine weitere Zuschussreduktion um rd. 2,3 Mio. €.

Die zwischenzeitlich eingetretene erhebliche Unterfinanzierung in der Lehre (Humanmedizin und Zahnmedizin) sowie in der Forschung (Grundausrüstung und Ergänzungsausrüstung) entwickelt sich zur wirtschaftlichen Belastung für das UKK.

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ab 2003 des Campus Kiel des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) wird in den nächsten Jahren besonders abhängig sein vom Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein, der zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, sowie das vom Gesetzgeber vorgesehene neue Vergütungssystem für stationäre Krankenhausleistungen (DRG-System). Für die Umstellung auf das neue Entgeltsystem hatte der Vorstand bereits 2001 eine Projektorganisation eingesetzt, bestehend aus einer Projektleitungsgruppe, einer Projektgruppe und verschiedenen Arbeitsgruppen. Diese hat die Aufgaben

- das neue Vergütungssystem zum 1. Januar 2003 einzuführen,
- die Stationären Erlöse abzusichern und zu optimieren,
- die Kostentransparenz zu erhöhen und
- die Qualität der Leistungen zu sichern.

Das UKK ist in das Benchmarking-Projekt der Deutschen Universitätskliniken eingebunden. Erste Ergebnisse zeigen zum einen, dass das UKK gegenüber nahezu allen anderen Universitätskliniken eine kostengünstige Erlösstruktur aufweist. Zum anderen lassen Vergleiche mit außeruniversitären Krankenhäusern erhebliche Erlösrisiken erkennen. Das UKK hat im Geschäftsjahr 2002 eine Nachkalkulation der DRG-Leistungen unter Beteiligung eines externen Sachverständigen durchführen lassen. Das Ergebnis bestätigt die Erlösrisiken.

Die Rechtslage hinsichtlich der Höhe der Erlöse aus Wahlleistungen konnte auch 2002 nicht abschließend geklärt werden. In diesem Zusammenhang wurde schon in den Vorjahren eine Rückstellung zur Abdeckung des Erlösrisikos gebildet und im Geschäftsjahr 2002 erhöht, die unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen abgebildet wird.

Für das Geschäftsjahr 2003 wird ein ausgeglichenes Ergebnis nur dann zu erreichen sein, wenn das vom Vorstand beschlossene Einspar- und Strukturprogramm in Höhe von 21,2 Mio. € realisiert wird.

Dieses Programm sieht eine Personalkostenreduktion von 10,8 Mio. € (rd. 220 Vollkräfte) sowie Sachkostenreduktionen von 10,3 Mio. € vor. Auf die Krankenversorgung entfällt ein Anteil von rd. 36 % (7,6 Mio. €), auf die Forschung und Lehre ein Anteil von 19 % (rd. 3,9 Mio. €) sowie auf die Trägerkosten ein Anteil von 46 % (rd. 9,6 Mio. €). Die Maßnahmen wirken unmittelbar auf die einzelnen Budgets der Profit-Center und werden ohne strukturelle Veränderungen nicht zu erreichen sein. Unterstützend bereitet der Vorstand eine Nutz

wertanalyse für alle Kliniken und Institute vor um auf dieser Grundlage weitere Strukturentscheidungen treffen zu können.

Die Risiken des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Bereitschaftsdienst der Ärzte in Verbindung mit dem zwischenzeitlich vorliegenden Urteil des Arbeitsgerichts Kiel vom 8. November 2001 werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als gering eingestuft. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 18.02.2003 bestätigt diese Einschätzung. Eine andere Entscheidung hätte ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für das UKK durch die dadurch notwendig werdenden Neueinstellungen von Ärzten zur Folge. Ein derartiges Kostenrisiko wäre finanziell nur noch zu beherrschen, wenn entsprechende die Finanzierung sichernde Begleitgesetze beschlossen würden.

Angesichts der zunehmenden Konkurrenz auf dem Krankenhaussektor, die insbesondere Folge von Überkapazitäten sein dürfte, wird - neben der Medizinischen Qualität der Patientenversorgung - der Ausstattungsstandard des Klinikums wettbewerbsbestimmend sein.

Für die Beschaffung der Investitionsgüter gilt das Prinzip der dualen Finanzierung, das vorsieht, dass Investitionen zu Lasten des Landes und des Bundes zu finanzieren sind. Der beständig enger werdende Finanzrahmen sowohl des Bundes als auch des Landes hat kontinuierlich dazu geführt, dass zwischenzeitlich ein erheblicher Investitionsstau sowohl an der Gebäudesubstanz als auch auf dem Sektor der Geräte und Ausstattung eingetreten ist.

Der erhebliche Investitionsstau im UKK birgt ein nicht zu unterschätzendes Umsatzrisiko:

- Die Gebäudesubstanz nahezu aller Kliniken, mit unzureichenden Nasszellen und zu großen Patientenzimmern mit fehlendem Hotelstandard ist dringend sanierungsbedürftig
- Für dringende Ersatzbeschaffungen HBFG-fähiger Geräte fehlen sowohl Bundes- als auch Landesmittel in erforderlichem Umfang
- Für die dringende Ersatzbeschaffung sonstiger Geräte und Ausstattungen fehlen ausreichende Landesmittel.

Ausblick

Forschung

Der Vorstand hält an seinem Vorhaben fest, in den nächsten Jahren in enger Abstimmung mit der Medizinischen Fakultät anzustreben, die Mittel für die besonderen Forschungs- und Lehrvorhaben schrittweise anzuheben. Für die besonderen von der Medizinischen Fakultät begutachteten Forschungs- und Lehrvorhaben wurden in den Jahren 1996 bis 2002 durchschnittlich 2.297 T€ p. a. für zusätzliche Personal- und Sachaufwendungen und Investitionen zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen im Geschäftsjahr 2002 1,4 Mio. € für besondere wissenschaftliche Ausgaben der Kliniken und Institute.

Die verbesserte Finanzierung der interdisziplinären Forschung soll durch Mittelumschichtungen realisiert werden.

Im Bereich der Drittmittelinwerbung strebt die Medizinische Fakultät mittelfristig einen Umsatz an, der deutlich über dem bundesweiten Mittelwert liegt. Der Drittmittelzufluss im Geschäftsjahr 2002 lag im Klinikum (ohne Vorklinik) bei 15,8 Mio. € (Vorjahr 18,0 Mio. €).

Der Vorstand hat in enger Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät die Forschungsarbeit durch den Neubau der Zentralen Tierhaltung, die im März 2003 fertiggestellt wurde, auf dem Klinikumsgelände entscheidend verbessert.

Lehre, Studentenausbildung

Die Approbationsordnung gibt für die Studentische Lehre ein präzises Curriculum vor.

In der Medizinischen Fakultät werden unter Koordination des Studiendekans Lehrstrukturen und Unterrichtsformen entwickelt, die die bisherige vorbildliche Ausbildung sichern sollen.

Durch diese Maßnahmen ist es der Medizinischen Fakultät gelungen, in den bundesweiten Examina einen Platz in der Spitzengruppe der deutschen Universitäten einzunehmen.

Im Rahmen einer leistungsorientierten Vergabe der Mittel für Forschung und Lehre spielt

die Evaluierung der Lehre zukünftig eine wichtige Rolle. Über den Studiendekan ist ein Pilotprojekt initiiert worden, dessen Ergebnis Grundlage einer Gesamtlehreevaluierung im Universitätsklinikum Kiel werden wird.

Zwischen der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen (GSbG mbH), dem Rektorat der CAU sowie dem UKK wurde ein Kooperationsvertrag zur Förderung der Gesundheitsökonomie geschlossen. Ziel der Kooperationsvereinbarung ist zum einen die Gründung einer Gemeinnützigen Gesellschaft sowie die Einrichtung eines Stiftungslehrstuhls für Gesundheitsökonomie.

Krankenversorgung

Mit Wirkung zum 01.01.2000 hat das Universitätsklinikum Kiel flächendeckend eine Profit-Center-Struktur eingeführt. Durch die Übertragung der wirtschaftlichen Verantwortung und der Entscheidung über die Verwendung der Finanzmittel auf den jeweiligen Direktor oder die Direktorin der Abteilung gemäß § 125, Absatz 4 HSG wird den Kliniken, Instituten und zentralen Einrichtungen die Möglichkeit gegeben, sich mit höherer Flexibilität auf neue Anforderungen des Marktes einzustellen und damit stärker zum wirtschaftlichen Gesamterfolg des "Unternehmens" Universitätsklinikum Kiel beizutragen.

Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Motiva-

tion und unternehmerisches Denken werden durch die neue Unternehmensstruktur gefördert.

Wirtschaftliche Ziele sind, zum einen, im Bereich der stationären Krankenversorgung eine stabile Finanzierung und zum anderen eine ausreichende Finanzierung der Aufgaben der Forschung und der Lehre zu erreichen.

Die Krankenversorgung am Standort Kiel wird in den kommenden Jahren geprägt sein von der Zielsetzung, u.a. Kooperationen mit externen Partnern des Gesundheitswesens einzugehen sowie die verschiedenen Dienstleistungsprozesse wirtschaftlicher zu organisieren.

Darüber hinaus ist die zum 1. Januar 2003 erfolgte Fusion der beiden Universitätsklinika des Landes zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein eine Chance für die notwendige Kostenreduktion und zur weiteren Stärkung der bereits heute bestehende starke Position auf dem Gesundheitsmarkt.

Die erweiterten Kooperationen sollen zur wirtschaftlichen Stärkung des Universitätsklinikums beitragen, ohne das hohe Niveau der Krankenversorgung und den wissenschaftlichen Auftrag zu gefährden.

Als bereits realisierte oder in Vorbereitung befindliche Beispiele für Kooperationen sind zu nennen:

- Der Kooperationsvertrag mit dem Westküstenklinikum Heide über die Erbringung von Herzoperationen durch Mitarbeiter/innen des UKK am Standort Heide zur Optimierung der wohnortnahen Patientenversorgung und zur langfristigen wirtschaftlichen Sicherung des Herzchirurgischen Standorts in Kiel.
- Der Vertrag mit der Stadt Kiel über den Betrieb von 50 universitären Gesamtbetten/-plätzen (Vorjahr Planbetten) der II. Medizinischen Klinik im Städtischen Krankenhaus.
- Die Kooperation mit der Schmerzlinik, einer Klinik in privater Trägerschaft, die eine umfassende medizinische und wissenschaftliche Zusammenarbeit regelt.
- Die Kooperationsvereinbarung mit dem Norddeutschen Epilepsiezentrum in Risdorf unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes als integrativer Bestandteil der medizinischen und wissenschaftlichen Arbeit der Klinik für Neuropädiatrie .
- Die Vereinbarung mit einer Reha-Einrichtung, die es ermöglicht, im Rahmen von Fallpauschalen bestimmte Zeiten der stationären Versorgung einzukaufen und so Kapazitäten für zusätzliche, wirtschaftlich vorteilhafte Leistungen freizusetzen.
- Kooperation mit dem Westküstenklinikum Heide zur Übernahme der dortigen Nuklearmedizin sowie Strahlentherapie zur Intensivierung der Forschung, zur Optimierung der flächendeckenden Patientenversorgung aber auch zur wirtschaftlichen Stärkung des Standorts Kiel.
- Kooperation mit der dänischen Gesundheitsverwaltung, um dänischen Patientinnen und Patienten, die an Krebserkrankungen leiden, die Möglichkeit zu geben, sich im UKK behandeln zu lassen.
- Kooperation mit der norwegischen Gesundheitsbehörde mit dem Ziel, norwegische Patientinnen und Patienten in den Bereichen der Kinderkardiologie, der Neurologie und der Neurochirurgie im UKK zu behandeln.
- Kooperation mit einem arabischen Arzt zur Vermittlung von Patienten aus dem Arabischen Raum.

- Kooperation mit der Dräger Forum GmbH zur Förderung der Ausbildung von Krankenpflegekräften und Ärzten im Ausland, zunächst in Saudi-Arabien.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Strahlentherapie mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Labormedizin mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten und die Qualität der Krankenversorgung durch eine konsiliarische Zusammenarbeit zu verbessern.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Nuklearmedizin mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Pathologie mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten sowie die Qualität der Krankenversorgung zu verbessern.

Es werden weitere Vereinbarungen mit niedergelassenen Ärzten zur patientenorientierten Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Krankenversorgung auf dem Gelände des Universitätsklinikums Kiel oder in dessen unmittelbarer Nähe angestrebt. Hierdurch lässt sich eine besser koordinierte ärztliche Betreuung erreichen.

Das UKK ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- CEMET Center of Excellence in Medical Technology Schleswig-Holstein GmbH zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen medizinisch-technisch-wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen aus Schleswig-Holstein.
- Patent- und Verwertungsagentur GmbH Schleswig-Holstein zur Förderung des Technologietransfers, insbesondere durch Unterstützung von Patent- und Verwertungsaktivitäten für wissenschaftliche Einrichtungen in Schleswig-Holstein.
- Zentrum für Integrative Psychiatrie gGmbH. In diese Gesellschaft werden die Kliniken für Allgemeine Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie sowie Psychotherapie und Psychosomatik überführt. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die gemeindenahere psychiatrische Patientenversorgung der Stadt Kiel schnellstmöglich zu übernehmen. Die

Gesellschaft wird ihren Geschäftsbetrieb

voraussichtlich am 1.1.2004 stufenweise aufnehmen. Die Belange der Forschung und Lehre werden über einen Kooperationsvertrag mit der Christian-Albrechts-Universität (Medizinische Fakultät) abgesichert.

Die Kliniken für Orthopädie und Unfallchirurgie sind zu einem Zentrum zusammengefasst worden.

Die Institute für Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck werden seit dem Sommersemester 2000 in Personalunion geleitet.

Auf dem Zentralgelände des Klinikums wird Ende des Jahres 2003 der Neubau für das Neurozentrum fertiggestellt sein. Die Kliniken für Neurologie und Neurochirurgie sowie deren Sektion Neuroradiologie werden dann unter einem Dach zusammengeführt. Außerdem soll eine gemeinsame zentrale Notfallaufnahme eingerichtet werden. Im Juni 2001 wurde in der Klinik für Neurologie eine STROKE-UNIT mit 6 Betten in Betrieb genommen.

In der Frauenklinik wurde der geburtshilfliche Bereich saniert und ein Perinatal-Zentrum eröffnet.

Im Herbst des Jahres 2001 fand die Grundsteinlegung für das Dr. Mildred-Scheel-Haus auf dem Zentralgelände des UKK statt, das maßgeblich durch die Deutsche Krebshilfege-

fördert wird. Mit der Fertigstellung ist im Herbst 2003 zu rechnen.

Ende des Geschäftsjahres 2001 wurde mit der Sanierung des Bettenhauses der Orthopädischen Klinik begonnen. Mit der Fertigstellung der Arbeiten ist in 2003 zu rechnen.

Trotz der getätigten Investitionen muss auf einen erheblichen Investitionsstau hingewiesen werden, der in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Der Vorstand wird deshalb die Bereitstellung der notwendigen Mittel weiterhin mit Nachdruck beim Land Schleswig-Holstein beantragen.

Der Vorstand strebt an, die Dienstleistungsaufgaben professioneller und wirtschaftlicher zu organisieren. Eine Möglichkeit dazu wird in der Gründung umsatzsteuerbegünstigter Gesellschaften (Organschaften) gesehen, die gemeinsam mit professionellen Kooperationspartnern zu betreiben wären. Alternativ oder als Vorstufe sind auch Kooperationen mit kompetenten Anbietern denkbar, die zu einer qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung in der Lage sein müssten.

Eine neue Betriebsform ist auch für die Zentrale Physikalische Therapie vorgesehen, die - ggf. ergänzt um Rehaeinrichtungen o. ä. - auf dem Zentralgelände des Klinikums mit fremdem Kapital in einem Neubau untergebracht werden könnte.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die fachliche und persönliche Qualifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Basis für die weiterhin erfolgreiche Arbeit in Forschung und Lehre und in der Krankenversorgung. Das Ziel besteht darin, ein Spitzenniveau zu erhalten oder zu erreichen.

Im Geschäftsjahr 2002 hatte das Klinikum 4.282 Vollkräfte beschäftigt (Vorjahr 4.229). Davon wurden 293 Vollkräfte aus Drittmitteln finanziert (Vorjahr 258).

Unter den 5.292 Beschäftigten (Vorjahr 5.266) betrug der Anteil der Frauen rd. 72,9 %.

Der Vorstand sieht die Notwendigkeit, den Frauenanteil in höherdotierten und leitenden Funktionen anzuheben und ist bestrebt, mittelfristig den Anteil der Frauen in diesen Funktionen um die im Frauenförderplan ausgewiesene Quote von 5 % pro Jahr zu steigern.

Ausbildung

Das UKK bietet zur Zeit 633 Plätze an für die Ausbildung in der Krankenpflege, von Hebammen, Technischen OP-Assistenten, Diätassistenten, Medizinisch-Technischen Assistenten, sowie von Zahnarzhelferinnen bzw.

Zahnmedizinischen Fachangestellte und von Tierpflegern. Außerdem beteiligt sich das Universitätsklinikum maßgeblich an einer Kooperation zur Ausbildung von Operationstechnischen Assistenten in Kiel.

Fort- und Weiterbildung

Der Fort- und Weiterbildung wird eine hohe Priorität eingeräumt. Besonders hervorzuheben sind die Angebote der Fachweiterbildungen in der Anästhesiologie und Intensivpflege, der Pädiatrischen Intensivmedizin, für den Operationsdienst, die Psychiatrie, zur Leitung einer Pflegeeinheit sowie der Mentorenlehrgang und die vielfältigen Fortbildungsveranstaltungen.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UKK für ihre guten Leistungen, ihre Einsatzfreude und ihr persönliches Engagement im Geschäftsjahr 2002.

Der Dank gilt auch den Personalräten für die vertrauensvolle, kooperative und konstruktive Zusammenarbeit.



Geschäftsbericht 2002

Inhalt

- 3 UKK auf einen Blick**
- 4 Vorwort des Vorstandes**
- 6 Bericht des Aufsichtsrates**

- 7 Lagebericht**
 - Aufgaben und gesetzliche Grundlagen
 - Forschung und Lehre
 - Wirtschaftliche Verhältnisse
 - Risiken der künftigen Entwicklung
 - Ausblick

- 29 Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

- 30 Jahresabschluss 2002**
 - Jahresbilanz
 - Gewinn- und Verlustrechnung
 - Anlagennachweis

- 34 Anhang**
 - Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
 - Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
 - Organe des UKK
 - Ergänzende Angaben
 - Bestätigungsvermerk

- 70 Organisationsstruktur**

- 71 Lagepläne**

UKK auf einen Blick

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts der
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Gewährträger

Land Schleswig-Holstein

Organe

Aufsichtsrat

Vorstand

Eckdaten	2002	2001
Gesamtbetten/-plätze	1.289	1.289
Aufgestellte Betten	1.246	1.256
Stationäre und teilstationäre Patienten (incl. Interne Verlegungen)	55.220	55.742
Pflegetage	410.268	417.738
Durchschnittliche Verweildauer (Tage) im vollstationären Bereich	7,3	7,3
Nutzungsgrad der aufgestellten Betten (%)	88,0	89,4
Ambulante Patienten	134.190	128.295
Erlöse aus Allg. Krankenhausleistungen (T€)	204.789	201.545
Erlöse aus Wahlleistungen (T€)	3.637	3.518
Erlöse aus Ambulanten Leistungen (T€)	9.764	9.526
Landeszuschuss für Forschung und Lehre (T€)	67.225	69.514
Personalaufwand (T€)	209.456	201.189
Materialaufwand (T€)	89.231	87.911
Jahresfehlbetrag (T€)	11.467	1.337
Bilanzverlust (T€)	4.863	0

Vorwort des Vorstandes

Der Vorstand des Universitätsklinikums Kiel (UKK) legt seinen Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2002 mit einem Bilanzverlust von 4,86 Mio. € vor. Dieses Ergebnis konnte nur durch konsequente Auflösung der Kapital- und Gewinnrücklagen erreicht werden.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2002 war geprägt durch die wiederum nur unzureichend finanzierte Tarifsteigerung und den nochmals um 2.289 T€ abgesenkten Landeszuschuss für Forschung und Lehre. Auch die Kosten für die tarifvertraglich vereinbarte Altersteilzeit wirkten sich ergebnisbelastend aus.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UKK für ihr Engagement.

Zur Förderung der interdisziplinären Forschungsschwerpunkte des UKK wurden im Geschäftsjahr 2002 1,72 Mio. € eingesetzt.

Mit großer Sorge verfolgt der Vorstand die Entwicklung der seit Jahren auf unzureichendem Niveau gedeckelten stationären Erlöse sowie den kontinuierlich sinkenden Landeszuschuss für Forschung und Lehre. Diese Ent-

wicklung schränkt den finanziellen Handlungsspielraum des Vorstandes zunehmend ein, führt zu Verlusten und birgt die Gefahr, dass die Aufgaben des Universitätsklinikums Kiel nur noch unzureichend oder in Teilbereichen nicht mehr wahrgenommen werden können. Die zwischenzeitlich eingetretene erhebliche Unterfinanzierung in der Lehre (Humanmedizin und Zahnmedizin) sowie in der Forschung (Grundausrüstung) entwickelt sich zur wirtschaftlichen Belastung des Universitätsklinikums Kiel.

Hinzu kommt der unzureichende Zustand der Gebäude und Ausstattungen nahezu aller Kliniken, Institute und zentralen Einrichtungen, der angesichts des zunehmend spürbaren Konkurrenzdruckes auf dem Krankenhaussektor bereits kurzfristig Wettbewerbsnachteile des UKK nach sich ziehen könnte. Der Vorstand appelliert deshalb an die Verantwortlichen, dem UKK die für die Patientenversorgung sowie für die Forschung und Lehre notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse streben Vorstand und Medizinische Fakultät weiterhin an, die Mittel für die interdisziplinären Forschungsschwerpunkte durch Umschichtungen schrittweise anzuheben, die Drittmiteleinwerbungen zu intensivieren, die herausragenden Leistungen in der Studentischen Lehre zu erhalten und weiter auszubauen sowie darüber hinaus die Krankenversorgung zum „Gesundheitszentrum“ zu entwickeln. Hierzu sollen die Kooperationen mit externen Partnern im Gesundheitswesen umfassend ausgebaut werden.

Die von der Landesregierung durchgeführte Zusammenlegung der Universitätsklinik Kiel und Lübeck zum 1. Januar 2003 sieht der Vorstand als Chance, die Arbeitsfähigkeit der beiden Standorte bei sinkenden Landeszuschüssen für Forschung und Lehre auf hohem Niveau zu erhalten sowie durch Schwerpunktbil-

dungen und gezielte wirtschaftliche Kooperationen auf dem Sektor der Krankenversorgung die notwendigen Kostenreduktionen zu erreichen. Der Vorstand warnt allerdings vor zu kurzfristigen Erfolgserwartungen. Fusionen dieser Größenordnung erfordern zum einen Mittel zur Vorfinanzierung der Fusionskosten und zum anderen einen längeren Zeitraum der Konsolidierung, um die erwarteten Synergien und Kosteneinsparungen realisieren zu können, zumal die für die Klinika geltenden Tarifbedingungen des öffentlichen Dienstes und die „Arbeitsplatzsicherheit“ nur einen stufenweisen Prozess der Kostenreduktion im Rahmen der natürlichen Fluktuation zulassen werden. Vor diesem Hintergrund sollte die Höhe des Landeszuschusses für Forschung und Lehre für beide Klinika während der längerfristigen Konsolidierungsphase konstant und kalkulierbar bleiben.

Kiel, den 11. September 2003
Der Vorstand - Campus Kiel -

Manfred Baxmann
Kaufmännischer Direktor

Prof. Dr. Werner Grote
Ärztlicher Direktor

Prof. Dr. Michael Illert
Dekan der Medizinischen Fakultät
der CAU zu Kiel

Gerhard Witte
Stellv. Direktor für Krankenpflege
und Patientenservice

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat wurde im Berichtsjahr laufend über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage des Klinikums unterrichtet. Er hat die Geschäftsführung des Vorstandes nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften überwacht sowie über die ihm vorgelegten zustimmungsbedürftigen Vorgänge entschieden.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision AG, Hamburg, hat den Jahresabschluss des Klinikums für das Geschäftsjahr 2002 unter Einbeziehung des Lageberichtes geprüft. Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Prüfungsgesellschaft hat den uneingeschränkten Prüfungsvermerk erteilt.

Kiel, den 11. September 2003

Der Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Staatssekretär Dr. Hellmut Körner
Vorsitzender

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Abschlussprüfers über das Ergebnis seiner Prüfung erörtert und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat auch den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Jahresbericht beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Universitätsklinikums Kiel für die im Geschäftsjahr 2002 geleistete Arbeit.

Aufgaben und gesetzliche Grundlagen

Das Universitätsklinikum Kiel (UKK) wird seit dem 1. Januar 1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel geführt.

Das UKK ist gemäß Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 8. Mai 2001 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2001 S. 278) als Krankenhaus der Zentralversorgung in den Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein aufgenommen und nimmt zusammen mit dem Universitätsklinikum Lübeck (UKL) die Aufgaben der Zentralversorgung in Schleswig-Holstein wahr.

Gemäß Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 25. Januar 2001 wurde die Anzahl der in den Krankenhausplan aufgenommenen Gesamtbetten/-plätze mit 1.289 festgestellt.

Das UKK ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) nicht in die Förderung nach diesem Gesetz einbezogen. Es wird nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) gefördert. Pflegesatzrechtlich ist das UKK den nach dem KHG geförderten Krankenhäusern gleichgestellt.

Im Wesentlichen finanziert das UKK seine Aufgaben wie folgt:

- Einnahmen für die stationäre und ambulante Krankenversorgung sowie für andere Dienstleistungen
- Landeszuschuss für Forschung und Lehre sowie Trägerkosten
- Zuführung aus dem Haushalt des Landes Schleswig-Holstein für Investitionsmaßnahmen soweit nicht nach dem HBFG gefördert
- Zuwendungen von anderen Institutionen und natürlichen Personen (Drittmittel/Spenden)

Dem UKK obliegen nach § 119 des Gesetzes über die Hochschulen und Klinika im Lande Schleswig-Holstein (HSG) die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und an der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Das UKK verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Das UKK hält in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor. Es wahrt die der Hochschule eingeräumte Freiheit in Forschung und Lehre und stellt sicher, dass die Mitglieder der Hochschule die nach dem Gesetz verbürgten Grundrechte und die ihnen nach dem Hochschulgesetz eingeräumten Freiheiten wahrnehmen können.

Es kann darüber hinaus weitere Leistungen erbringen, wenn diese mit seinen Aufgaben zusammenhängen.

Der Vorstand hat nach § 121 Absatz 1 Satz 2 HSG für die Einhaltung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit des UKK und seines Vermögens Sorge zu tragen. Zu seinen Aufgaben gehören auch die Sicherung der Arbeitsqualität und die Frauenförderung.

Am 01.01.2003 ist durch die Fusion des UKK und des UKL das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK-SH) entstanden.

Forschung und Lehre

Die Forschungsschwerpunkte der Fakultät wurden im Berichtszeitraum konsequent weiterentwickelt. Die Förderung im Rahmen der besonderen Forschungsvorhaben konzentrierte sich auf die Forschungszentren Onkologie, Neurowissenschaften und Transplantationsmedizin. Besonders ist hervorzuheben, dass der SFB 415, Spezifität und Pathophysiologie von Signaltransduktionswegen, nach einer erfolgreichen Begutachtung für weitere drei Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit 3,1 Mio. € gefördert wird. Fakultät und Universität unterstützen den SFB ihrerseits mit weiteren 0,5 Mio. €. Des Weiteren gelang es der Fakultät, den SFB 617 „Molekulare Mechanismen der epithedierten Abwehr“ anzuwerben. Der SFB 617 wird von der DFG über die nächsten 3 Jahre mit insgesamt 3,5 Mio. € gefördert.

An der Fakultät hat sich im Jahre 2001 mit der Genomforschung ein neuer Schwerpunkt gebildet, der bisherige hochqualifizierte Forschungsaktivitäten verschiedener Kliniken und Institute bündelt. Er wird durch Drittmittel des BMBF mit mehr als 8,2 Mio. € hochrangig gefördert. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit hat die Fakultät den Grundsatzbeschluss zur Gründung eines Forschungsinstituts für klinische Molekularbiologie gefasst. Eng gekoppelt an die Etablierung dieses Schwerpunktes ist die Einrichtung eines Methodenzentrums Genetische Epidemiologie, das diesen Schwerpunkt methodisch begleiten und der Fakultät

und Universität Expertise zu Fragen der Genetischen Epidemiologie bereitstellen wird.

Im Bereich der klinischen Forschung konnte die Schnittstelle zwischen Forschung und Krankenversorgung weiter gefestigt werden. Zurzeit werden im Klinikum mehr als 138 klinische Studien durchgeführt, teilweise auf hochrangigem internationalen Niveau. In mehr als 131 Fällen liegt die Studienleitung bei Einrichtungen des UKK. Weiter muss in diesem Zusammenhang auf die große Zahl von Förderungen im Rahmen des MedNet-Programms des BMBF hingewiesen werden, an denen das UKK beteiligt ist. Mit den Kompetenznetzen "Akute und Chronische Leukämien" (Prof. Dr. Dr. Kneba, 2. Medizinische Universitätsklinik), "Chronisch entzündliche Darmerkrankungen" (Prof. Dr. Fölsch, Prof. Dr. Schreiber 1. Medizinische Klinik), „Neuropathische Schmerzen“ (Prof. Dr. Baron, Neurologische Klinik), "Hepatitis" (Dr. Hinrichsen, 1. Medizinische Klinik) und "Parkinson Syndrom" (Prof. Dr. Deuschl, Neurologische Klinik) konnte die Beteiligung an diesem Programm weiter ausgebaut werden, so dass das UKK inzwischen zu einer der Universitätskliniken gehört, die die höchste Zahl dieser qualitativ sehr hochwertigen, international begutachteten und höchst renommierten BMBF Förderungen erhält.

Insgesamt ist es damit gelungen, die Koppelung der Schwerpunkte in Forschung und Krankenversorgung voranzubringen.

Dieses ist ein spezifisches Charakteristikum für die in einem Universitätsklinikum durchzuführende Medizin und eine essentielle Voraussetzung für die Entwicklung neuer und innovativer Konzepte und Strategien in der Krankenversorgung, wie sie von einem Universitätsklinikum im Gegensatz zu einem Krankenhaus der Maximalversorgung gefordert werden.

Die sehr aktive Forschungstätigkeit äußert sich in einer entsprechenden Zahl von Publikationen und Drittmittelwerbungen. Die Qualität der Publikationen konnte deutlich gesteigert werden. Die medizinischen und zahnmedizinischen Promotionen blieben auf dem hohen Niveau des Vorjahres (Humanmedizin: 184; Zahnmedizin: 27). Insgesamt promovierten damit 73,6 % der Studierenden der Humanmedizin eines Studienjahres, bei einer Zulassungszahl von 250 Studierenden und 37,5 % der Studierenden der Zahnmedizin, bei einer Zulassungszahl von 72 Studierenden, was den Vergleichswerten der BRD entspricht. Gleiches gilt für die Zahl der Habilitationen (15).

Die curriculare Lehre für die Studierenden der Medizin und Zahnmedizin sowie für Studierende anderer Studiengänge (z.B. Pharmazeuten) wurde auf dem gewohnt hohen Niveau durchgeführt. Erhebliche Anstrengungen wurden in die Reorganisation des Curriculums investiert, um die Qualität der Lehrveranstaltungen zu sichern und weiter zu verbessern. Hier sind die Konzepte zu erwähnen, die die Fakultät zur Einbindung computergestützter Lehrmethoden in die curriculare Lehre entwickelt. Ausgehend von einem in dem Bereich der Vorklinik einge-

worbenen hochrangigen BMBF-Verbundprojekt "Neue Medien in der Medizin - curriculare und extracurriculare Ausbildung" wird die Etablierung einer fakultätsweiten Teleplattform für den curricularen Unterricht und die Fort- und Weiterbildung angestrebt.

Diese sehr positiven Ergebnisse konnten trotz sich deutlich verschlechternden Rahmenbedingungen erreicht werden. Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre wurde erneut erheblich abgesenkt, massive Reduktionen wurden für das Jahr 2003 angekündigt. Während die bisherigen Kürzungen vorwiegend linear auf die Einrichtungen umgelegt werden konnten, wird dies in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Fakultät sah sich deswegen gezwungen, erhebliche Kürzungsmaßnahmen in strukturellen Bereichen zu beschließen. Einrichtungen und Sektionen werden verkleinert bzw. völlig geschlossen werden müssen. Es wird sich nicht verhindern lassen, dass geplante Forschungsschwerpunkte und Lehrinhalte verkleinert bzw. umstrukturiert werden müssen.

Mit großer Sorge muss festgehalten werden, dass der vom Lande zur Verfügung gestellte Zuschuss für Forschung und Lehre die Aufgaben in diesen Bereichen nicht mehr ausfinanziert. Wiederholt wurde deshalb vom Dekanat darauf hingewiesen, dass dadurch Wettbewerbsnachteile entstehen werden, die die internationale Konkurrenzfähigkeit in Forschung und Lehre gefährden. Die Problematik der Entwicklung liegt darin, dass bei abnehmendem Landeszuschuss und gleichbleibenden

bzw. in der Realität steigenden Trägerkosten die Finanzmittel für die Grundausstattung von Forschung und Lehre überproportional abnehmen. Damit wird die Bereitstellung der Infrastruktur, die zur Einwerbung projektbezogener Drittmittel vorausgesetzt wird, zunehmend schwierig. Da die Entwicklung und Sicherung international hochrangiger Forschungsschwerpunkte nur aus einem breiten Spektrum von

Einzelprojekten erfolgen kann, die zur Erreichung der "Drittmittelreife" eine hochwertige, von Fakultät und Klinikum vorzuhaltende Infrastruktur benötigen, gefährdet die abnehmende Finanzierung der Grundausstattung langfristig die Qualität der Forschung und damit verbundener universitärer, innovativer Krankenversorgung und Lehre.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Stationäre Krankenversorgung

Das Universitätsklinikum Kiel verfügte im Geschäftsjahr 2002 über 1.289 Gesamtbetten/-plätze (Vorjahr Planbetten) sowie 1.246 tatsächlich genutzte (aufgestellte) Betten, darunter 121 Intensivbehandlungsbetten und 136 Intensivüberwachungsbetten.

	2002	2001
Gesamtbetten/-plätze	1.289	1.289
Aufgestellte Betten	1.246	1.256
Patienten (incl. interne Verlegungen)	55.220	55.742
Verweildauer (Tage)	7,3	7,3
Pflegetage	410.268	417.738
Umsatz (Mio. €)	208,4	205,1

Es wurden insgesamt 55.220 Patienten behandelt. Dies entspricht einer Verringerung gegenüber dem Vorjahr um 522 Patienten oder 0,9 %.

Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,3 Tagen (Vorjahr 7,3 Tage) wurde eine Auslastung der aufgestellten Betten von 88,0 % (Vorjahr 89,4 %) erreicht.

Ohne Berücksichtigung der internen Verlegungen und ohne die Tageskliniken betrug die Zahl der Patienten 47.530 (Vorjahr 48.293) bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 8,1 Tagen (Vorjahr 8,2 Tage).

Das mit den Krankenkassen abgerechnete Gesamtbudget betrug einschließlich der Sonderentgelte und Fallpauschalleistungen 196,7 Mio. € (Vorjahr 199,8 Mio. €) bei insgesamt 410.268 Pflegetagen (Vorjahr 417.738).

Die Abrechnung der stationären Entgelte erfolgte auf der Grundlage der am 03.03.2003 mit den Krankenkassen abgeschlossenen Budgetvereinbarung.

Die Erlöse aus Wahlleistungen betrugen 3,6 Mio. € (Vorjahr 3,5 Mio. €).

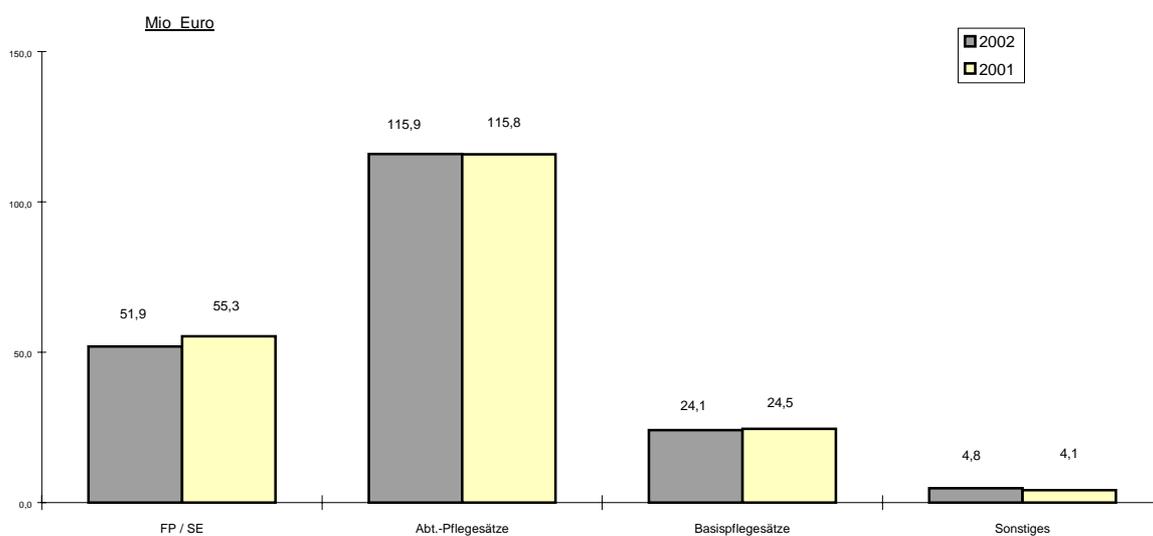
Zusammen mit dem von den Krankenkassen abgerechneten Gesamtbudget unter Berücksichtigung des Budgetausgleichs (+ 8,0 Mio. €) ergeben sich Umsatzerlöse für den stationären Bereich in Höhe von 208,4 Mio. € (Vorjahr 205,1 Mio. €).

Es wurden 96 Fallpauschalen, 148 Sonderentgelte und 30 Abteilungs- und Intensivpflegesätze abgerechnet. Hinzu kamen 6 teilstationäre Pflegesätze sowie die Basispflegesätze für teil- und vollstationäre Behandlungen.

Zusätzlich konnte das am 01.04.1998 gestartete Modellvorhaben „Operative Onkologie“ mit 19 gesondert entwickelten Fallpauschalen und

3 Pauschalen für Intensivpflege erfolgreich weitergeführt und über das Jahr 2002 hinaus verlängert werden.

Umsatzerlöse stationäre Krankenversorgung



Die Abrechnung der stationären Leistungen einschließlich der Ausgleichsbeträge erfolgte mit 51,9 Mio. € (25,3 %) über Fallpauschalen und Sonderentgelte. Der übrige Umsatz in

Höhe von 144,8 Mio. € (74,7 %) wurde insbesondere über die Abteilungspflegesätze (115,9 Mio. €) sowie die Basispflegesätze (24,1 Mio. €) abgerechnet.

Bettenstruktur

Klinik für	GESAMTBETTEN-/PLÄTZE		AUFGESTELLTE BETTEN	
	2002	2001	2002	2001
Allgemeine Innere Medizin	116	116	107,1	111,4
Kardiologie	55	55	53,3	53,9
Nephrologie	27	27	22,0	27,0
Dermatologie, Venerologie und Allergologie	65	65	58,1	60,5
Allgemeine Pädiatrie	70	70	70,0	70,0
Kinderkardiologie	25	25	25,0	25,0
Neuropädiatrie	15	15	14,6	15,0
Allgemeine Chirurgie und Thoraxchirurgie	107	107	105,5	105,5
Herz- und Gefäßchirurgie	61	61	61,0	61,0
Urologie	39	39	39,0	39,0
Unfallchirurgie	50	50	50,0	50,0
Gynäkologie und Geburtshilfe	91	91	87,2	85,4
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Kopf- und Halschirurgie, Phoniatrie u. Pädaudiologie				
Phoniatrie und Pädaudiologie	79	79	74,8	75,0
Ophthalmologie	49	49	45,9	46,2
Neurochirurgie	72	72	71,7	72,0
Orthopädie	50	50	46,7	45,2
Psychiatrie und Psychotherapie	94	94	94,0	91,7
Neurologie	64	64	64,0	64,0
Kinder- und Jugendpsychiatrie	25	25	25,0	25,0
Psychotherapie und Psychosomatik	8	8	8,0	8,0
Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	24	24	21,5	22,1
Anästhesiologie und Operative Intensivmedizin (inkl. Schmerztherapie)	14	14	14,0	13,9
Strahlentherapie	24	24	23,0	24,0
Diagnostische Radiologie	4	4	4,0	4,0
Nuklearmedizin	9	9	9,0	9,0
II. Medizinische Klinik und Poliklinik	9	9	9,0	9,0
Insgesamt (vollstationär)	1.246	1.246	1.203	1.213
Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie	10	10	10,0	10,0
Tagesklinik für Dermatologie	18	18	18,0	18,0
Dialyse	15	15	15,0	15,0
Insgesamt	1.289	1.289	1.246	1.256

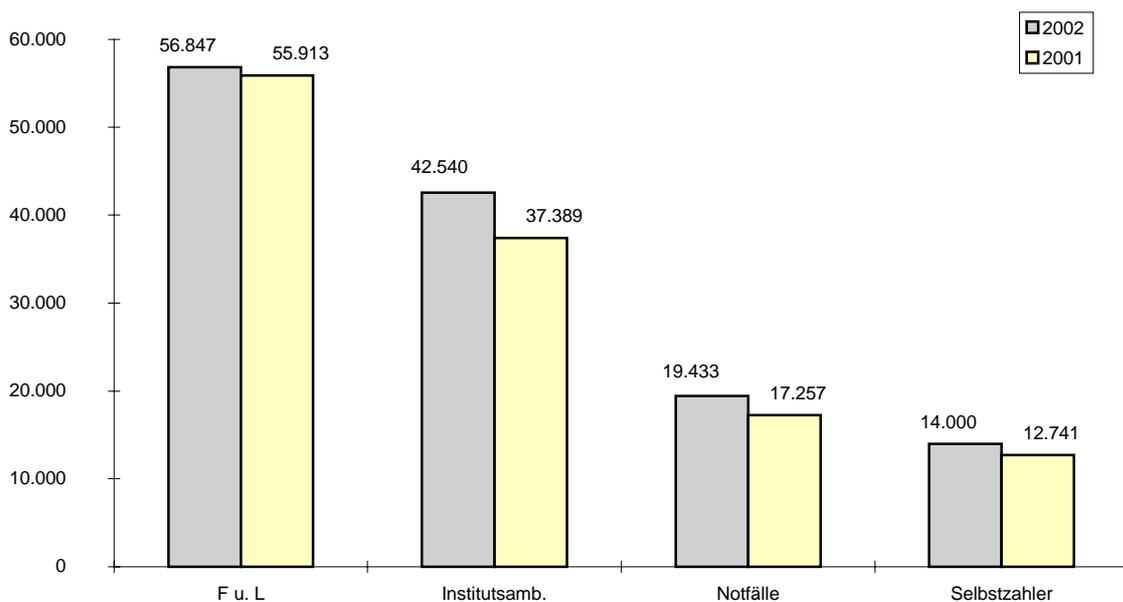
Ambulante Krankenversorgung

In den Ambulanzen des UKK wurden im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 134.190 Patienten (i. Vj. 128.295) behandelt, davon 56.847 Patienten (i. Vj. 55.913) im Rahmen der Forschungs- und Lehrtätigkeiten (Polikliniken) und 42.540 Patienten (i. Vj. 37.389) auf der Grundlage von Institutsermächtigungen und Persönlichen Ermächtigungen.

Des Weiteren wurden 19.433 Notfallbehandlungen (i. Vj. 17.257) durchgeführt. 14.000 Patienten waren Selbstzahler (i. Vj. 12.741).

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen betragen insgesamt rund 9,8 Mio. € (i. Vj. 9,5 €).

Patienten



Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2002		31.12.2001	
Aktiva	T€	%	T€	%
Anlagevermögen (Langfristig gebundenes Vermögen)	192.579	74,3	182.342	74,8
Vorräte	10.616	4,1	10.552	4,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.917	16,2	47.523	19,5
Forderungen an den Träger	0	0,0	67	0,1
Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	8.249	3,2	201	0,1
Flüssige Mittel	3.105	1,2	2.039	0,8
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	2.553	1,0	1.090	0,4
Umlaufvermögen	66.440	25,7	61.472	25,2
	259.019	100,0	243.814	100,0
Passiva				
Eigenkapital	2.364	0,9	14.661	6,0
Sonderposten	178.838	69,0	171.227	70,2
Langfristig verfügbare Mittel	181.202	70,0	185.888	76,2
Rückstellungen	14.648	5,7	16.513	6,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Landeshauptkasse Kiel	29.127	11,2	532	0,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltene Anzahlungen	15.841	6,1	19.366	7,9
Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger	0	0,0	2.248	0,9
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät	4.176	1,6	5.937	2,4
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	14.025	5,4	13.330	5,5
Fremde Mittel	77.817	30,0	57.926	23,8
	259.019	100,0	243.814	100,0

Die Bilanzsumme des UKK erhöhte sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2001 um 15.205 T€ bzw. 6,2 %.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 10.237 T€ bzw. 5,6 %. Um diesen Betrag überstiegen die Anlagenzugänge die Abschreibungen und Anlagenabgänge.

Das Vorratsvermögen erhöhte sich insgesamt geringfügig um 64 T€ bzw. 0,6 %. Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 153 T€ bzw. 1,6 %. Die Unfertigen Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 218 T€ oder 25,5 %. Es handelt sich hierbei um Abgrenzungen von Fallpauschalen für Patienten, die am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 5.606 T€ oder 11,8 %.

Die Forderungen an den Träger im Geschäftsjahr 2001 beinhalten Nachversicherun-

gen für Mitarbeiter gegenüber dem Land Schleswig-Holstein.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht erhöhten sich um 8.048 T€. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Forderungen nach der Bundespflegesatzverordnung.

Die flüssigen Mittel erhöhten sich um 1.066 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 1.463 T€ bzw. 134,2 % zu verzeichnen.

Das Eigenkapital verminderte sich um 12.297 T€ bzw. 83,9 %.

Der Sonderposten hat sich um 7.611 T€ bzw. 4,4 % erhöht. Der Anstieg korrespondiert mit der Erhöhung des Anlagevermögens.

Bei den Rückstellungen ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung von 1.865 T€ oder 11,3 % zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Landeshauptkasse erhöhten sich um 28.595 T€. Bei der Verbindlichkeit gegenüber der Landeshauptkasse handelt es sich um den negativen Liquiditätsbestand des UKK bei der Landeshauptkasse, die ein Konto für das UKK bei der Bundesbank eingerichtet hat.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie erhaltenen Anzahlungen verminderten sich gegenüber 2001 um insgesamt 3.525 T€ oder 18,2 %.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger betreffen den noch nicht verwendeten Investitionszuschuss des Landes und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.248 T€ bzw. 100 %.

Die Verbindlichkeit gegenüber der Medizinischen Fakultät verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.761 T€ oder 29,7 %.

Die übrigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 695 T€ oder 5,2 %.

Zusammenfassung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2002		2001	
	T€	T€	T€	T€
Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen	204.789		201.545	
Erlöse aus Wahlleistungen	3.637		3.518	
Erlöse aus Ambulanten Leistungen	9.764		9.526	
Nutzungsentgelte der Ärzte	10.162		10.089	
Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen	218		-161	
Landeszuschuss für Forschung und Lehre	67.225		69.514	
dazu: Umsetzung aus dem Finanzplan	209		3.344	
Sonstige betriebliche Erträge	<u>30.717</u>	326.721	<u>30.950</u>	328.325
Personalaufwand	209.456		201.189	
Materialaufwand	<u>89.231</u>	298.687	<u>87.911</u>	289.100
Zwischenergebnis		28.034		39.225
Erträge aus Investitionszuschüssen	23.944		17.685	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten	17.748		22.893	
Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten / Verbindlichkeiten	<u>24.358</u>	17.334	<u>18.343</u>	22.235
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17.837		23.100	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>38.979</u>	56.816	<u>40.577</u>	63.677
Zwischenergebnis		-11.448		-2.217
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		372		893
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		369		0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-11.445		-1.324
Steuern		<u>21</u>		<u>13</u>
Jahresfehlbetrag		-11.466		-1.337
Zuführung zu Gewinnrücklagen		32		1.822
Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen		<u>6.635</u>		<u>3.159</u>
Bilanzverlust		-4.863		0

Die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind in vorstehender Aufstellung zu wesentlichen Positionen zusammengefasst worden.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 11.466 T€ wird in Höhe von 6.635 T€ durch die Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen ausgeglichen und in Höhe von 4.863 T€ auf neue Rechnung vorgetragen.

Die **Ertragslage** des UKK entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Die **Betriebserträge** (einschließlich Drittmittel) verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. € bzw. 0,5 % ab. Die darin enthaltenen Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen erhöhten sich um + 3,2 Mio. €).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € bzw. 0,8 %.

Von der Steigerung des **Personalaufwands** in Höhe von 8,3 Mio. € entfallen 2,2 Mio. € auf die sonstigen Finanzierungsbereiche (z. B. Drittmittel und besondere Forschungsmittel). Die Erhöhung um 6,1 Mio., die auf die aus dem Haushalt finanzierten Personalkosten entfallen, resultiert einerseits aus der durchschnittlichen Tarifsteigerung, die in 2002 1,6 % bzw. 2,5 Mio. € betrug. Hinzu kommen die ungeplanten Sozialabgaben und der VBL-Sanierungsbeitrag in Höhe von 2,1 %, die die Personalkosten mit 2,7 Mio. € belastet haben.

Die Zunahme der **Materialaufwendungen** wurde im Geschäftsjahr 2002 im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen des medizinischen Bedarfs (+ 0,6 Mio. € bzw. 0,9 %) sowie des Wirtschaftsbedarfs (0,7 Mio. € bzw. 3,7 %) verursacht.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2001 um 1.599 T€ bzw. 3,9 %.

Die **Zinserträge** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 521 T€ . Im Geschäftsjahr 2002 wurden wegen der negativen Liquidität keine Zinserträge auf dem Konto bei der Landeshauptkasse erreicht. Bei den erzielten Erträgen handelt es sich hauptsächlich um Zinsen von Krankenkassen für verspätet geleistete Zahlungen.

Im Geschäftsjahr 2002 fielen wegen der negativen Liquidität erstmalig **Zinsaufwendungen** in Höhe von 369 T€ an.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** beträgt im Geschäftsjahr 2002 - 11.445 T€ und hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2001 um 10.121 T€ verschlechtert.

Weitergehende Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Risiken der künftigen Entwicklung

Der finanzielle Handlungsspielraum des Universitätsklinikums Kiel ist durch die seit Jahren zunehmend schwieriger werdende wirtschaftliche Lage erheblich eingeeengt worden. Der Vorstand sieht diese Entwicklung mit großer Sorge, da mit ihr die Gefahr von Betriebsverlusten und der weitere Verlust von Arbeitsplätzen verbunden sind.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen zum einen in der seit Jahren gedeckelten Erlössituation für die Stationären Krankenhausleistungen, die zwischenzeitlich nicht einmal mehr die Kosten der laufenden Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst vollständig finanziert und die keine reale Möglichkeit bietet, nicht vermeidbare Mehrkosten des Medizinischen Fortschrittes zu finanzieren. Die für das UKK gesetzlich geregelte Tarifbindung an den BAT schwächt die Konkurrenzfähigkeit und die Marktstellung des Klinikums erheblich. Beste Beispiele sind zum einen die Erhöhung der VBL-Beträge im Geschäftsjahr 2002, die eine zusätzliche Kostenbelastung von 2,96 Mio. € bedeutet und zum anderen das tarifvertraglich festgelegte Recht auf Altersteilzeit, von dem zunehmend Gebrauch gemacht wird. Der VBL-Sanierungsbeitrag wird auch in den Folgejahren den Haushalt des Klinikums erheblich belasten. Hinzu kommt, dass die Tarifierhöhung 2003 nicht finanziert werden kann.

Des Weiteren wird der Landeszuschuss für Forschung und Lehre seit Jahren kontinuierlich abgesenkt. Von 1996 bis 2002 erfolgte eine Reduzierung um 11,2 Mio. € oder 14,8 %.

Im Geschäftsjahr 2002 erfolgte eine weitere Zuschussreduktion um rd. 2,3 Mio. €

Die zwischenzeitlich eingetretene erhebliche Unterfinanzierung in der Lehre (Humanmedizin und Zahnmedizin) sowie in der Forschung (Grundausstattung und Ergänzungsausstattung) entwickelt sich zur wirtschaftlichen Belastung für das UKK.

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ab 2003 des Campus Kiel des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) wird in den nächsten Jahren besonders abhängig sein vom Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein, der zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, sowie das vom Gesetzgeber vorgesehene neue Vergütungssystem für stationäre Krankenhausleistungen (DRG-System). Für die Umstellung auf das neue Entgeltsystem hatte der Vorstand bereits 2001 eine Projektorganisation eingesetzt, bestehend aus einer Projektleitungsgruppe, einer Projektgruppe und verschiedenen Arbeitsgruppen. Diese hat die Aufgaben

- das neue Vergütungssystem zum 1. Januar 2003 einzuführen,
- die Stationären Erlöse abzusichern und zu optimieren,
- die Kostentransparenz zu erhöhen und
- die Qualität der Leistungen zu sichern.

Das UKK ist in das Benchmarking-Projekt der Deutschen Universitätskliniken eingebunden. Erste Ergebnisse zeigen zum einen, dass das UKK gegenüber nahezu allen anderen Universitätskliniken eine kostengünstige Erlösstruktur aufweist. Zum anderen lassen Vergleiche mit außeruniversitären Krankenhäusern erhebliche Erlösrisiken erkennen. Das UKK hat im Geschäftsjahr 2002 eine Nachkalkulation der DRG-Leistungen unter Beteiligung eines externen Sachverständigen durchführen lassen. Das Ergebnis bestätigt die Erlösrisiken.

Die Rechtslage hinsichtlich der Höhe der Erlöse aus Wahlleistungen konnte auch 2002 nicht abschließend geklärt werden. In diesem Zusammenhang wurde schon in den Vorjahren eine Rückstellung zur Abdeckung des Erlösrisikos gebildet und im Geschäftsjahr 2002 erhöht, die unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen abgebildet wird.

Für das Geschäftsjahr 2003 wird ein ausgeglichenes Ergebnis nur dann zu erreichen sein, wenn das vom Vorstand beschlossene Einspar- und Strukturprogramm in Höhe von 21,2 Mio. € realisiert wird.

Dieses Programm sieht eine Personalkostenreduktion von 10,8 Mio. € (rd. 220 Vollkräfte) sowie Sachkostenreduktionen von 10,3 Mio. € vor. Auf die Krankenversorgung entfällt ein Anteil von rd. 36 % (7,6 Mio. €), auf die Forschung und Lehre ein Anteil von 19 % (rd. 3,9 Mio. €) sowie auf die Trägerkosten ein Anteil von 46 % (rd. 9,6 Mio. €). Die Maßnahmen wirken unmittelbar auf die einzelnen Budgets der Profit-Center und werden ohne strukturelle Veränderungen nicht zu erreichen sein. Unterstützend bereitet der Vorstand eine Nutz

wertanalyse für alle Kliniken und Institute vor um auf dieser Grundlage weitere Strukturentscheidungen treffen zu können.

Die Risiken des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Bereitschaftsdienst der Ärzte in Verbindung mit dem zwischenzeitlich vorliegenden Urteil des Arbeitsgerichts Kiel vom 8. November 2001 werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als gering eingestuft. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 18.02.2003 bestätigt diese Einschätzung. Eine andere Entscheidung hätte ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für das UKK durch die dadurch notwendig werdenden Neueinstellungen von Ärzten zur Folge. Ein derartiges Kostenrisiko wäre finanziell nur noch zu beherrschen, wenn entsprechende die Finanzierung sichernde Begleitgesetze beschlossen würden.

Angesichts der zunehmenden Konkurrenz auf dem Krankenhaussektor, die insbesondere Folge von Überkapazitäten sein dürfte, wird - neben der Medizinischen Qualität der Patientenversorgung - der Ausstattungsstandard des Klinikums wettbewerbsbestimmend sein.

Für die Beschaffung der Investitionsgüter gilt das Prinzip der dualen Finanzierung, das vorsieht, dass Investitionen zu Lasten des Landes und des Bundes zu finanzieren sind. Der beständig enger werdende Finanzrahmen sowohl des Bundes als auch des Landes hat kontinuierlich dazu geführt, dass zwischenzeitlich ein erheblicher Investitionsstau sowohl an der Gebäudesubstanz als auch auf dem Sektor der Geräte und Ausstattung eingetreten ist.

Der erhebliche Investitionsstau im UKK birgt ein nicht zu unterschätzendes Umsatzrisiko:

- Die Gebäudesubstanz nahezu aller Kliniken, mit unzureichenden Nasszellen und zu großen Patientenzimmern mit fehlendem Hotelstandard ist dringend sanierungsbedürftig
- Für dringende Ersatzbeschaffungen HBFG-fähiger Geräte fehlen sowohl Bundes- als auch Landesmittel in erforderlichem Umfang
- Für die dringende Ersatzbeschaffung sonstiger Geräte und Ausstattungen fehlen ausreichende Landesmittel.

Ausblick

Forschung

Der Vorstand hält an seinem Vorhaben fest, in den nächsten Jahren in enger Abstimmung mit der Medizinischen Fakultät anzustreben, die Mittel für die besonderen Forschungs- und Lehrvorhaben schrittweise anzuheben. Für die besonderen von der Medizinischen Fakultät begutachteten Forschungs- und Lehrvorhaben wurden in den Jahren 1996 bis 2002 durchschnittlich 2.297 T€ p. a. für zusätzliche Personal- und Sachaufwendungen und Investitionen zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen im Geschäftsjahr 2002 1,4 Mio. € für besondere wissenschaftliche Ausgaben der Kliniken und Institute.

Die verbesserte Finanzierung der interdisziplinären Forschung soll durch Mittelumschichtungen realisiert werden.

Im Bereich der Drittmiteleinwerbung strebt die Medizinische Fakultät mittelfristig einen Umsatz an, der deutlich über dem bundesweiten Mittelwert liegt. Der Drittmittelzufluss im Geschäftsjahr 2002 lag im Klinikum (ohne Vorklinik) bei 15,8 Mio. € (Vorjahr 18,0 Mio. €).

Der Vorstand hat in enger Zusammenarbeit mit der Medizinischen Fakultät die Forschungsarbeit durch den Neubau der Zentralen Tierhaltung, die im März 2003 fertiggestellt wurde, auf dem Klinikumsgelände entscheidend verbessert.

Lehre, Studentenausbildung

Die Approbationsordnung gibt für die Studentische Lehre ein präzises Curriculum vor.

In der Medizinischen Fakultät werden unter Koordination des Studiendekans Lehrstrukturen und Unterrichtsformen entwickelt, die die bisherige vorbildliche Ausbildung sichern sollen.

Durch diese Maßnahmen ist es der Medizinischen Fakultät gelungen, in den bundesweiten Examina einen Platz in der Spitzengruppe der deutschen Universitäten einzunehmen.

Im Rahmen einer leistungsorientierten Vergabe der Mittel für Forschung und Lehre spielt die

Evaluierung der Lehre zukünftig eine wichtige Rolle. Über den Studiendekan ist ein Pilotprojekt initiiert worden, dessen Ergebnis Grundlage einer Gesamtlehreevaluierung im Universitätsklinikum Kiel werden wird.

Zwischen der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen (GSbG mbH), dem Rektorat der CAU sowie dem UKK wurde ein Kooperationsvertrag zur Förderung der Gesundheitsökonomie geschlossen. Ziel der Kooperationsvereinbarung ist zum einen die Gründung einer Gemeinnützigen Gesellschaft sowie die Einrichtung eines Stiftungslehrstuhls für Gesundheitsökonomie.

Krankenversorgung

Mit Wirkung zum 01.01.2000 hat das Universitätsklinikum Kiel flächendeckend eine Profit-Center-Struktur eingeführt. Durch die Übertragung der wirtschaftlichen Verantwortung und der Entscheidung über die Verwendung der Finanzmittel auf den jeweiligen Direktor oder die Direktorin der Abteilung gemäß § 125, Absatz 4 HSG wird den Kliniken, Instituten und zentralen Einrichtungen die Möglichkeit gegeben, sich mit höherer Flexibilität auf neue Anforderungen des Marktes einzustellen und damit stärker zum wirtschaftlichen Gesamterfolg des "Unternehmens" Universitätsklinikum Kiel beizutragen.

Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Motiva-

tion und unternehmerisches Denken werden durch die neue Unternehmensstruktur gefördert.

Wirtschaftliche Ziele sind, zum einen, im Bereich der stationären Krankenversorgung eine stabile Finanzierung und zum anderen eine ausreichende Finanzierung der Aufgaben der Forschung und der Lehre zu erreichen.

Die Krankenversorgung am Standort Kiel wird in den kommenden Jahren geprägt sein von der Zielsetzung, u.a. Kooperationen mit externen Partnern des Gesundheitswesens einzugehen sowie die verschiedenen Dienstleistungsprozesse wirtschaftlicher zu organisieren.

Darüber hinaus ist die zum 1. Januar 2003 erfolgte Fusion der beiden Universitätsklinika des Landes zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein eine Chance für die notwendige Kostenreduktion und zur weiteren Stärkung der bereits heute bestehende starke Position auf dem Gesundheitsmarkt.

Die erweiterten Kooperationen sollen zur wirtschaftlichen Stärkung des Universitätsklinikums beitragen, ohne das hohe Niveau der Krankenversorgung und den wissenschaftlichen Auftrag zu gefährden.

Als bereits realisierte oder in Vorbereitung befindliche Beispiele für Kooperationen sind zu nennen:

- Der Kooperationsvertrag mit dem Westküstenklinikum Heide über die Erbringung von Herzoperationen durch Mitarbeiter/innen des UKK am Standort Heide zur Optimierung der wohnortnahen Patientenversorgung und zur langfristigen wirtschaftlichen Sicherung des Herzchirurgischen Standorts in Kiel.
- Der Vertrag mit der Stadt Kiel über den Betrieb von 50 universitären Gesamtbetten/-plätzen (Vorjahr Planbetten) der II. Medizinischen Klinik im Städtischen Krankenhaus.
- Die Kooperation mit der Schmerzlinik, einer Klinik in privater Trägerschaft, die eine umfassende medizinische und wissenschaftliche Zusammenarbeit regelt.
- Die Kooperationsvereinbarung mit dem Norddeutschen Epilepsiezentrum in Ralsdorf unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes als integrativer Bestandteil der medizinischen und wissenschaftlichen Arbeit der Klinik für Neuropädiatrie .
- Die Vereinbarung mit einer Reha-Einrichtung, die es ermöglicht, im Rahmen von Fallpauschalen bestimmte Zeiten der stationären Versorgung einzukaufen und so Kapazitäten für zusätzliche, wirtschaftlich vorteilhafte Leistungen freizusetzen.
- Kooperation mit dem Westküstenklinikum Heide zur Übernahme der dortigen Nuklearmedizin sowie Strahlentherapie zur Intensivierung der Forschung, zur Optimierung der flächendeckenden Patientenversorgung aber auch zur wirtschaftlichen Stärkung des Standorts Kiel.
- Kooperation mit der dänischen Gesundheitsverwaltung, um dänischen Patientinnen und Patienten, die an Krebserkrankungen leiden, die Möglichkeit zu geben, sich im UKK behandeln zu lassen.
- Kooperation mit der norwegischen Gesundheitsbehörde mit dem Ziel, norwegische Patientinnen und Patienten in den Bereichen der Kinderkardiologie, der Neurologie und der Neurochirurgie im UKK zu behandeln.
- Kooperation mit einem arabischen Arzt zur Vermittlung von Patienten aus dem Arabischen Raum.

- Kooperation mit der Dräger Forum GmbH zur Förderung der Ausbildung von Krankenpflegekräften und Ärzten im Ausland, zunächst in Saudi-Arabien.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Strahlentherapie mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Labormedizin mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten und die Qualität der Krankenversorgung durch eine konsiliarische Zusammenarbeit zu verbessern.
- Kooperation mit einer niedergelassenen Fachärztin für Nuklearmedizin mit dem Ziel, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten, Leistungen zu koordinieren und die Qualität der Krankenversorgung durch eine enge Verbindung von ambulanter und stationärer Heilbehandlung zu verbessern.
- Kooperation mit einem niedergelassenen Facharzt für Pathologie mit dem Ziel, vorhandene Laborkapazitäten bestmöglich zu nutzen, in Forschung und Lehre zusammenzuarbeiten sowie die Qualität der Krankenversorgung zu verbessern.

Es werden weitere Vereinbarungen mit niedergelassenen Ärzten zur patientenorientierten Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Krankenversorgung auf dem Gelände des Universitätsklinikums Kiel oder in dessen unmittelbarer Nähe angestrebt. Hierdurch lässt sich eine besser koordinierte ärztliche Betreuung erreichen.

Das UKK ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- CEMET Center of Excellence in Medical Technology Schleswig-Holstein GmbH zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen medizinisch-technisch-wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen aus Schleswig-Holstein.
- Patent- und Verwertungsagentur GmbH Schleswig-Holstein zur Förderung des Technologietransfers, insbesondere durch Unterstützung von Patent- und Verwertungsaktivitäten für wissenschaftliche Einrichtungen in Schleswig-Holstein.
- Zentrum für Integrative Psychiatrie gGmbH. In diese Gesellschaft werden die Kliniken für Allgemeine Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie sowie Psychotherapie und Psychosomatik überführt. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die gemeindenahere psychiatrische Patientenversorgung der Stadt Kiel schnellstmöglich zu übernehmen. Die Gesellschaft wird ihren Geschäftsbetrieb

voraussichtlich am 1.1.2004 stufenweise aufnehmen. Die Belange der Forschung und Lehre werden über einen Kooperationsvertrag mit der Christian-Albrechts-Universität (Medizinische Fakultät) abgesichert.

Die Kliniken für Orthopädie und Unfallchirurgie sind zu einem Zentrum zusammengefasst worden.

Die Institute für Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck werden seit dem Sommersemester 2000 in Personalunion geleitet.

Auf dem Zentralgelände des Klinikums wird Ende des Jahres 2003 der Neubau für das Neurozentrum fertiggestellt sein. Die Kliniken für Neurologie und Neurochirurgie sowie deren Sektion Neuroradiologie werden dann unter einem Dach zusammengeführt. Außerdem soll eine gemeinsame zentrale Notfallaufnahme eingerichtet werden. Im Juni 2001 wurde in der Klinik für Neurologie eine STROKE-UNIT mit 6 Betten in Betrieb genommen.

In der Frauenklinik wurde der geburtshilfliche Bereich saniert und ein Perinatal-Zentrum eröffnet.

Im Herbst des Jahres 2001 fand die Grundsteinlegung für das Dr. Mildred-Scheel-Haus auf dem Zentralgelände des UKK statt, das maßgeblich durch die Deutsche Krebshilfege-

fördert wird. Mit der Fertigstellung ist im Herbst 2003 zu rechnen.

Ende des Geschäftsjahres 2001 wurde mit der Sanierung des Bettenhauses der Orthopädischen Klinik begonnen. Mit der Fertigstellung der Arbeiten ist in 2003 zu rechnen.

Trotz der getätigten Investitionen muss auf einen erheblichen Investitionsstau hingewiesen werden, der in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Der Vorstand wird deshalb die Bereitstellung der notwendigen Mittel weiterhin mit Nachdruck beim Land Schleswig-Holstein beantragen.

Der Vorstand strebt an, die Dienstleistungsaufgaben professioneller und wirtschaftlicher zu organisieren. Eine Möglichkeit dazu wird in der Gründung umsatzsteuerbegünstigter Gesellschaften (Organschaften) gesehen, die gemeinsam mit professionellen Kooperationspartnern zu betreiben wären. Alternativ oder als Vorstufe sind auch Kooperationen mit kompetenten Anbietern denkbar, die zu einer qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung in der Lage sein müssten.

Eine neue Betriebsform ist auch für die Zentrale Physikalische Therapie vorgesehen, die - ggf. ergänzt um Rehaeinrichtungen o. ä. - auf dem Zentralgelände des Klinikums mit fremdem Kapital in einem Neubau untergebracht werden könnte.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die fachliche und persönliche Qualifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Basis für die weiterhin erfolgreiche Arbeit in Forschung und Lehre und in der Krankenversorgung. Das Ziel besteht darin, ein Spitzenniveau zu erhalten oder zu erreichen.

Im Geschäftsjahr 2002 hatte das Klinikum 4.282 Vollkräfte beschäftigt (Vorjahr 4.229). Davon wurden 293 Vollkräfte aus Drittmitteln finanziert (Vorjahr 258).

Unter den 5.292 Beschäftigten (Vorjahr 5.266) betrug der Anteil der Frauen rd. 72,9 %.

Der Vorstand sieht die Notwendigkeit, den Frauenanteil in höherdotierten und leitenden Funktionen anzuheben und ist bestrebt, mittelfristig den Anteil der Frauen in diesen Funktionen um die im Frauenförderplan ausgewiesene Quote von 5 % pro Jahr zu steigern.

Ausbildung

Das UKK bietet zur Zeit 633 Plätze an für die Ausbildung in der Krankenpflege, von Hebammen, Technischen OP-Assistenten, Diätassis-

tenten, Medizinisch-Technischen Assistenten, sowie von Zahnarthelferinnen bzw. Zahnmedizinischen Fachangestellte und von Tierpflegern. Außerdem beteiligt sich das Universitätsklinikum maßgeblich an einer Kooperation zur Ausbildung von Operationstechnischen Assistenten in Kiel.

Fort- und Weiterbildung

Der Fort- und Weiterbildung wird eine hohe Priorität eingeräumt. Besonders hervorzuheben sind die Angebote der Fachweiterbildungen in der Anästhesiologie und Intensivpflege, der Pädiatrischen Intensivmedizin, für den Operationsdienst, die Psychiatrie, zur Leitung einer Pflegeeinheit sowie der Mentorenlehrgang und die vielfältigen Fortbildungsveranstaltungen.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UKK für ihre guten Leistungen, ihre Einsatzfreude und ihr persönliches Engagement im Geschäftsjahr 2002.

Der Dank gilt auch den Personalräten für die vertrauensvolle, kooperative und konstruktive Zusammenarbeit.

Jahresabschluss 2002

JAHRESBILANZ	Stand		AKTIVA	
	31.12.2002		Stand 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen:				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		1.574.269,26		1.064.152,15
II. Sachanlagen:				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	86.836.447,88		84.139.168,45	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	2.603.062,64		2.751.742,06	
3. Technische Anlagen	10.606.509,69		3.249.163,83	
4. Einrichtungen und Ausstattungen	35.861.078,99		35.598.811,01	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	55.029.975,23	190.937.074,43	55.538.630,09	181.277.515,44
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen		68.000,00		
B. Umlaufvermögen:				
I. Vorräte:				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.544.402,97		9.697.588,49	
2. Unfertige Leistungen	1.071.888,38	10.616.291,35	854.322,83	10.551.911,32
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	41.917.303,77		47.522.597,57	
(31.12.2001: 0,00 €)				
2. Forderungen an den Krankenhausträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	0,00		66.528,26	
(31.12.2001: 0,00 €)				
3. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht davon nach der BpflV (31.12.2001: 201.388,00 €) davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	8.249.113,00		201.388,00	
(31.12.2001: 0,00 €)				
4. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	1.488.141,91	51.654.558,68	123.196,89	47.913.710,72
(31.12.2001: 0,00 €)				
III. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Landeshauptkasse Kiel		3.105.267,69		2.039.365,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten:				
1. Andere Abgrenzungsposten		1.063.095,59		967.369,60
		259.018.557,00		243.814.024,65

JAHRESBILANZ

PASSIVA

	Stand 31.12.2002		Stand 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital:				
1. Festgesetztes Kapital	6.668.440,98		6.668.440,98	
2. Kapitalrücklagen	0,00		3.536.247,06	
3. Gewinnrücklagen	559.044,11		4.456.627,32	
4. Bilanzverlust	<u>-4.863.459,83</u>	2.364.025,26	<u>0,00</u>	14.661.315,36
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens:				
1. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	171.697.160,78		164.464.657,68	
2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen	<u>7.140.739,41</u>	178.837.900,19	<u>6.762.746,56</u>	171.227.404,24
C. Rückstellungen				
1. Sonstige Rückstellungen		14.647.642,36		16.512.542,02
D. Verbindlichkeiten				
1. Gegenüber der Landeshauptkasse Kiel <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> (31.12.2001: 532.197,39 €)	29.127.229,27 29.127.229,27 €		532.197,39	
2. Erhaltene Anzahlungen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> (31.12.2001: 34.806,82 €)	55.585,75 55.585,75 €		34.806,82	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> (31.12.2001: 16.879.036,52 €)	15.785.285,47 14.059.562,04 €		19.330.998,97	
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger: - aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> (31.12.2001: 2.248.413,63 €)	0,00 0,00 €		2.248.413,63	
5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> (31.12.2001: 1.242.379,70 €)	1.398.768,43 1.398.768,43 €		1.242.379,70	
6. Sonstige Verbindlichkeiten <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:</i> (31.12.2001: 18.023.434,78 €) <i>davon aus Steuern</i> (31.12.2001: 1.954.991,63 €) <i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i> (31.12.2001: 7.645,03 €)	<u>16.801.138,27</u> 16.801.138,27 € 18.023.434,78 € 1.840.976,91 € 1.954.991,63 € 4.896,16 € 7.645,03 €	63.168.007,19	<u>18.023.434,78</u>	41.412.231,29
E. Rechnungsabgrenzungsposten:		982,00		531,74
		<u>259.018.557,00</u>		<u>243.814.024,65</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2002		2001	
	€	€	€	€
1. Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen	204.788.604,11		201.544.828,33	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	3.636.519,43		3.517.829,05	
3. Erlöse aus Ambulanten Leistungen des Krankenhauses	9.763.806,44		9.525.971,67	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	10.161.916,98		10.089.555,21	
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	217.565,55		-161.046,48	
6. Zuweisungen und Zuschüsse				
a. Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10	67.225.100,00		69.513.710,29	
davon Umschichtung in den Finanzplan	-2.906.213,45		-4.837.560,55	
dazu Umsetzung aus dem Finanzplan	3.115.513,47		8.181.734,73	
b. Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	31.412,60		22.060,59	
7. Sonstige betriebliche Erträge	<u>30.686.603,35</u>	326.720.828,48	<u>30.927.784,60</u>	328.324.867,44
<i>davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BpflV, soweit nicht unter Nr. 1</i>	0,00 €			
(2001: 0,00 €)				
8. Personalaufwand				
a. Löhne und Gehälter	163.222.091,07		159.185.406,71	
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	46.234.229,72		42.003.125,88	
<i>davon für Altersversorgung</i>	16.368.454,90 €			
(2001: 13.230.958,49 €)				
9. Materialaufwand				
a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	68.475.344,27		67.997.147,05	
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>20.755.789,59</u>	298.687.454,65	<u>19.914.155,33</u>	289.099.834,97
Zwischenergebnis		28.033.373,83		39.225.032,47
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen				
a. Investitionszuschuss des Trägers				
- Zuschüsse	7.279.999,98		4.133.469,57	
- Zuführung aus EP 12	14.080.084,32		7.632.156,84	
b. HBFG				
- Zuschüsse	1.009.393,67		948.187,77	
c. Sonstige Investitionszuschüsse	1.574.502,74		4.971.725,10	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	17.748.153,41		22.892.914,69	
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten / Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	24.358.077,71		18.342.788,21	
13. Aufwendungen für nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	<u>0,00</u>	17.334.056,41	<u>0,00</u>	22.235.665,76
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17.836.867,24		23.099.914,47	
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>38.979.470,85</u>	56.816.338,09	<u>40.577.860,20</u>	63.677.774,67
<i>davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre nach der BpflV, soweit nicht unter Nr. 1</i>	0,00 €			
(2001: 0,00 €)				
Zwischenergebnis		-11.448.907,85		-2.217.076,44
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		372.456,39		892.641,64
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		369.363,50		0,00
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-11.445.814,96		-1.324.434,80
19. Steuern		20.794,87		12.874,93
davon vom Einkommen und vom Ertrag	0,00			
20. Jahresfehlbetrag		-11.466.609,83		-1.337.309,73
21. Zuführung zu Gewinnrücklagen		32.479,81		1.821.585,25
22. Entnahmen aus Kapitalrücklagen / Gewinnrücklagen		6.635.629,81		3.158.894,98
23. Bilanzverlust		<u>-4.863.459,83</u>		<u>0,00</u>

ANLAGENNACHWEIS

Bilanzposition: Anlagengruppen	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuch- werte (Stand 31.12.2002)
	Anfangsstand	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand	Anfangsstand	Zuführungen	Umbuchungen	Entnahme für Abgänge	Endstand	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A.I.											
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.407.658,81	970.695,81	695.874,03	1.136,02	5.073.092,63	2.343.506,66	546.949,38	609.503,35	1.136,02	3.498.823,37	1.574.269,26
A.II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken											
	156.914.522,37	0,00	12.451.218,27	0,00	169.365.740,64	72.775.353,92	3.636.597,15	6.117.341,69	0,00	82.529.292,76	86.836.447,88
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken											
	6.580.931,12	0,00	0,00	0,00	6.580.931,12	3.829.189,06	148.679,42	0,00	0,00	3.977.868,48	2.603.062,64
3. Technische Anlagen	5.991.269,55	21.477,05	13.500.613,48	110.393,36	19.402.966,72	2.742.105,72	1.011.606,77	5.105.479,39	62.734,85	8.796.457,03	10.606.509,69
4. Einrichtungen und Ausstattungen	157.701.498,11	10.035.925,94	9.473.486,07	6.524.888,83	170.686.021,29	122.102.687,10	12.172.924,82	6.868.043,75	6.318.713,37	134.824.942,30	35.861.078,99
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	114.249.107,30	17.232.278,51	-36.121.191,85	10.941.770,47	84.418.423,49	58.710.477,21	320.109,70	-18.700.368,18	10.941.770,47	29.388.448,26	55.029.975,23
	<u>441.437.328,45</u>	<u>27.289.681,50</u>	<u>-695.874,03</u>	<u>17.577.052,66</u>	<u>450.454.083,26</u>	<u>260.159.813,01</u>	<u>17.289.917,86</u>	<u>-609.503,35</u>	<u>17.323.218,69</u>	<u>259.517.008,83</u>	<u>190.937.074,43</u>
A.III.											
Beteiligungen	0,00	68.000,00	0,00	0,00	68.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68.000,00
Gesamt:	<u>444.844.987,26</u>	<u>28.328.377,31</u>	<u>0,00</u>	<u>17.578.188,68</u>	<u>455.595.175,89</u>	<u>262.503.319,67</u>	<u>17.836.867,24</u>	<u>0,00</u>	<u>17.324.354,71</u>	<u>263.015.832,20</u>	<u>192.579.343,69</u>

Anhang

Das Universitätsklinikum Kiel ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Es führt das Siegel der Hochschule mit einer das Klinikum kennzeichnenden Umschrift.



Organe des Klinikums sind der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Für die Verbindlichkeiten des Universitätsklinikums Kiel haftet neben dem Klinikum das Land Schleswig-Holstein, soweit nicht Befriedigung aus dem Vermögen des Klinikums möglich ist.

Am 01.01.2003 ist durch Fusion des UKK und des UKL das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK-SH) entstanden.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss des Universitätsklinikums Kiel wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) über Bewertung und Ausweis sowie der Abgrenzungsverordnung (AbgrV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und §§ 340 ff. HGB.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zu Nominalwerten abzüglich gebildeter Einzelwertberichtigungen für erkennbare Einzelrisiken. Die übrigen Forderungen und Vermögensgegenstände werden mit ihren Nennwerten bilanziert.

Die Bilanzierung der Verbindlichkeiten erfolgt mit ihren verbliebenen Rückzahlungsbeträgen (Nennbeträgen).

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Das Anlagevermögen wird im Wege der buchmäßigen Fortschreibung im einzelnen in einer EDV-Auflistung erfasst.

Gegenstände des Sachanlagevermögens mit einer zeitlich begrenzten Nutzungsdauer werden entsprechend den steuerrechtlichen Vorgaben bzw. den Vorschriften der KHBV abgeschrieben. Die Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter erfolgt voll im Jahr der Anschaffung.

Die Vorräte sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit Durchschnittspreisen bzw. den letzten Einstandspreisen bewertet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in Saldenlisten zusammengestellt, Kassenbestände und Bankguthaben sind durch Bestandsaufnahmen und Tagesauszüge belegt.

Die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein sind in einen Sonderposten eingestellt.

Für Investitionen, die mit Fördermitteln nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) sowie mit Drittmitteln finanziert werden, ist in analoger Anwendung des § 5 Abs. 3 KHBV ein Sonderposten passiviert. Der Sonderposten wurde in Höhe der entsprechenden Abschreibung sowie der Restbuchwerte bei Anlagenabgängen aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken wird durch die Bildung von Wertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen. Das Risiko eines Forderungsausfalls im Bereich der Krankenkassen wird durch eine Pauschalwertberichtigung abgedeckt. Zweifelhafte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden einzelwertberichtigt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt die finanziellen Risiken. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nicht gebildet, da das Land Schleswig-Holstein als Träger des Klinikums hinsichtlich der Pensionszahlungen aufgrund der geleisteten Umlagezahlungen keine Forderungen an das Klinikum geltend machen wird. § 137 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Universitätsklinik in Schles-

wig-Holstein bestimmt, dass für die mit Wirkung vom 01.01.1999 übergetretenen aktiven Beamtinnen und Beamten ein Beitrag zur Altersversorgung in Höhe des jeweiligen Beitrages der kommunalen Versorgungsausgleichkasse an das Land abzuführen ist. Bei Eintritt des Versorgungsfalles werden die Versorgungslasten vom Land geleistet. Einzelheiten regelt das Verwaltungsabkommen zwischen den Universitätsklinik des Landes Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen nach dem Altersteilzeitgesetz (ATZ) besteht eine angemessene Rückstellung. Die Ermittlung erfolgt nach den handelsrechtlichen Vorschriften auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktiva

Anlagevermögen

	Immaterielle Vermögens- gegenstände	Grundstücke mit Betriebs- bauten	Grundstücke mit Wohn- bauten	Technische Anlagen	Einrichtungen und Aus- stattungen	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Beteili- gungen	Gesamt
Anschaffungs- werte	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Bestand 1.1.2002	3.408	156.915	6.581	5.991	157.701	114.249	0	444.845
Zugänge	970	0	0	21	10.036	17.232	68	28.327
Abgänge	1	0	0	110	6.525	10.942	0	17.578
Umbuchungen	696	12.450	0	13.501	9.474	-36.121	0	0
Bestand 31.12.2002	5.073	169.365	6.581	19.403	170.686	84.418	68	455.594
Abschreibungen								
Bestand 1.1.2002	2.344	72.776	3.829	2.741	122.103	58.710	0	262.503
Zuführungen	547	3.636	149	1.012	12.173	320	0	17.837
Abgänge	1	0	0	63	6.319	10.942	0	17.325
Umbuchungen	609	6.117	0	5.106	6.868	-18.700	0	0
Bestand 31.12.2002	3.499	82.529	3.978	8.796	134.825	29.388	0	263.015
Restbuchwerte	1.574	86.836	2.603	10.607	35.861	55.030	68	192.579

Die Aktivierung der Anlagenzugänge erfolgte zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die Abschreibung erfolgte linear und direkt unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung des Abschnittes 44 Abs. 2 der Einkommensteuer-richtlinien, wonach bei den in der ersten Jahreshälfte angeschafften beweglichen Anlagegütern der volle und den in der 2. Jahreshälfte angeschafften Anlagegütern der halbe Abschreibungsbetrag angesetzt werden kann.

Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer

(Geringwertige Wirtschaftsgüter) sowie Gebrauchsgüter im Wert bis zu 410 € zzgl. Umsatzsteuer wurden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben.

Gebrauchsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 410 € zzgl. Umsatzsteuer werden über einen Zeitraum von 2 Jahren abgeschrieben.

Die Zugänge in Höhe von 28.327 T€ übersteigen die Abschreibungen von 17.837 T€ um 10.490 T€.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Medizinischer Bedarf	8.362	8.632	-270	-3,1
Lebensmittel	71	130	-59	-45,4
Betriebsstoffe	6	7	-1	-14,3
Wirtschaftsbedarf	181	172	9	5,2
Technischer Bedarf	154	175	-21	-12,0
Verwaltungsbedarf	737	560	177	31,6
Reparaturbedarf	33	22	11	50,0
	9.544	9.698	-154	-1,6

Der Bestand an **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 154 T€ oder 1,6 %.

Unfertige Leistungen

31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
T€	T€	T€	%
1.072	854	218	25,5

Der Bestand der **Unfertigen Leistungen** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 218 T€ bzw. 25,5 %.

Diese Position dokumentiert stationäre Krankenhausleistungen, die im Rahmen der

Fallpauschalen-Regelung erbracht, aber zum Bilanzstichtag noch nicht abrechenbar waren, weil die Patienten am Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren (sog. Überlieger).

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
Stationäre Leistungen	35.183	39.180	-3.997	-10,2
Ambulante Leistungen	4.256	3.226	1.030	31,9
Nebentätigkeiten der Ärzte	2.976	3.593	-617	-17,2
Klinisch-Theoretische Institute und staatliche Blutalkoholstelle	2.244	2.211	33	1,5
Sonstige	187	1.174	-987	-84,1
	44.846	49.384	-4.538	-9,2
Einzelwertberichtigungen	2.905	1.842	1.063	57,7
Pauschalwertberichtigungen	24	19	5	26,3
	41.917	47.523	-5.606	-11,8

Die **Forderungen aus stationären Leistungen** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 3.997 T€ oder 10,2 %.

Im Bereich der **Forderungen aus ambulanter Behandlung** ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 1.030 T€ bzw. 31,9 % zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass sich die Forderungen sowohl gegenüber Krankenkassen als auch gegenüber Selbstzahlern insbesondere durch Abrechnungen nach dem Bilanzstichtag erhöht haben.

Die **Sonstigen** Forderungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr durch Umgliederung in den Bereich Sonstige Vermögensgegenstände um 987 T€ bzw. 84,1 % vermindert

Die **Wertberichtigungen auf Forderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1.068 T€ bzw. 57,4 %.

Sonstige Forderungen

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Forderungen aus Drittmittelprojekten	0	365	-365	-100,0
Forderungen gegenüber Dritten aus Sonstigen Leistungen (z. B. Energielieferungen)	120	127	-7	-5,5
Forderungen an das Städt. Krankenhaus Kiel	0	63	-63	-100,0
Mietforderungen und Kindertagesstättengebühren	18	12	6	50,0
Andere sonstige Forderungen	49	607	-558	-91,9
	187	1.174	-987	-84,1

Die **Sonstigen Forderungen** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 987 T€ bzw. 84,1 %.

Vermögensgegenstände (Forderungen aus Drittmittelprojekten und gegenüber dem Städtischen Krankenhaus).

Die Abweichung hängt zusammen mit einer Umgliederung in die Position Sonstige

Forderungen an den Krankenhausträger

31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
T€	T€	T€	%
0	67	-67	-100,0

Die **Forderungen an den Krankenhausträger** in Höhe von 67 T€ aus dem Vorjahr

beziehen sich auf Nachversicherungen für Beschäftigte des Landes.

Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
nach der BPfIV	8.249	201	8.048	n.e.

Die **Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** beinhalten die

Forderung nach der Bundespflegesatzverordnung.

Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
			T€	%
Personalbereich	121	118	3	2,5
Forderungen aus Drittmittelprojekten	682	0	682	n.e.
Forderungen an das Städt. Krankenhaus Kiel	61	0	61	n.e.
Sonstige	624	5	619	n.e.
	1.488	123	1.365	1.109,8

Die Abweichung in Höhe von 1.365 T€ betrifft insbesondere die Forderungen aus Drittmittelprojekten sowie Forderungen gegenüber der GMSH, niedergelassene Ärzte

sowie dem Universitätsklinikum Lübeck, die unter der Position „Sonstige“ ausgewiesen sind.

**Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten
sowie der Landeshauptkasse Kiel**

	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung T€
Landeshauptkasse	0	0	0
Sparkasse Kiel	3.001	1.437	1.564
Postbank	0	480	-480
Kassenbestand	14	5	9
Schecks	0	26	-26
Absenderfreistempler	39	40	-1
Sparkasse Kreis Plön (Stiftungsvermögen)	51	51	0
	3.105	2.039	1.066

Die Guthaben haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.066 T€ erhöht.

Universitätsklinikums Kiel gegründeten Stiftung (Kinderstation der Orthopädischen Klinik) enthalten.

In dieser Position ist das Bankguthaben einer im Geschäftsjahr 2000 zugunsten des

Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2002 T€	31.12.2001 T€	Veränderung	
		T€	%
1.063	967	96	9,9

Unter dieser Position werden zum Bilanzstichtag abzugrenzende Aufwendungen für

Energie, Mieten, Zeitschriften, Beamtenbe-
soldung usw. ausgewiesen.

Passiva

Eigenkapital

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Festgesetztes Kapital	6.668	6.668	0	0,0
Kapitalrücklagen	0	3.536	-3.536	-100,0
Gewinnrücklagen	559	4.457	-3.898	-87,5
Bilanzverlust	-4.863	0	-4.863	n.e.
	2.364	14.661	-12.297	-83,9

Das Festgesetzte Kapital beinhaltet insbesondere den Gegenwert der dem Universitätsklinikum Kiel vom Land Schleswig-Holstein zur dauerhaften Nutzung übertragenen Grundstücke.

Der Bilanzverlust in Höhe von 4.863 T€ beinhaltet in Höhe von 106 T€ einen Verlust aus einem Betrieb gewerblicher Art.

Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	171.697	164.464	7.233	4,4
Sonstige Zuweisungen	7.141	6.763	378	5,6
	178.838	171.227	7.611	4,4

Der Sonderposten aus **Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand** bildet den Gegenposten zum Anlagevermögen, das aus Investitionsmitteln des Landes und des Bundes finanziert worden ist.

Der Sonderposten aus **Sonstigen Zuweisungen** dokumentiert das aus Drittmitteln finanzierte Anlagevermögen.

Rückstellungen

Stand 31.12.2001 T€	Inanspruchnahme Auflösung T€	Zuführung T€	Stand 31.12.2002 T€	Veränderung	
				T€	%
16.513	10.235	8.370	14.648	-1.865	-11,3

Die Rückstellungen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.865 T€ oder 11,3 %.

Von der per 31.12.2001 bestehenden Rückstellung wurden 7.727 T€ in Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme erfolgte insbesondere für:

- Unständige Bezüge 2.653 T€
- Urlaubsrückstellung 2.743 T€
- Unterlassene Instandhaltungen des Vorjahres 628 T€
- Rückzahlung Krankenkassen Zytostatika 309 T€
- Arzthaftpflichtleistungen 331 T€
- Altersteilzeit 333 T€
- Personalkostenerstattung II. Medizin 122 T€
- Vorruhestandsgelder 52 T€

Die erfolgswirksame Auflösung für nicht in Anspruch genommene Rückstellungen betrug 2.507 T€. Diese Auflösung resultiert insbesondere aus der Auflösung der Rück-

stellung für Rechtsstreitigkeiten mit den Klinikdirektoren wegen ihrer Nebentätigkeit (1.453 T€) sowie der Anpassung der Risiken im Bereich der Arzthaftpflichtfälle (570 T€) und der nicht erfolgten Inanspruchnahme von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (199 T€).

Die **Zuführungen** zu den Rückstellungen betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 8.370 T€, u.a.

- Unständige Bezüge 2.524 T€
- Arzthaftpflichtleistungen 1.256 T€
- Urlaubsrückstellung 2.021 T€
- II. Medizin reduzierter Betriebskostenzuschuss 956 T€
- Erlöse aus Wahlleistungen 350 T€
- Altersteilzeitgesetz 366 T€
- AOK Beanstandungen Abrechnungen Herzchirurgie 190 T€
- Miete Telefonapparate 186 T€
- Personalkostenerstattung II. Medizin 158 T€

Verbindlichkeiten

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung		Restlaufzeiten p. 31.12.2002		
					bis zu 1 Jahr	von 1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahre
	T€	T€	T€	%	T€	T€	T€
Gegenüber der Landeshaupt- kasse Kiel	29.127	532	28.595	n.e.	29.127	0	0
Aus erhaltenen Anzahlungen	56	35	21	60,0	56	0	0
Aus Lieferungen und Leistungen	15.785	19.331	-3.546	-18,3	14.059	1.726	0
Gegenüber dem Krankenhausträger aus noch nicht zweckentsprechend verwendetem Investitionszuschuss	0	2.248	-2.248	-100,0	0	0	0
Nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht	0	0	0	n.e.	0	0	0
Aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens	1.399	1.242	157	12,6	1.399	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	16.801	18.024	-1.223	-6,8	16.801	0	0
	63.168	41.412	21.756	52,5	61.442	1.726	0

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 21.756 T€ oder 52,5 %.

Unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptkasse Kiel“ wird der Negativbestand des UKK bei der Landeshauptkasse ausgewiesen, die ein Konto bei der Bundesbank für das UKK unterhält.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger aus noch nicht zweckentsprechend verwen-

detem Investitionszuschuss verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mio. € auf 0 T€. Diese Verminderung wurde durch die Umschichtung von Investitionsmitteln in den Erfolgsplan erreicht.

Die Veränderung der Sonstigen Verbindlichkeiten ist zurückzuführen auf die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät in Höhe von 1,76 Mio. €

Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
		T€	%
1	1	0	0,0

Unter dieser Position werden das folgende Geschäftsjahr betreffende Posten ausgewiesen:

- vereinnahmte Erträge aus Energielieferungen an die Universität und an Dritte sowie
- Mieten und Pachten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erlöse aus Allgemeinen

Krankenhausleistungen

	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Erlöse aus tagesgleichen Pflegesätzen	138.898	67,8	139.812	69,4	-914	-0,7%
Erlöse aus Pflegesätzen für gesonderte Einrichtungen (teilstationär)	4.518	2,2	3.983	2,0	535	13,4%
Sonderentgelte	15.663	7,6	13.835	6,9	1.828	13,2%
Fallpauschalen	36.194	17,7	41.508	20,6	-5.314	-12,8%
Sonstige Erlöse	1.468	0,7	693	0,3	775	111,8%
Ausgleichsbeträge nach der Bundespflegesatzverordnung	8.048	3,9	1.714	0,9	6.334	n. e.
	204.789	100,0	201.545	100,0	3.244	1,6%

Die **Erlöse aus Allgemeinen Krankenhausleistungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3.244 T€ bzw. 1,6 %

Die **Erlöse pro Pflegetag**, bezogen auf 410.268 Pflegetage (i. Vj. 417.738), betragen im Berichtsjahr 499,16 € (i. Vj. 482,46 €). Das entspricht einer Steigerung von 16,70 € bzw. 3,5 %.

Die Anzahl der **Pflegetage** betrug insgesamt 410.268 (i. Vj. 417.738). Das entspricht einer Verminderung von 7.470 Pflegetagen oder 1,8 %.

Die Zahl der **durchschnittlich belegten Betten** verringerte sich im Geschäftsjahr

2002 auf 1.059,3 (i. Vj. 1.084,5). Das entspricht einem Rückgang von 25,2 Betten bzw. 2,3 %.

Der Nutzungsgrad der **aufgestellten Betten** betrug im Jahre 2002 88,0 % (i. Vj. 89,4 %).

Die **durchschnittliche Verweildauer** – incl. der internen Verlegungen von Klinik zu Klinik – verbleibt gegenüber dem Vorjahr mit 7,3 Tagen auf gleichem Niveau. Ohne Berücksichtigung der internen Verlegungen betrug die durchschnittliche Verweildauer 8,1 Tage (Vorjahr 8,2 Tage).

Die nachfolgende Tabelle dokumentiert für die Geschäftsjahre 2000 bis 2002 die stationär behandelten Patienten nach **geographischen Gesichtspunkten**.

Der Anteil der Patienten aus Schleswig-Holstein betrug im Geschäftsjahr 2002 94,3 % (i. Vj. 93,8 %).

Einzugsgebiet	Anzahl der Fälle ¹⁾				Pflegetage			
	2002 Anzahl	2002 %	2001	2000	2002	2002 %	2001	2000
Schleswig-Holstein	52.045	94,3	52.294	52.305	385.411	93,9	391.714	391.260
Hansestadt Hamburg	525	1,0	537	512	3.447	0,8	3.946	4.694
Niedersachsen	1.068	1,9	1.173	1.208	7.616	1,9	7.902	8.923
Hansestadt Bremen	151	0,3	155	150	1.062	0,3	1.208	943
Nordrhein-Westfalen	398	0,7	393	349	3.570	0,9	3.152	2.973
Mecklenburg-Vorpommern	194	0,4	208	199	2.082	0,5	2.427	2.088
Übrige Bundesländer	573	1,0	560	537	4.975	1,2	4.274	4.202
Ausland	266	0,4	422	139	2.105	0,5	3.115	713
Insgesamt	55.220	100,0	55.742	55.399	410.268	100,0	417.738	415.796

¹⁾incl. interne Verlegungen von Klinik zu Klinik

Erlöse aus Walleistungen

	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Einbettzimmer ohne Nasszelle	100	2,7	172	4,9	-72	-41,9%
Einbettzimmer mit Nasszelle	756	20,8	724	20,6	32	4,4%
Zweibettzimmer ohne Nasszelle	579	23,2	818	23,3	-239	-29,2%
Zweibettzimmer mit Nasszelle	2.177	59,9	1.793	50,8	384	21,4%
Begleitpersonen	25	0,7	11	0,3	14	127,3%
	3.637	100,0	3.518	100,0	119	3,4%

Die **Erlöse aus Walleistungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 119 T€ bzw. 3,4 % auf insgesamt 3.637 T€ (i. Vj. 3.518 T€) erhöht.

Den Erlösen steht die Zuführung zu einer Rückstellung in Höhe von 350 T€ (i. Vj. 739 T€) gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wird.

Erlöse aus Ambulanten Leistungen des Krankenhauses

	2002		2001		Abweichung	
	Fallzahl	Erlöse T€	Fallzahl	Erlöse T€	Fallzahl	Erlöse T€
Pauschalfälle	39.900	1.670	41.130	1.657	-1.230	13
Persönliche Ermächtigungen	40.280	3.087	24.671	1.694	15.609	1.393
Institutsambulanzen	2.260	604	12.718	1.968	-10.458	-1.364
<i>davon:</i>						
<i>Sozialpädiatrisches Zentrum</i>	860	253	646	190	214	63
<i>Psychiatrische Institutsambulanz</i>	1.400	351	1.269	259	131	92
Notfälle	19.433	510	17.257	423	2.176	87
Selbstzahler	14.000	1.730	12.741	1.821	1.259	-91
Zahnklinik	18.317	1.169	19.778	1.202	-1.461	-33
Erlöse aus der Medikamentenabrechnung		69		102		-33
Ausländische Patienten		264		0		264
Sonstige ambulante Leistungen		661		659		2
	134.190	9.764	128.295	9.526	5.895	238
<i>nachrichtlich</i>						
II. Med. Klinik im Städt. Krankenhaus Kiel	5.400		4.888		512	
	139.590		133.183		6.407	

Die **Erlöse aus Ambulanten Leistungen** des Krankenhauses entwickelten sich von 9,5 Mio. € im Jahre 2001 auf 9,8 Mio. € im Jahre 2002. Das entspricht einer Steigerung um 238 T€.

Die Zahl der Behandlungsfälle erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6.407 bzw. 4,8 % auf 139.590 Behandlungsfälle.

Die Erlöse der Selbstzahler verminderten sich von 1.821 T€ im Jahre 2001 auf 1.730 T€ im Jahre 2002, obwohl die Fallzahlen gestiegen sind. Trotz Abnahme der Fallzahlen in den

Zahnkliniken verminderten sich die betreffenden Erlöse nur geringfügig um 32 T€ von 1.202 T€ im Jahre 2001 auf 1.169 T€. Im Geschäftsjahr 2002 wurden erstmalig Erlöse durch ausländische Patienten in Höhe von 264 T€ erzielt. Die übrigen Ambulanten Leistungen erhöhten sich geringfügig um 2 T€ von 659 T€ auf 661 T€.

Die Institutsambulanzen erzielten aufgrund der Umstellung auf Persönliche Ermächtigungen (Widersprüche seitens der KV-SH) und fallender Punktwerte Mindererlöse in Höhe von 1.364 T€ (- 69,31 %).

Nutzungsentgelte der Ärzte

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
10.162	10.089	73	0,7%

Die Nutzungsentgelte und sonstigen Abgaben der Ärzte betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 10.162 T€ (i. Vj.

10.089 T€). Sie erhöhten sich gegenüber 2001 geringfügig um 73 T€ oder 0,7 %.

Erhöhung bzw. Verminderung des Bestandes an Unfertigen Leistungen

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
218	-161	379	235,4%

Die Bestandsveränderung an Unfertigen Leistungen führte im Geschäftsjahr 2002 zu einem Ertrag in Höhe von 218 T€. Es handelt sich um erbrachte Krankenhausleistun-

gen für Patienten, die zum Bilanzstichtag noch nicht entlassen waren und deren Behandlungskosten über Fallpauschalen abgerechnet werden.

**Zuweisungen und Zuschüsse der Öffentlichen Hand
soweit nicht unter Nr. 10**

<u>des Landes</u>	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Zuschuss für Forschung und Lehre	65.489	97,1	67.778	93,0	-2.289	-3,4%
DV-Zuschuss	1.736	2,6	1.736	2,4	0	0,0%
Gemäß Zuwendungsbescheid	67.225	99,7	69.514	95,4	-2.289	-3,3%
Umschichtung in den Finanzplan	-2.906	-4,3	-4.838	-6,6	1.932	-39,9%
Umsetzung aus dem Finanzplan	3.115	4,6	8.182	11,2	-5.067	-61,9%
Zuschüsse des Landes gesamt	67.434	100,0	72.858	100,0	-5.424	
<u>Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse</u>	31		22		9	40,9%
Summe	67.465		72.880		-5.415	

Der Landeszuschuss für Forschung und Lehre wurde gegenüber dem Vorjahr um

2.289 T€ reduziert. Das entspricht einer Kürzung von 3,4 %.

Sonstige betriebliche Erträge

	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen	14.198	46,3	12.983	42,0	1.215	9,4
Periodenfremde Erträge	3.009	9,8	3.472	11,2	-463	-13,3
Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	2.904	9,5	4.072	13,2	-1.168	-28,7
Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	1.811	5,9	1.791	5,8	20	1,1
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.507	8,2	2.689	8,7	-182	-6,8
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	171	0,6	63	0,2	108	171,4
Erträge aus der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen	0,0	0,0	0	0,0	0	n.e.
Sonstige ordentliche Erträge	6.087	19,8	5.857	18,9	230	3,9
	30.687	100,0	30.927	100,0	-240	-0,8

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 30.687 T€ verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 240 T€ oder 0,8 %.

Die **Erträge aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen** konnten gegenüber dem Geschäftsjahr 2001 um 1.215 T€ oder 9,4 % gesteigert werden. Zusammengenommen mit den Zuwendungen für Investitionen ergibt sich jedoch ein Rückgang der Drittmittelerträge in Höhe von 2.182 T€.

Die **periodenfremden Erträge** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 463 T€ bzw. 13,3 %.

Die **Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben** sind gegenüber dem Vorjahr um 1.168 T€ bzw. 28,7 % gesunken. Diese Verringerung ist auf die rückläufigen Erträge aus dem Verkauf von Blutkonserven zurückzuführen.

Die **Erträge aus Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezügen**, die im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 20 T€ oder 1,1 % gestiegen sind, beinhalten Erstattungen des Personals für Unterkunft (297 T€), für Verpflegung (301 T€) und für Telefonbenutzung (29 T€), die Erträge aus dem Betrieb der Kindertagesstätte (222 T€) und die Vergütung Dritter für weiterverkaufte Energieleistungen (956 T€).

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** verminderten sich gegenüber dem Jahre 2001 um 182 T€ oder

6,8 %. Einzelheiten sind den Erläuterungen der entsprechenden Bilanzposition zu entnehmen.

Der Anstieg der **sonstigen ordentlichen Erträge** in Höhe von 230 T€ oder 3,9 % ist zurückzuführen auf die Erträge aus der Parkraumbewirtschaftung (+ 321 T€) sowie die seit diesem Jahr bestehende Kooperation mit niedergelassenen Ärzten (+ 676 T€). Diesem Anstieg stehen Verminderungen der Erträge im neutralen Bereich der Drittmittel sowie Medizinischen Fakultät gegenüber.

Personalaufwand

	2002	2001	Veränderung		2002	2001	Veränderung
	T€	T€	T€	%	Vollkräfte	Vollkräfte	Vollkräfte
Personalaufwand (alle Bereiche)							
Ärztliche (inkl. AiP)	56.714	55.053	1.661	3,0	843,7	836,5	7,2
Pflegedienst (inkl. Krankenpfle- geschüler, Extrawachen und Personal der Ausbildungsstätten)	58.440	55.807	2.633	4,7	1.265,7	1.242,8	22,9
Medizinisch-Technischer Dienst	49.222	46.048	3.174	6,9	1.088,3	1.061,7	26,6
Funktionsdienst	19.208	18.522	686	3,7	416,6	414,7	1,9
Klinisches Hauspersonal	4.034	4.242	-208	-4,9	120,7	134,8	-14,1
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	5.245	5.051	194	3,8	146,3	143,2	3,1
Technischer Dienst	2.941	3.064	-123	-4,0	66,1	69,1	-3,0
Verwaltungsdienst	12.164	11.418	746	6,5	276,8	269,8	7,0
Sonstiges Personal (inkl. Sonderdienst)	1.609	1.693	-84	-5,0	57,6	56,6	1,0
Nicht zugeordnete Kosten	-121	291	-412	-141,6	n.e.	n.e.	n.e.
Summe	209.456	201.189			4.281,7	4.229,2	52,5
Finanziert durch							
Krankenversorgung / Landeszuschuss	196.090	190.019	6.071	3,2	3.988,9	3.971,1	17,8
Sonstige Mittel (z.B. Drittmittel, Gutachternebenstätigkeit)	13.366	11.170	2.196	19,7	292,8	258,1	34,8

Die **Personalaufwendungen** erhöhten sich im Geschäftsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 8.267 T€ oder 4,1 %.

Die zu Lasten der Erlöse aus Krankenhausleistungen sowie des Landeszuschusses für Forschung und Lehre zu finanzierenden Personal-

aufwendungen (Haushalt) stiegen um 6.071 T€ bzw. 3,2 %.

Die aus sonstigen erfolgsneutralen Mitteln finanzierten Personalkosten erhöhten sich um 2.196 T€ oder 19,7 %.

Sachaufwendungen

Materialaufwand	2002		2001		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Medizinischer Bedarf	61.894	69,7	61.324	69,8	570	0,9
Wirtschaftsbedarf	18.949	21,2	18.270	20,8	679	3,7
Wasser, Energie, Brennstoffe	5.820	6,5	5.794	6,6	26	0,4
Lebensmittel	2.568	2,9	2.523	2,9	45	1,8
	89.231	100,0	87.911	100,0	1.320	1,5

Der **Materialaufwand** stieg im Geschäftsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1.320 T€ oder 1,5 % .

Der **Medizinische Bedarf** (Anteil 69,7 %), nahm gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 570 T€ zu. Das entspricht einer Steigerung von 0,9 %. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Inventurkorrekturen (niedrigerer Lagerbestand, der sich aufwandswirksam auswirkt (+ 0,5 Mio. €), Erhöhung der Kosten für Arzneien und Laborverbrauchsmaterial (je + 0,2 Mio. €).

Die Aufwendungen **pro Pflegetag** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,06 € oder 2,77 % auf 150,86 € (i. Vj. 146,80 €).

Pro stationär behandeltem Patienten - ohne interne Verlegungen - erhöhten sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um 32,38 € bzw. 2,55 % auf 1.302,21 € (i. Vj. 1.269,83 €).

Der Anstieg des **Wirtschaftsbedarfs** gegenüber 2001 in Höhe von 679 T€ oder 3,7 % bezieht sich im Wesentlichen auf die bezogenen Leistungen (Fremdleistungen). Ein Teil der Steigerung in Höhe von 255 T€ ist in Zusammenhang mit der in 2002 eingeführten Parkraumbewirtschaftung zu sehen. Die entsprechenden Erträge werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die verbleibende Steigerung verteilt sich auf diverse Bereiche der bezogenen Leistungen.

Die Aufwendungen für **Wasser, Energie und Brennstoffe** erhöhten sich geringfügig um 26 T€, entsprechend 0,4 %.

Im Bereich der Aufwendungen für **Lebensmittel** hat sich eine Erhöhung in Höhe von 45 T€ bzw. 1,8 % ergeben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
38.979	40.578	-1.599	-3,9

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich gegenüber 2001 um 1.599 T€ oder 3,9 %. Im Wesentlichen beinhaltet diese Position folgende Aufwendungen:

- Die **Instandhaltungsaufwendungen** reduzierten sich gegenüber 2001 geringfügig um 21 T€ oder 0,2 % auf 12.471 T€ (i. Vj. 12.492 T€).
- Der **Verwaltungsbedarf** in Höhe von insgesamt 10.076 T€ (i. Vj. 9.449 T€) stieg gegenüber 2001 aufgrund des erhöhtem Allgemeinen DV- und Organisationsaufwandes im Zusammenhang mit der Fusion um 627 T€, entsprechend 6,6 %.
- Die Aufwendungen für **Versicherungsbeiträge** erhöhten sich aufgrund gestiegener Prämien auf 1.051 T€ (i. Vj. 821 T€).
- Die **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen** betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 1.842 T€ (i. Vj. 1.479 T€). Die Zunahme in Höhe von 363 T€ bzw. 24,5 % gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem hohen Bestand an Forderungen aufgrund verzögerter Zahlungsweise der Krankenkassen, die älter als ein Jahr sind.
- Die **Periodenfremden Aufwendungen** erhöhten sich durch zu bildende Rückstellungen für Schadensfälle sowie Forderungsberichtigungen um 2.162 T€ auf 5.458 T€ (i. Vj. 3.296 T€).
- Die Aufwendungen aus **noch nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen Dritter** verminderten sich auf 207 T€ (i. Vj. 4.025 T€). Hierbei handelt es sich um Erträge aus Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen, die im Geschäftsjahr nicht verausgabt und den Verbindlichkeiten zugeführt wurden.
- Seit dem Geschäftsjahr 2001 werden die vom Klinikum für besondere Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellten Mittel als **Verbindlichkeiten gegenüber der Medizinischen Fakultät** ausgewiesen. Der hiermit im Zusammenhang stehende Aufwand aus der Zuführung zu Verbindlichkeiten beträgt 951 T€ (i. Vj. 4.330 T€).
- Die Aufwendungen aus dem **Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens** erhöhten sich auf 254 T€ (im Vj. 103 T€).

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

	T€	T€	2002 %	%
- Investitionszuschuss des Landes für 2002	7.489		31,3	
- Umschichtung aus dem Erfolgsplan	2.906		12,1	
- Umsetzung in den Erfolgsplan	<u>-3.115</u>	7.280	-13,0	30,4
- Erstattungen Rahmenplanvorhaben DV-Bereich		0		0,0
- Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landes		14.080		58,8
- Zuschüsse nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG)		1.009		4,2
- Sonstige Investitionszuschüsse		1.575		6,5
		23.944		100,0

Die **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** betragen im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 23.944 T€ (i. Vj. 17.686 T€). Der auf den Zuschuss des Landes Schleswig-Holstein für Forschung und Lehre entfallende Anteil beträgt insgesamt 7.280 T€ bzw. 30,4 %.

Des Weiteren erfolgte eine Zuführung aus dem Einzelplan 12 des Landeshaushalts in Höhe von 14.080 T€ zur Finanzierung verschiedener Baumaßnahmen.

Hierzu zählen insbesondere Brandschutzmaßnahmen u.a. in der Kinderklinik, der Umbau des Kreißsaaltraktes in der Frauenklinik, der Umbau der Orthopädie und des Laborbereiches der I. Medizin, der Bau einer Mittelspannungsübergabestation, die Neubauten des Neurozentrums, der Zentralen Versorgungseinrichtungen des Neurozentrums, der Tierhaltung, des Mildred-Scheel-Hauses (Teilfinanzierung durch die Deutsche Krebshilfe) sowie des OP-Traktes der HNO-Klinik. Diese Bauvorhaben wurden aus Zuschüssen des Trägers

finanziert, die nicht Bestandteil des Wirtschaftsplans des UKK sind. Bezogen auf die Gesamterträge des Berichtsjahres beträgt dieser Anteil 58,8 %.

Die dem Universitätsklinikum Kiel im Geschäftsjahr 2002 zugewiesenen HBFG-Mittel betragen 1.009 T€ (im Vj. 948 T€).

Die Sonstigen Investitionszuschüsse betragen 1.575 T€ (im Vj. 4.972 T€). Hierbei handelt es sich ausschließlich um Zuwendungen Dritter.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
372	893	-521	-58,3

Die **Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** verminderten sich im Geschäftsjahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 521 T€ Wegen der negativen Liquidität wurden keine Zinserträge auf dem Konto

der Landeshauptkasse Kiel erzielt. Bei den erzielten Erträgen handelt es sich hauptsächlich um Zinsen, die das Klinikum für die verzögerte Zahlung seitens der Krankenkassen erhalten hat.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

2002 T€	2001 T€	Veränderung	
		T€	%
369	0	369	n.e.

Im Geschäftsjahr 2002 fielen erstmalig Zinsaufwendungen in Höhe von 369 T€ an.

Sie sind auf den Liquiditätsbedarf des UKK im Berichtsjahr zurückzuführen.

Zuführung zu Gewinnrücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2002 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge zugeführt:

	2002	
	T€	%
Rücklage für Instandhaltung Diesterwegstraße	18	54,5
Krebsregister	15	45,5
	33	100,0

Entnahmen aus Rücklagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2002 wurden den Rücklagen die folgenden Beträge entnommen:

	2002	
	T€	%
Kapitalrücklage:		
Reste Wissenschaft und Forschung	83	2,5
Reste Gutachterneben Tätigkeiten	763	23,1
Reste Eigene Einrichtungen	507	15,3
Fusion UKK/UKL	1.576	47,7
Erstellung Laborkonzept	128	3,9
Sonstiges (Berechnung Personalbedarf Zentrallabor Begutachtung der Sterilisationbereiche, Einführung EURO)	250	7,6
	3.307	100,0
Gewinnrücklagen:		
Reste Wissenschaft und Forschung	1.515	45,5
Reste aus Gutachterneben Tätigkeiten	488	14,7
Reste aus Eigenen Einrichtungen	498	15,0
Fusion UKK/UKL	529	15,9
Abdeckung künftiger Jahresfehlbeträge	279	8,4
Sonstiges (Begutachtung der Sterilisationsbereiche)	20	0,6
	3.329	100,0

Die Entnahmen aus Kapitalrücklagen betragen im Geschäftsjahr 2002 3.307 T€ und die Entnahmen aus Gewinnrücklagen

3.329 T€. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Erhöhung um 3.477 T€ (110,1 %).

Organe des Universitätsklinikums Kiel

Aufsichtsrat

Stimmberechtigte Mitglieder bis 31.12.2002

Vorsitzender

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen
Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Edda Tichelmann

Vertreterin des nichtwissenschaftlichen
Personals des
Universitätsklinikums Kiel

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Reinhard Demuth
Rektor der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Barbara Scheel

Vertreterin des nichtwissenschaftlichen
Personals des
Universitätsklinikums Lübeck

Regierungsdirektor Klaus-Dietrich Neuhausen
(bis 25.02.2002)

Ministerialdirigent

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser
(ab 26.02.2002)

Ministerium für Finanzen und Energie

Ministerialdirigent Bernd Schloer

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Prof. Dr. Karl-Heinz Rahn

Universität Münster

Sachverständiger aus der
Medizinischen Wissenschaft

Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann

Peter Kölln Flocken KGaA,

Sachverständiger aus dem

Wirtschaftsleben

Elmshorn

Prof. Dr. Hans Arnold (bis 30.04.2002)

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein (ab 01.05.2002)

Rektor der Medizinischen

Universität zu Lübeck

**Mitglieder mit Antragsrecht
und beratender Stimme bis 31.12.2002**

Prof. Dr. Walter Jonat
Klinikdirektor im Universitätsklinikum Kiel

Prof. Dr. Alfred Feller
Klinikdirektor im Universitätsklinikum Lübeck

Dr. Christiane Hinck-Kneip
Vertreterin des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Kiel

Dr. Hauke Nielsen
Vertreter des wissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Lübeck

Kristin Bachmann (bis 24.08.2002)
Vertreterin der Studierenden
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Jens Ebnet
Vertreter der Studierenden
der Medizinischen Universität Lübeck

Gudrun Primosigh (ab 21.01.2002)
Gleichstellungsbeauftragte des
Universitätsklinikums Kiel

Dr. Sabine Voigt
Frauenbeauftragte der Medizinischen
Universität zu Lübeck

Wilhelm Kuhn
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

**Mitglieder des Aufsichtsrats der Nachfolgeorganisation
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ab 01.01.2003**

Vorsitzender

Staatssekretär Dr. H. Körner
Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Staatssekretär U. Döring
Ministerium für Finanzen und
Energie

Staatssekretär H.-D. Fischer
Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Prof. Dr. Reinhard Demuth
Rektor der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein
Rektor der Medizinischen
Universität zu Lübeck

Dr. H.-J. Nielsen (bis 05.06.2003)
Vertreter der wissenschaftlichen Beschäftigten
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Dr. Christiane Hinck-Kneip (ab 06.06.2003)
Vertreterin der wissenschaftlichen Beschäftigten
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Edda Tichelmann
Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Prof. Dr. E. Bröcker
Direktorin der Klinik und Poliklinik
für Hautkrankheiten der
Universität Würzburg
Sachverständige aus der medizinischen Wissenschaft

U. Petersen
Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Kiel hat in seiner Sitzung am 15. November 2000 beschlossen, aus seiner Mitte einen Finanzausschuss und einen Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice zu bestellen.

Die Ausschüsse haben die Aufgabe, die Beratungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates vorzubereiten und die Ausführungen seiner Beschlüsse zu überwachen, und zwar

- a) der Finanzausschuss für die Bereiche Finanzplanung, Wirtschaftsführung, Bau- und Beschaffungsangelegenheiten sowie Rechnungslegung,
- b) der Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice für die Bereiche Personalentwicklung, Personalstruktur und Personalausstattung sowie Struktur und Entwicklung der Krankenpflege und des Patientenservice.

Den Ausschüssen gehören je sechs Mitglieder des Aufsichtsrates an.

dem Finanzausschuss

Rektor Prof. Dr. Demuth (Vorsitzender)
Prof. Dr. Driftmann
Prof. Dr. Jonat
MDgt. a.D. Lützen
RD Neuhausen (bis 25.02.2002)
MDgt Schmidt-Elsaesser (ab 26.02.2002)
Frau Tichelmann

dem Ausschuss für Personalentwicklung und Patientenservice

MDgt. a.D. Lützen (Vorsitzender)
Frau Gudrun Primosigh (ab 21.01.2002)
Frau Dr. Hinck-Kneip
Prof. Dr. Jonat
Herr Kuhn
Frau Tichelmann

Die Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht Mitglieder der vorgenannten Ausschüsse sind, haben die Möglichkeit, an den Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen.

Im Berichtsjahr tagte der Finanzausschuss viermal.

Vorstand

Vorsitzender

Prof. Dr. Werner Grote

Ärztlicher Direktor

Stellvertretender Vorsitzender

Manfred Baxmann

Kaufmännischer Direktor

Prof. Dr. Michael Illert

Dekan der Medizinischen Fakultät

Uwe Petersen (bis 30.09.2002)

i. V. Gerhard Witte (ab 01.10.2002)

Direktor Krankenpflege und Patientenservice

Ergänzende Angaben

Eigenkapital

Unter Berücksichtigung der Kapitalrücklagen entwickelte sich das **Eigenkapital** des UKK wie folgt:

	01.01.2002	Umgliederung in Sonst.Verb.	Einstellung	Entnahme	Zugang	31.12.2002
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festgesetztes Kapital	6.668	0	0	0	0	6.668
Kapitalrücklagen	3.536	230	0	3.306	0	0
Gewinnrücklagen	4.457	601	32	3.329	0	559
Bilanzverlust	0	0	0	0	-4.863	-4.863
	14.661	831	32	6.635	-4.863	2.364

Aufwendungen des Aufsichtsrates

Der Gesamtaufwand des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Kiel betrug im Geschäftsjahr 2002 an Sitzungsgeldern und Fahrtkosten insgesamt 646,12 €. Außerdem erhielt der Aufsichtsratsvorsitzende für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2002 eine Entschädigung in Höhe von 9.729,16 €.

Bezüge des Vorstandes

Die Gesamtbezüge der hauptamtlich und nebenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 294 T€.

Besondere **Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen** bestanden zum Bilanzstichtag 31.12.2002 nicht.

Zur **Entwicklung des Personalbestandes** (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) wird auf die Angaben im gesonderten Personalbericht auf Seite 54 verwiesen.

Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat den im Jahresabschluss berücksichtigten

- Entnahmen aus den Kapitalrücklagen von € 3.306.511,67, den Gewinnrücklagen von € 3.329.118,14 und Einstellungen in die Gewinnrücklagen von € 32.479,81 sowie
- der Umgliederung der zugewiesenen, aber noch nicht verwendeten Mittel für besondere Forschungsmittel und Eigenen Einrichtungen aus den Kapitalrücklagen von € 229.735,39 und den Gewinnrücklagen von € 600.944,88 in die Sonstigen Verbindlichkeiten

zustimmt, mit Datum vom 12. September 2003 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Universitätsklinikums Kiel, Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Ver-

antwortung des Vorstands des Klinikums. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Klinikums sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze

ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Kiel, den 12. September 2003

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vorstandszuständigkeiten

Prof. Dr. Werner Grote

Ärztlicher Direktor

Vorstandsvorsitzender

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Zentrale Unternehmensplanung
- Justizariat
- Innenrevision
- Qualitätssicherung
- Strahlenschutz

Manfred Baxmann

Kaufmännischer Direktor

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

- Controlling
- Rechenzentrum
- Allgemeine Verwaltung
- Personalwesen
- Finanz-, Rechnungs- und Patientenwesen
- Zentraler Einkauf
- Technische Dienste; Bauangelegenheiten

Prof. Dr. Michael Illert

Dekan der Medizinischen Fakultät

- Wissenschaftsverwaltung

Uwe Petersen (bis 30.09.2002)

i. V. Gerhard Witte (ab 01.10.2002)

Direktor für Krankenpflege und Patientenservice

- Grundsatzangelegenheiten Krankenpflege und Patientenservice
- Fort- und Weiterbildung für das nichtwissenschaftliche Personal
- Ver- und Entsorgungsdienste

Lagepläne des UKK

Zentralgelände

Standort Niemannsweg 147
(Klinik für Nervenheilkunde)

Standort Weimarer Straße 8
(Klinik für Neurochirurgie)

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Auszug aus dem Bericht

Universitätsklinikum Lübeck
Anstalt des öffentlichen Rechts
Lübeck

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002
und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2002

Auftrag: 0.0136512.001

Exemplar:



III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

14. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat der Entnahme aus der Kapitalrücklage von € 2.419.269,17 zustimmt, mit Datum vom 12. September 2003 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Universitätsklinikum Lübeck, Anstalt des öffentlichen Rechts, Lübeck, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden



Regelungen in der Hauptsatzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Klinikums. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Klinikums sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Klinikums. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Klinikums und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."



G. Schlussbemerkung

88. Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2002 des UKL er-
statten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den
Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Entwurf
des Prüfungsstandards 450 n. F. des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutsch-
land e.V.).

Der von uns mit Datum vom 12. September 2003 erteilte uneingeschränkte, unter
einem Vorbehalt stehende Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. III "Wiedergabe
des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Hamburg, den 12. September 2003

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Lorenzen)
Wirtschaftsprüfer

ppa.
(ppa. Fritzsch)
Wirtschaftsprüferin



AKTIVA	Stand am 31.12.2002		Stand am 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.293.196,39		1.203.322,40
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	119.025.720,99		120.193.221,99	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. Wohnbauten auf fremden Grundstücken	1.250.411,00		1.298.525,00	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	3.634.671,73		3.634.671,73	
4. Technische Anlagen	62.459.559,00		64.937.657,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	35.569.297,00		32.146.866,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.463.121,30	304.402.781,02	82.992.020,63	305.202.962,35
III. Beteiligungen		43.000,00		0,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		7.244.216,21		7.552.809,58
2. Unfertige Leistungen		336.742,59		354.373,84
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 5.008,56 (Vorjahr: T€ 0)	30.920.883,08		32.856.034,17	
2. Forderungen an den Krankenhausträger	84.576,74		2.208,05	
3. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0)	1.255.514,33	32.260.974,15	987.155,28	33.845.397,50
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		0,00
IV. Kassenbestand Guthaben bei Kreditinstituten		10.961.861,13		18.626.701,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten		92.789,13		1.277.397,82
Summe Aktiva		356.635.560,62		368.062.965,38

PASSIVA	Stand am 31.12.2002		Stand am 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
1. Festgesetztes Kapital	14.101.013,78		14.101.013,78	
2. Kapitalrücklagen	1.874.983,36		4.294.252,53	
3. Gewinnrücklagen	957.248,12		957.248,12	
		16.933.245,26		19.352.514,43
B. Sonderposten aus Zuweisungen				
zur Finanzierung des Anlagevermögens				
1. Zuweisungen u. Zuschüsse der öffentlichen Hand	296.271.669,66		297.109.779,98	
2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen	2.115.272,08	298.386.941,74	1.944.469,10	299.054.249,08
C. Rückstellungen				
Steuerrückstellungen		334.677,00		0,00
Sonstige Rückstellungen		10.916.288,43		13.144.253,34
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 10.091.195,59 (Vorjahr: T€ 8.755)	10.091.195,59		8.754.586,59	
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 4.278.979,46 (Vorjahr: T€ 9.100)	4.278.979,46		9.100.153,14	
3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 2.576.499,24 (Vorjahr: T€ 3.474) davon nach der BPflV € 2.576.499,24 (Vorjahr T€ 3.474)	2.576.499,24		3.474.462,24	
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 13.117.733,90 (Vorjahr: T€ 15.183) davon aus Steuern € 174.833,66 (Vorjahr T€ 11) davon im Rahmen der Sozialsicherheit € 0,00 (Vorjahr T€ 0)	13.117.733,90	30.064.408,19	15.182.746,56	36.511.948,53
Summe Passiva		356.635.560,62		368.062.965,38

6. Gewinn- und Verlustrechnung

	2002	2002	2001	2001
	€	€	€	€
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	167.695.605,85		165.615.142,81	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	1.496.060,64		1.753.423,23	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	12.811.575,54		9.861.645,19	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	6.019.058,50		5.734.485,27	
5. Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen	-17.631,25		-93.992,45	
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand				
a) Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10	58.059.957,50		59.893.097,15	
davon Umwidmung in den Finanzplan	-1.331.773,66		-3.456.075,55	
davon Umwidmung aus dem Finanzplan	2.606.661,70		88.658,01	
b) sonstige Zuweisungen der öffentlichen Hand	150.663,81		202.807,17	
7. Sonstige betriebliche Erträge	30.487.265,17	277.977.443,80	26.999.540,25	266.598.731,08
8. Personalkosten				
a) Löhne und Gehälter	137.148.090,83		134.427.289,12	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 12.464.420,86 (Vorjahr T€ 9.505)	37.487.706,85		33.699.034,49	
9. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	55.991.261,49		56.336.267,17	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.829.674,78	243.456.733,95	12.326.482,75	236.789.073,53
Zwischenergebnis		34.520.709,85		29.809.657,55
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen				
a) Investitionszuschuß des Trägers				
- Zuschüsse	8.063.894,30		10.187.644,83	
- davon Umwidmung in den Erfolgsplan	-2.606.661,70		-88.658,01	
b) Zuwendung Fremdfinanzierung Ersteinrichtung	5.042.289,18		4.069.528,29	
c) Zuwendung Fremdfinanzierung HBFG	256.075,70		1.758.543,11	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	17.974.749,64		18.605.883,19	
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlageverm.	17.005.450,32	11.724.896,80	19.247.781,91	15.285.159,50
13. Abschreibungen	17.824.629,50		18.452.387,01	
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.236.448,50	-47.061.078,00	28.151.391,60	-46.603.778,61
Zwischenergebnis		-815.471,35		-1.508.961,56
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	538.806,81		1.586.662,98	
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.016,45	536.790,36	1.385,55	1.585.277,43
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-278.680,99		76.315,87
18. Steuern	426.413,77	-426.413,77	76.315,87	-76.315,87
19. Jahresfehlbetrag		-705.094,76		0,00
20. Entnahme aus Kapitalrücklage		705.094,76		0,00
21. Einstellung in Gewinnrücklage		0,00		0,00
22. Bilanzgewinn		0,00		0,00

7. Anhang

7.1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Das Klinikum an der Medizinischen Universität zu Lübeck ist seit dem 01.01.1999 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Medizinischen Universität zu Lübeck. Die Anstalt führt den Namen UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck.

Dem Klinikum obliegen die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung, sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Am 01.01.1999 ging das im Besitz des Klinikums als Landesbetrieb befindliche Vermögen, soweit für betriebliche Zwecke des Klinikums erforderlich, in das Eigentum des Klinikums über. Das Grundvermögen wird dem Klinikum dauerhaft zur Verfügung gestellt. Juristischer Eigentümer ist nach wie vor das Land Schleswig-Holstein.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 ist entsprechend den Gliederungsvorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

7. Anhang

7.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Anlagevermögen ist in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet.

Bei beweglichen Anlagegütern wird auf die Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf die Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu € 410 (ohne Umsatzsteuer) und einer Nutzungsdauer von bis zu drei Jahren werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Anlagen im Bau werden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert.

Dem aus Fördermitteln und sonstigen Zuwendungen finanzierten Anlagevermögen stehen in Höhe der Buchwerte auf der Passivseite der Bilanz die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens gegenüber. In Höhe der noch nicht verwendeten Zuwendungen wurden entsprechende Verbindlichkeiten passiviert.

Die Vorräte der Apotheke und des sonstigen medizinischen Bedarfs sowie des Wirtschaftsbedarfs sind grundsätzlich zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Für derartige Vorräte in den Kliniken und Instituten wurden Festwerte gebildet.

Der Ansatz der Durchschnittswerte sowie der Festwerte erfolgte jeweils einschließlich Umsatzsteuer. Bei der Bewertung der unfertigen Leistungen (Überlieger) wurde angenommen, dass die Erlöse je Fallpauschale den Kosten des Klinikums entsprechen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennbetrag unter Abzug angemessener Wertberichtigungen bilanziert. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden daneben pauschal wertberichtigt. Forderungen, die älter als 5 Jahre sind, existierten zum Jahresabschluss nicht.

Unter den Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht werden Ansprüche nach HBFG auf Fördermittel zur Finanzierung von Investitionen in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt.

7. Anhang

Gemäß § 5 Abs. 6 KHBV weist das UKL unter dem Festgesetzten Kapital die Beträge aus, die der Krankenhausträger auf Dauer dem UKL zur Verfügung gestellt hat.

Die Bewertung der Rückstellungen entspricht den HGB-Vorschriften.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Zum Jahresabschluss existierten keine Verbindlichkeiten, die älter als 5 Jahre waren.

Bei der Ermittlung des Ergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung kommt das Gesamtkostenverfahren zur Anwendung.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.3 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im einzelnen im Anlagennachweis dargestellt.

Die Fortschreibung des Anlagevermögens wird mit Hilfe des eingesetzten SAP – Moduls „AM“ dokumentiert.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bilanzwert per	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€
Anfangsbestand	1.203	1.089
Zugänge	370	652
Umbuchungen	0	0
Abgänge	0	0
Abschreibungen	-280	-538
Endbestand	1.293	1.203

Unter dem Posten Immaterielle Vermögensgegenstände wurde entgeltlich erworbene Software aktiviert. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die immateriellen Vermögensgegenstände um T€ 90.

Sachanlagen

Bilanzwert per	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€
Anfangsbestand	305.203	305.058
Zugänge	17.081	18.217
Umbuchungen	0	0
Abgänge	-352	-159
Nachaktivierung (Restbuchwert)	16	2
Abschreibungen	-17.545	-17.915
Endbestand	304.403	305.203

Aus Anlagenabgängen wurden Verkaufserlöse in Höhe von T€ 264 erzielt. Die Erträge (Erlös ./ Restbuchwert) betragen T€ 61. Die Aufwendungen aus Anlagenabgängen beliefen sich auf T€ 150.

Beteiligungen

Bilanzwert per	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€
Anfangsbestand	0	0
Zugänge	43	0
Umbuchungen	0	0
Abgänge	0	0
Endbestand	43	0

Das UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck hält Anteile an einer neu gegründeten Patentverwertungsgesellschaft sowie an der CEMET-GmbH.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.4 Umlaufvermögen

7.4.1 Vorräte

Der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und unfertigen Leistungen verringerte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€ 327.

Dies resultiert aus dem geringeren Bestand bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in Höhe von T€ 309 und den niedrigeren unfertigen Leistungen in Höhe von T€ 18.

Die Vorräte des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS gliedern sich wie folgt:

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
	T€	T€
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel	3.989	4.137
Medizinischer Bedarf	2.008	2.127
Wirtschaftsbedarf	34	43
Verwaltungsbedarf	83	122
Technischer Bedarf	456	423
Brenn- und Treibstoffe	148	132
Blutprodukte	526	569
Gesamt	7.244	7.553

Die Vorräte wurden, soweit keine Festwerte beibehalten wurden, zum Bilanzstichtag körperlich aufgenommen.

7.4.2 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen setzten sich am Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Forderungen

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
	T€	T€
Allgemeine Krankenhausleistungen	29.256	33.121
Nebentätigkeiten der Ärzte	2.312	1.497
Sonstige Forderungen	1.635	1.194
Zwischensumme	33.203	35.812
Einzel- und Pauschalwertberichtigung	-2.282	-2.956
Gesamt	30.921	32.856

Die Forderungen sind zum Nennbetrag bewertet. Die Verringerung der Forderungen aus Krankenhausleistungen ist auf den Erfolg des Forderungsmanagements des UKL zurück zu führen.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

Erkennbare Ausfallrisiken wurden durch die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Höhe von T€ 2.259 (Vorjahr T€ 1.856) berücksichtigt.

Für das allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von T€ 23 (Vorjahr T€ 1.100) gebildet. Die Verminderung resultiert daraus, dass im Zuge der Fusion die Bewertungsmethoden an die Vorgehensweise des Universitätsklinikums Kiel angeglichen wurden.

Die sonstigen Forderungen beinhalten im wesentlichen Forderungen gegenüber sonstigen Debitoren, darunter hauptsächlich Forderungen aufgrund von Lieferungen und Leistungen an andere Krankenhäuser in Höhe von T€ 1.635 (Vorjahr T€ 1.194).

7.4.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 1.256 erhöhten sich um T€ 268. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der gegenüber 2001 zur Abbildung der Drittmittel geänderten Buchungssystematik.

Alle sonstigen Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit Ausnahme von T€ 5 ebenfalls innerhalb eines Jahres fällig.

7.4.4 Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten

Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen T€ 10.962 (Vorjahr T€ 18.627).

7.4.5 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.185 auf T€ 93 im Jahr 2002, im wesentlichen bedingt durch die Fusion und die damit verbundene Notwendigkeit der Angleichung der Buchungssystematik.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.5 Eigenkapital

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
	T€	T€
<i>Eigenkapital</i>		
Festgesetztes Kapital	14.101	14.101
Kapitalrücklage	1.875	4.294
Gewinnrücklagen	957	957

Entwicklung der Rücklagen:

	Stand 31.12.2001 €	Entnahme €	Zuführung €	Umgliederung €	Stand 31.12.2002 €
Kapitalrücklage	4.294.252,53	2.419.269,17	0,00	0,00	1.874.983,36
Gewinnrücklagen	957.248,12	0,00	0,00	0,00	957.248,12
Ausweis	5.251.500,65	2.419.269,17	0,00	0,00	2.832.231,48

Die Bilanzposition Rücklagen sank im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.419 auf T€ 2.832 (Vorjahr T€ 5.252).

Die Entnahmen aus den Rücklagen wurden planmäßig zur Finanzierung der Intensivbetreuerweiterung Station 37a (Chirurgie) i. H. v. T€ 556 und T€ 1.159 zur Reinvestition in der

Neuroradiologie verwendet. Desweiteren wurden T€ 705 für den Ausgleich des Jahresfehlbetrages aus der Verlustrücklage innerhalb der Kapitalrücklage entnommen.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.6 Sonderposten

Die Sonderposten verringerten sich um T€ 667 auf T€ 298.387 (Vorjahr T€ 299.054).

Die Sonderposten bilden mit Ausnahme der Grundstücke den Gegenposten zum Anlage-

vermögen, den mit Zuschüssen des Trägers intern erwirtschafteten Mitteln aus Sonderverträgen sowie zweckentsprechenden Mitteln nach HBFVG und den zur Finanzierung von Anlagegegenständen eingesetzten Drittmitteln.

7.7 Rückstellungen

Entwicklung der sonstigen Rückstellungen:

	Stand 31.12.2001 €	Inanspruchnahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2002 €
Prozeßkosten / Schadensfälle	3.224.896,96	462.043,29	265.961,71	463.708,61	2.960.600,57
Sonstige andere Rückstellungen	9.419.356,38	2.128.608,88	1.620.406,48	2.415.097,84	8.085.438,86
Rückstellungen für Bauunterhaltung	500.000,00	462.980,86	37.019,14	204.926,00	204.926,00
Ausweis	13.144.253,34	3.053.633,03	1.923.387,33	3.083.732,45	11.250.965,43

Die sonstigen anderen Rückstellungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.334 auf T€ 8.085. Im wesentlichen ist der Rückgang auf die Inanspruchnahme der Rückstellungen für Altersteilzeit sowie eine

Auflösung der Rückstellung für die Personalkostensteigerung nach §1 Abs. 1 Stabilisierungsgesetz zurückzuführen.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um T€ 1.337 auf T€ 10.091 (Vorjahr T€ 8.754).

Der Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger reduzierte sich um T€ 4.821 auf T€ 4.279 (Vorjahr T€ 9.100) aufgrund des teilweise abgebauten Investitionsstaus.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht sanken um T€ 898 auf T€ 2.576 (Vorjahr T€ 3.474). In dieser Bilanzposition werden Überzahlungen aufgrund der im vergangenen Jahr abgerechneten Pflegesätze ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
Drittmittel	5.051	6.818
Sonderverträge	672	927
Zugewiesene aber noch nicht verwendete Mittel für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben	2.899	3.671
Lohnsteuer/ Sozialversicherungsbeiträge	990	1.019
Umsatzsteuer	175	0
Noch nicht ausgezahlte Bereitschaftsvergütungen	1.240	1.138
Andere sonstige Verbindlichkeiten	2.091	1.610
Ausweis	13.118	15.183

Die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 2.065 auf T€ 13.118 (Vorjahr T€ 15.183). Diese Reduktion resultiert im wesentlichen aus der Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Drittmittelgebern und aus Forschung und Lehre.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 167.696 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Krankenhausleistungen

	2002	2001
	T€	T€
Erlöse aus Pflegesätzen	126.013	130.128
Erlöse aus Fallpauschalen	26.179	24.571
Erlöse aus Sonderentgelten	13.436	12.401
Erlöse aus vor- und nachstationären Behandlungen	845	998
Sonstige Erlöse	325	153
Ausgleiche	898	-2.636
Ausweis	167.696	165.615

Unter dem Posten **Erlöse aus Wahlleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 1.496 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Wahlleistungen

	2002	2001
	T€	T€
Erlöse aus Einbett-/Zweibettzimmern	1.489	1.745
Sonstige	7	8
Ausweis	1.496	1.753

Auf Grundlage einer gemeinsamen Empfehlung der PKV und DKG für die Bemessung der Entgelte für eine Wahlleistungsunterkunft, wurden die Preise in angemessener Form reduziert. Daraus resultierten Erlösminderungen i. H. v. T€ 257 gegenüber dem Vorjahr.

Die Wahlleistungsentgelte betragen in 2002:

	01.01-31.07 € pro Tag	01.08.-31.12. € pro Tag
Einbettzimmer	95,00	83,50
- mit Nasszelle	103,00	93,00
Zweibettzimmer	59,00	36,50
- mit Nasszelle	64,00	42,50
Begleitperson	20,00	20,00

Unter dem Posten **Erlöse aus ambulanten Leistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 12.812 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus ambulanten Leistungen

	2002	2001
	T€	T€
Kassenärztliche Vereinigung	4.122	3.280
Selbstzahler	741	724
Sozialleistungsträger	1.642	1.715
Erlöse aus Unfallbehandlung	219	0
Erlöse aus ambulanten Operationen	553	497
Erlöse aus Medikamentenverkäufen	5.535	3.646
Ausweis	12.812	9.862

Die Erlöse durch die Kassenärztliche Vereinigung erhöhten sich gegenüber 2001. Die Umwandlung von Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen führte zu Erlöseinbußen in 2001. In 2002 hat sich die Situation normalisiert. Die Erlöse aus Medikamentenabgabe konnten erheblich durch Mehrleistungen gesteigert werden.

Unter dem Posten **Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte** werden Erträge in Höhe von T€ 6.019 (Vorjahr T€ 5.734) ausgewiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 18 (Vorjahr T€ 94) ausgewiesen.

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Erträge** wird ein Saldo von T€ 30.487 ausgewiesen. Über die Zusammensetzung informiert nachstehende Tabelle:

Sonstige betriebliche Erträge

	2002	2001
	T€	T€
Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	1.631	2.040
Hilfs- und Nebenbetriebe	4.183	3.824
Sonderverträge	1.118	1.442
Zuwendungen Dritter zur Finanzierung lfd. Aufwendungen	9.378	12.434
Anlagenverkäufe	61	20
Auflösung von Rückstellungen	1.923	2.596
Auflösung von Wertberichtigungen	1.077	735
Sonstige ordentliche Erträge	8.442	1.478
Periodenfremde Erträge	2.674	2.431
Ausweis	30.487	27.000

In den **Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen** sind im Vorjahr einmalige CEMET-Zuwendungen enthalten, die nach der endgültigen Festlegung der Finanzierungswege nicht mehr über die Buchführung des UKL abgewickelt werden.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** erhöhten sich um T€ 6.964 gegenüber dem Vorjahr. Dies ist ganz maßgeblich durch die geänderte Buchungssystematik bei den Drittmitteln begründet. Den Erträgen stehen aber entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Unter dem Posten **Personalaufwendungen** wird ein Saldo in Höhe von T€ 174.636 ausgewiesen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Personalaufwendungen

	2002	2001
	T€	T€
Löhne und Gehälter	137.148	134.427
Sozialabgaben, Altersversorgung und Beihilfen	37.488	33.699
Ausweis	174.636	168.126
davon für Altersversorgung	12.464	9.505

Der Anstieg der Personalaufwendungen wurde durch die Tarifierhöhungen für Löhne und Gehälter, einen Sanierungsbeitrag an die Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL), die fusionsbedingte Mehrarbeit und durch die Zuführung zur Rückstellung für den Versorgungsausgleich wissenschaftlicher Beamter geprägt.

Die Bezahlung der Beschäftigten erfolgt für Beamte nach dem Bundesbesoldungsgesetz, für die Angestellten nach dem Bundesangestelltentarif Bund und Länder und für die Lohnempfänger nach dem Manteltarifvertrag für Arbeiter.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Angestellte und Lohnempfänger sind bei Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert und erhalten bei Eintritt des Versicherungsfalles eine Zusatzrente. Im Rahmen der Tarifverträge wird Arbeit in Altersteilzeit ermöglicht.

Entsprechend den Bestimmungen innerhalb des Landes Schleswig-Holstein besteht auch am UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck ein Frauenförderplan.

Unter dem Posten **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 55.991 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ohne bezogene Leistungen

	2002	2001
	T€	T€
Lebensmittel	2.693	2.882
Medizinischer Bedarf	47.928	47.724
Wasser, Energie, Brennstoffe	4.317	4.442
Wirtschaftsbedarf	1.053	1.288
Ausweis	55.991	56.336

Aufwendungen für bezogene Leistungen

	2002	2001
	T€	T€
Medizinischer Bedarf	4.398	3.528
Wirtschaftsbedarf	8.052	7.976
Sonstige (Drittmittel)	380	822
Ausweis	12.830	12.326

Die **bezogenen Leistungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 504. Dies ist im wesentlichen auf die gestiegenen medizinischen Leistungen durch Dritte zurückzuführen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** werden Erträge in Höhe von T€ 10.755 ausgewiesen.

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

	2002 T€	2001 T€
Investitionszuschuss	5.457	10.099
Zuwendungen Fremdfinanzierung Ersteinrichtung	5.042	4.069
Zuwendungen Fremdfinanzierung HBF	256	1.759
Ausweis	10.755	15.927

Der Posten **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens** sank um T€ 631 auf T€ 17.975 (Vorjahr T€ 18.606).

Der Posten **Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten und Verbindlichkeiten zur Finanzierung des Anlagevermögens** verringerte sich um T€ 2.243 auf T€ 17.005 (Vorjahr T€ 19.248).

Unter dem Posten **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 17.825 (Vorjahr T€ 18.452) ausgewiesen.

Den Abschreibungen stehen in voller Höhe Auflösungen von Sonderposten gegenüber. Bezüglich der Zuordnung der Abschreibungen wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Aufwendungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 29.236 ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2002	2001
	T€	T€
Verwaltungsbedarf	10.582	8.474
Instandhaltung	10.449	11.392
Sonstige Abgaben	472	463
Versicherungen	932	761
Aufwendungen für Einzel- und Pauschalwertberichtigung	612	731
Abschreibungen auf Forderungen	435	15
Sachaufwand der Ausbildungsstätten	222	241
Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.898	3.930
Aufwendungen aus dem Abgang vom Anlagevermögen	150	154
Periodenfremde Aufwendungen	1.478	1.987
Freibehandlungen	6	3
Ausweis	29.236	28.151

Der Aufwand für den Verwaltungsbedarf stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.108. Dies ist zum Teil in den erstmalig auftretenden Kosten der Fusion, wie z. B. Beratungskosten, sowie in Zusatzkosten für die GMSH begründet.

Die Aufwendungen für Instandhaltung verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 943. Dies liegt vor allem an der Verringerung der Aufwendungen für bauliche Anlagen.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen stehen erheblichen Mehrbelastungen aus der Zuführung zur Rückstellung für Schadenszahlungen (T€ 763) deutlich mit T€ 1.481 gesunkene Aufwendungen aus Drittmitteln gegenüber.

Die Abschreibungen auf Forderungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 420. Dieses beruht im wesentlichen auf Niederschlagungen von uneinbringlichen Forderungen aus früheren Geschäftsjahren.

7. Anhang **Sonstige Angaben**

Mitglieder des Aufsichtsrates bis 31.12.2002

Stimmberechtigte Mitglieder bis 31.12.2002

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Regierungsdirektor Klaus Dietrich Neuhausen

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein
(bis 25.02.2002)

Mdgt. Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein
(ab 26.02.2002)

Ministerialdirigent Bernd Schloer

Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Hans Arnold

Rektor der Universität zu Lübeck
(bis 31.05.2002)

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein

Rektor der Universität zu Lübeck
(ab 01.06.2002)

Edda Tichelmann

Vertreterin der Beschäftigten des
Universitätsklinikums Kiel

Barbara Scheel

Vertreterin der Beschäftigten des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Prof. Dr. Karl Heinz Rahn

Sachverständiger aus der medizinischen Wissen-
schaft
Med. Poliklinik der Westfälischen Wilhelms-
Universität / Innere Medizin D

Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben
Peter Kölln KGaA

Beratende Mitglieder bis 31.12.2002

Prof. Dr. Walter Jonat

Universitätsklinikum Kiel
Direktor der Klinik für Gynäkologie und Geburtshil-
fe

Prof. Dr. Alfred Feller

UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck
Direktor des Institutes für Pathologie

Dr. Christiane Hinck-Kneip

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Kiel

Dr. Hauke Nielsen

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Kirstin Bachmann

Vertreterin der Studierenden der
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Jens Ebnet

Vertreter der Studierenden der
Universität zu Lübeck

Gudrun Primosigh

Gleichstellungsbeauftragte des
Universitätsklinikums Kiel
(ab 21.01.2002)

Dr. Sabine Voigt

Frauenbeauftragte der Universität zu Lübeck

Wilhelm Kuhn

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr – Bezirksverwaltung Lübeck

7. Anhang **Sonstige Angaben**

Mitglieder des Aufsichtsrates der Nachfolgeorganisation Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ab 01.01.2003

Staatssekretär Dr. Hellmut Körner

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Staatssekretär Uwe Döring

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein

Staatssekretär Horst-Dieter Fischer

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-
Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein

Rektor der Universität zu Lübeck

Dr. Hauke J. Nielsen (bis 05.06.2003)

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Dr. Christiane Hinck-Kneip (ab 06.06.2003)

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Edda Tichelmann

Vertreterin des nichtwissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein I

Prof. Dr. Eva-B. Bröcker

Direktorin der Klinik und Poliklinik für Hautkrank-
heiten der Universität Würzburg
Sachverständige aus der medizinischen Wissen-
schaft

Uwe Petersen

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben

7. Anhang Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter*

Im Jahresdurchschnitt waren folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Universitätsklinikum Lübeck beschäftigt:

	2002	2001
Angestellte/Lohnempfänger	4.313	4.322
Beamte	79	83
Auszubildende	254	257
Summe	4.646	4.662

* incl. DRK-Schwwesterschaft

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Ärztlicher Direktor
Vorsitzender des Vorstandes
Geschäftsbereich Vorstandsvorsitzender und Ärztlicher Direktor

Dr. rer. pol. Klaus Schmolling (*ab 01.06.2002*)
Kaufmännischer Direktor
Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes
Kaufmännischer Geschäftsbereich

Dipl.-Kaufm. Helmut Schüttig (*bis 30.04.2002*)
Kaufmännischer Direktor
Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes
Kaufmännischer Geschäftsbereich

Barbara Schulte
Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice
Geschäftsbereich Krankenpflege und Patientenservice

Prof. Dr. Dieter Jocham (*bis 02.07.2002*)
Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck
Direktor der Klinik für Urologie

Prof. Dr. Eberhard Schwinger (*ab 03.07.2002*)
Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck

Direktor des Institutes für Humangenetik
Die Gesamtbezüge der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder betragen in 2002 T€ 183.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nur im Rahmen der Aufwendungen für Mieten in Höhe von T€ 1.201.

Träger des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck ist das Land Schleswig Holstein.

Lübeck, der 11.09.2003

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. rer. pol. Klaus Schmolling
Kaufmännischer Direktor

Barbara Schulte
Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice

Prof. Dr. Eberhard Schwinger
Dekan der Medizinischen Fakultät

8. Entwicklung des Anlagevermögens

Anschaffungskosten

Bilanzposten	Anfangsstand	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Nach- aktivierung	Endstand
	01.01.2002					31.12.2002
	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.334.351,04	369.782,14	150,80	0,00	0,00	4.704.283,98
II. Sachanlagen						
1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	155.181.030,10	13.181,82	1.872.055,32	0,00	0,00	157.066.267,24
2 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich Wohnbauten auf fremden Grundstücken	2.338.415,61	0,00	0,00	0,00	0,00	2.338.415,61
3 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	3.634.671,73	0,00	0,00	0,00	0,00	3.634.671,73
4 Technische Anlagen	120.264.003,03	90.954,13	2.850.710,70	0,00	0,00	123.205.667,86
5 Einrichtungen und Ausstattungen	152.480.888,39	8.825.156,96	3.807.595,54	2.039.743,13	20.674,10	163.094.571,86
6 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.992.020,63	8.151.440,90	-8.530.512,36	149.827,87	0,00	82.463.121,30
Summe Sachanlagen	516.891.029,49	17.080.733,81	-150,80	2.189.571,00	20.674,10	531.802.715,60
7 Beteiligungen	0,00	43.000,00	0,00	0,00	0,00	43.000,00
GESAMT	521.225.380,53	17.493.515,95	0,00	2.189.571,00	20.674,10	536.549.999,58

8. Entwicklung des Anlagevermögens

Abschreibungswerte

Anfangsstand 01.01.2002 € 8	Abschreibungen des Geschäfts- jahres € 9	Entnahme für Abgänge € 10	Nach- aktivierung € 11	Endstand 31.12.2002 € 12	Restbuchwerte Stand 31.12.2002 € 13	Restbuchwerte Stand 31.12.2001 € 14
3.131.028,64	279.976,01	0,00	0,00	3.411.087,59	1.293.196,39	1.203.322,40
34.987.808,11	3.052.738,14	0,00	0,00	38.040.546,25	119.025.720,99	120.193.221,99
1.039.890,61	48.114,00	0,00	0,00	1.088.004,61	1.250.411,00	1.298.525,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.634.671,73	3.634.671,73
55.326.346,03	5.419.762,83	0,00	0,00	60.746.108,86	62.459.559,00	64.937.657,00
120.334.022,39	9.024.038,52	1.837.320,21	4.617,10	127.525.274,86	35.569.297,00	32.146.866,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	82.463.121,30	82.992.020,63
211.688.067,14	17.544.653,49	1.837.320,21	4.617,10	227.399.934,58	304.402.781,02	305.202.962,35
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	43.000,00	0,00
214.819.095,78	17.824.629,50	1.837.320,21	4.617,10	230.811.022,17	305.738.977,41	306.406.284,75

5. Der Lagebericht

5.1 Forschungsförderung und -schwerpunkte an der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck

Die projektorientierte Forschungsförderung der Medizinischen Fakultät durch Mittel aus dem Etat für "besondere Forschungs- und Lehrvorhaben" (Landeszuschuss für Forschung und Lehre) dient insbesondere der Weiterentwicklung eines spezifischen Forschungsprofils durch die gezielte Förderung von Schwerpunkten sowie der Anschubfinanzierung weiterer erfolgversprechender Vorhaben. Dabei ist ein Konzentrationsprozess der Mittel auf eine kleine Zahl von Schwerpunkten vorgesehen.

Insgesamt standen dem Dekanat hierfür und für die weiteren Aufgaben der Fakultät mit ca. T€ 2.800 aus dem Etat für "besondere Forschungs- und Lehrvorhaben" gegenüber T€ 3.000 im Jahr 2001 nur verringerte Mittel zur Verfügung.

Im Rahmen des Fusionsprozesses der Universitätsklinik Kiel und Lübeck kam im Berichtszeitraum der Profilentwicklung durch abgestimmte Schwerpunktsetzung für ein gemeinsames Universitätsklinikum Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung zu. Hierfür wurden standortübergreifende Strukturpapiere erarbeitet.

An den beiden Standorten wurden 2002 auf Basis der in den Vorjahren in Lübeck für die "Leistungsbezogene Mittelverteilung" entwi-

ckelten Methodik wissenschaftliche Leistungsparameter erfasst. Die Bereiche Publikationen, Drittmittel und Nachwuchsförderung wurden in Abstimmung mit der Kieler Fakultät retrospektiv für den Zeitraum 1999-2001 erfasst und in einem transparenten Verfahren detailliert bewertet. Die Ergebnisse stellen auch eine Grundlage für die Abstimmung von Forschungsschwerpunkten unter dem gemeinsamen Dach des UK S-H dar. Im weiteren Verlauf kann damit nach Koppelung mit den Ergebnissen entsprechender Analysen aus dem Bereich der Krankenversorgung eine umfassende Strukturentwicklung nach den Erfordernissen von Universität und Klinik unterstützt werden.

Im Berichtszeitraum 2002 wurde das Forschungsförderungsprogramm der Medizinischen Fakultät um ein neues Element, die Vergabe von zunächst vier Promotionsstipendien "Experimentelle Medizin" erweitert. Diese werden mit insgesamt ca. T€ 28 pro Jahr gefördert. Auch hier erfolgen Ausschreibung und Entscheidungsfindung in Verantwortung der Forschungskommission der Fakultät unter der Leitung des Dekans auf Basis eines eingehenden Begutachtungsprozesses.

Aus dem Bereich der Junior- und Normalanträge wurden im Berichtszeitraum insgesamt Mittel in Höhe von ca. T€ 80 für 27 Projekte (gegenüber 24 Projekten im Vorjahr) bewilligt.

5. Der Lagebericht

Das durchschnittliche Fördervolumen beträgt damit ca. T€ 30 für ein Jahr. Dem stehen beantragte Mittel in Höhe von ca. T€ 2.000 aus 47 Anträgen gegenüber.

Bereits im vorangegangenen Begutachtungsverfahren waren für den Berichtszeitraum 2002, analog zu 2001, fünf Forschungsschwerpunkte mit einem Gesamtvolumen von T€ 1.125 bewilligt worden. Dies sind:

- **Körpereigene Infektabwehr**
Förderung mit ca. T€ 230
(Sprecher: Prof. Solbach)
- **Cerebrale und neuroendokrine Kontrolle von Wahrnehmung und Bewegung**
Förderung mit ca. T€ 179
(Sprecher: Prof. Kömpf)
- **Endokrine Transmission**
Förderung mit ca. T€ 281
(Sprecher: Prof. Fehm)
- **Entwicklung onkologischer Therapieansätze**
Förderung mit ca. T€ 358
(Sprecher: Prof. Feller)
- **Kardiovaskuläre Erkrankungen**
Förderung mit ca. T€ 77
(Sprecher: Prof. Katus)

Die Entscheidungsfindung durch die Forschungskommission erfolgt hier auf Grundlage der Begutachtung schriftlicher Anträge und einer fakultätsöffentlichen Präsentationsveranstaltung.

Um dem Ziel, einer weiteren Fokussierung der Mittel gerecht zu werden, hat die Fakultät im Rahmen ihres Förderverfahrens 2002 für das Jahr 2003 eine Konzentration auf nur

noch vier geförderte Forschungsschwerpunkte beschlossen.

Dies werden die Schwerpunkte **(I) Infektabwehr** (Förderung mit T€ 360 in 2003, Sprecher: Prof. Solbach), **(II) Gehirn, Hormone und Verhalten** (Förderung mit T€ 430 in 2003, Sprecher: Prof. Hohagen), **(III) Onkologie** (Förderung mit T€ 300 in 2003, Sprecher: Prof. Feller) und **(IV) Reproduktionsmedizin** (Förderung mit T€ 150 in 2003; Sprecher: Prof. Diedrich) sein. Dabei stellt der Schwerpunkt Reproduktionsmedizin einen neuen Bereich dar, der sich weiter entwickeln wird.

Eine längerfristige finanzielle Festlegung erscheint zur Zeit schwierig, wenngleich die Forschungsschwerpunkte mittel- bis langfristig angelegt und auch mit der Kieler Fakultät abgestimmt sind.

Keine mit den Forschungsschwerpunkten vergleichbare direkte finanzielle Schwerpunktförderung durch die Fakultät erfahren zur Zeit die beiden extern geförderten und ebenfalls besonders herausgehobenen "Forschungsverbände" Medizintechnik und Reha-Forschung.

Mit der Verlängerung des DFG-Sonderforschungsbereichs 367 "Molekulare Mechanismen entzündlicher und degenerativer Prozesse" um weitere 3 Jahre und das neu eingerichtete BMBF-Netzwerk zum Thema

5. Der Lagebericht

"Disorders of somatosexual differentiation and intersexuality..." konnten 2002 mehrere hochkarätige externe Drittmittelprojekte auch auf Basis der Forschungsförderung der Medizinischen Fakultät eingeworben werden.

Die von dritter Seite zugegangenen Mittel sind zur Finanzierung von Einzelmaßnahmen verwendet worden, die sich möglichst an den obigen Schwerpunkten orientieren.

Die Summe der in 2002 eingeworbenen Drittmittel betrug insgesamt T€ 9.378.

Über den Mittelursprung informiert nachfolgende Tabelle:

Mittelherkunft	€
Bund	2.273.402,50
DFG	1.713.657,68
EU	84.691,31
Industrie	2.116.024,52
Land	542.997,15
SFB	1.360.907,01
Spenden	11.711,91
Stiftung	635.161,56
Verbände	639.629,94
	9.378.183,58

5. Der Lagebericht

5.2 Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein im Vergleich

Mit dem im Mai 2001 veröffentlichten Krankenhausplan für Schleswig-Holstein ist ein Kompromiss zwischen den an der Krankenhausplanung Beteiligten und der Landesregierung gefunden worden. Auch im Hinblick auf die Einführung pauschalierter Entgelte für alle Leistungen der stationären Krankenversorgung hat sich die Planungsbehörde auf eine Festlegung von Planbetten für das Gesamthaus beschränkt. Für die einzelnen Fachabteilungen sind den Verhandlungspartnern Fallzahlen vorgegeben.

Die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes sind aus 2000 und beinhalten noch die Kennzahl „Bettenauslastung“. Für die kommenden Jahre wird aufgrund der Einführung pauschalierter Entgelte diese Kennzahl an Bedeutung verlieren. Es wird dem einzelnen Krankenhaus überlassen bleiben, mit wieviel aufgestellten Betten die notwendige Leistung in der Krankenversorgung erbracht wird.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick zu Krankenhauskosten, Anzahl der Patienten (Fälle) und Kosten je Patient je Bundesland.

Krankenhauskosten je Patient 2000

	Krankenhauskosten Mio.€	Patienten TSD	Kosten je Patient / €
Schleswig-Holstein	1.576	520	3.031
Hamburg	1.460	374	3.905
Meckl.Vorpommern	1.016	388	2.618
Niedersachsen	4.585	1.479	3.086
Bremen	675	185	3.655
Brandenburg	1.300	483	2.694
Hessen	3.759	1.153	3.260
Thüringen	1.415	517	2.732
Berlin	2.910	665	4.374
Nordrhein Westfalen	11.797	3.839	3.072
Sachsen-Anhalt	1.636	571	2.867
Rheinland-Pfalz	2.382	812	2.934
Saarland	840	258	3.261
Sachsen	2.465	877	2.810
Baden-Württemberg	6.061	1.863	3.254
Bayern	7.738	2.502	3.092

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Krankenhauskosten je Patient sind danach besonders hoch in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Auch in den Flächenländern Baden-Württemberg, Hessen und Saarland liegen diese Kosten wesentlich höher als in Schleswig-Holstein. Die Werte der neuen Bundesländer sind vergleichsweise gering, da die Personaltarife noch bei rund 85% gegenüber den alten Bundesländern liegen.

In dieser Vergleichstabelle liegt Schleswig-Holstein bei den alten Bundesländern auf dem zweitgünstigsten Platz nach Rheinland-Pfalz.

5. Der Lagebericht

Bei der Betrachtung der Krankenhauskosten je Einwohner schneidet Schleswig-Holstein zusammen mit Sachsen als das zweitgünstigste Bundesland nach Brandenburg (!) ab. Hier sind ebenfalls die Stadtstaaten und zusätzlich das Saarland und Nordrhein Westfalen die kostenintensivsten Bundesländer.

Krankenhauskosten je Einwohner im Jahr 2000

	Krankenhauskosten Mio.€	Einwohner TSD	Kosten je Einw./€
Schleswig-Holstein	1.576	2.804	562
Hamburg	1.460	1.726	846
Meckl.Vorpommern	1.016	1.760	577
Niedersachsen	4.585	7.956	576
Bremen	675	660	1.023
Brandenburg	1.300	2.593	501
Hessen	3.759	6.078	618
Thüringen	1.415	2.411	587
Berlin	2.910	3.388	859
Nordrhein Westfalen	11.797	18.052	654
Sachsen-Anhalt	1.636	2.581	634
Rheinland-Pfalz	2.382	4.049	588
Saarland	840	1.066	788
Sachsen	2.465	4.384	562
Baden-Württemberg	6.061	10.601	572
Bayern	7.738	12.330	628

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Situation für Schleswig-Holstein stellt sich bei der Auslastung der Krankenhausbetten positiv dar.

Mit 84,0 % hat Schleswig-Holstein bundesweit mit die zweithöchste Belegung. Bremen und die Länder Rheinland-Pfalz und Hessen weisen die geringste Belegung aus.

Auslastung der Krankenhausbetten und durchschnittliche Verweildauer im Jahr 2000

	Bettenauslastung in %	Verweildauer in Tagen
Schleswig-Holstein	84,0	9,9
Hamburg	83,6	10,8
Meckl.Vorpommern	82,3	8,6
Niedersachsen	82,9	9,9
Bremen	79,4	9,9
Brandenburg	82,5	10,2
Hessen	78,2	9,9
Thüringen	81,1	10,1
Berlin	83,1	10,6
Nordrhein Westfalen	80,5	10,4
Sachsen-Anhalt	82,2	9,6
Rheinland-Pfalz	78,2	9,6
Saarland	81,5	9,3
Sachsen	84,9	10,5
Baden-Württemberg	80,8	10,2
Bayern	83,0	10,1

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Bei der Verweildauer liegt Schleswig-Holstein mit 9,9 Tagen im unteren Drittel, die kürzeste Verweildauer gibt es in Meckl. Vorpommern.

5. Der Lagebericht

Die Betrachtung der Bettendichte offenbart, dass Schleswig-Holstein im Bundesvergleich den geringsten Wert ausweist. Die Länder Bremen, Hamburg und Nordrhein Westfalen verfügen über die höchste Bettendichte.

Krankenhausbetten je Einwohner (Bettendichte) im Jahr 2000

	Kranken- häuser	Betten	Betten je Einwohner (in 10.000)
Schleswig-Holstein	107	16.752	60,0
Hamburg	35	13.140	76,6
Meckl.Vorpommern	35	11.120	62,6
Niedersachsen	213	48.175	60,8
Bremen	16	6.275	95,0
Brandenburg	54	16.288	62,6
Hessen	175	39.915	65,8
Thüringen	53	17.593	72,4
Berlin	76	23.287	68,9
Nordrhein Westfalen	462	135.956	75,5
Sachsen-Anhalt	56	18.279	69,9
Rheinland-Pfalz	118	27.236	67,5
Saarland	27	8.050	75,3
Sachsen	92	29.608	66,9
Baden-Württemberg	317	64.493	61,3
Bayern	406	83.484	68,3

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

In der Schlussfolgerung aus dieser differenzierten Betrachtung des statistischen Materials um Krankenhauskosten, Bettendichte, Auslastung und Verweildauer wird klar, dass im Bundesvergleich, wie auch im Vergleich der alten Bundesländer, eine sehr inhomogene Situation vorliegt. Damit besteht auch ein unterschiedlicher Handlungsbedarf, soweit die Diskussion um Lohnnebenkosten und Beitragssatzstabilität bei den Krankenkassen weiterhin dominant bleibt.

Aus unter anderem den oben genannten Gründen ist für die Bundesrepublik Deutschland die Einführung eines pauschalierten Erlössystems für die stationäre Krankenversorgung in Anlehnung an das Australische AR- DRG System entschieden worden.

DRGs ist die Abkürzung für Diagnosis Related Groups und steht für Gruppen ähnlicher bzw. verwandter Diagnosen. Diese Diagnosegruppen sollen sowohl medizinisch als auch ökonomisch homogene Behandlungsfälle zusammenfassen. Aufgrund der Hauptdiagnose und einiger weiterer Gewichtungen werden die Patienten einer dieser Fallgruppen zugeordnet. Dabei findet auch die Behandlung erschwerender Risiken wie z.B. Nebendiagnosen, das Alter etc. Beachtung.

Weiterhin konnte das bereits im Jahre 2000 vom Vorstand initiierte Projekt zur Schaffung der notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen zur Einführung der DRG's mit Teilnahme an Benchmarkprojekten und entsprechenden Schulungen der Ärzte erfolgreich fortgesetzt werden. Erst die Ergebnisse dieses Projektes ermöglichten dem Vorstand die Abgabe der Optionserklärung für das DRG-Abrechnungssystem im Jahr 2003.

5. Der Lagebericht

Am DRG-Benchmark-Projekt sind, wie in den vergangenen Jahren, ca. 20 Universitätsklinika gemeinsam mit der Firma 3M beteiligt. Die Erfolge dieses Projektes lassen sich an den Ergebnissen der internen Arbeit ablesen. Im Jahr 2002 wurden die Vorjahresdaten ausgewertet. Mit 3,66 Diagnosen/Fall ohne Wiederholung liegt das UKL über dem universitären Mittelwert von 3,55 Diagnosen/Fall und hat sich gegenüber dem Vorjahreswert von 2,39 Diagnosen/Fall erheblich gesteigert. Mit einem Prozedurenanteil von 66,35 % liegt das Universitätsklinikum Lübeck noch leicht unter dem Durchschnittswert von 69,19 %, konnte aber den geringen Anteil bei den Prozeduren vom Vorjahr widerlegen. Bei der Ermittlung des Case-Mix-Indexes bewegt sich das Universitätsklinikum Lübeck im Mittelfeld der teilnehmenden Klinika.

Ein System wie die DRGs, das sich statistisch bzw. am Durchschnitt orientiert, ist für Krankenhäuser optimal, die den Mittelwert repräsentieren oder unter dem Durchschnitt liegen.

Die Universitätsklinika betrachten die Entwicklung jedoch mit größter Sorge, da die unterschiedliche Behandlung in einem Krankenhaus der Grund- bzw. Regelversorgung und einer Klinik der Zentral- bzw. Maximalversorgung nicht ohne weiteres in der vorgesehenen Form über Diagnose und Prozedur differenziert genug abgerechnet werden kann.

5. Der Lagebericht

5.3 Wirtschaftliche Situation

Im Geschäftsjahr 2002 wurde die wirtschaftliche Situation des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck durch sehr belastende Umfeldfaktoren beeinflusst. Dennoch ist es gelungen, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Die im folgenden noch darzustellenden belastenden Rahmenfaktoren der Folgejahre führten zu dem Beschluss der Landesregierung, die beiden Universitätsklinika Schleswig-Holsteins unter einem Dach zusammen zu führen. Die am 01.01.2003 in Kraft getretene Fusion soll den auch in Zukunft immer schwieriger werdenden Bedingungen im Gesundheitsmarkt Rechnung tragen. Der Fusionsprozess wurde im Berichtsjahr von der Unternehmensberatungsfirma Roland Berger beratend begleitet. In diesem Zusammenhang wurde vom Vorstand in Zusammenarbeit mit Roland Berger ein umfassendes, in mehrere Teilprojekte untergliedertes, Projekt initiiert. Die fusionsvorbereitende Arbeit der Teilprojekte ist inzwischen größtenteils abgeschlossen worden.

Im folgenden werden die zusätzlichen wirtschaftlichen Belastungen des Jahres 2002 kurz erläutert.

Der Zuschuss für Forschung und Lehre wird seit 1997 gesenkt. Mit einer Zuschusskürzung von T€ 1.830 im Vergleich zum Vorjahr bildete auch das Berichtsjahr keine Ausnahme in dieser Entwicklung.

Das Budgetverfahren für die stationären Krankenhausleistungen des Jahres 2002 ist

noch nicht abgeschlossen. Der im Juni 2003 gefällte Schiedstellenspruch wird auf seine Anfechtbarkeit geprüft. Dieser sieht die Budgetabsenkung aufgrund der Übernahme der Organbeschaffungskosten durch die Kostenträger vor. Der Abzug wurde von der Beitragsstabilitätsgrenze vorgenommen, obwohl eine wesentlich höhere Forderungs-LKA vorlag. In diesem Punkt hat das Universitätsklinikum eine abweichende Rechtsauffassung.

Der Schiedstellenspruch beinhaltet desweiteren die Ablehnung des von den Krankenkassen vorgelegten Krankenhausvergleiches auf Basis von DRG-Berechnungen und die Anerkennung der Veränderungsrate von 1,84%. Geeinigt mit den Kostenträgern ist die Finanzierung eines zusätzlichen Intensivbettes.

Auf dieser Grundlage, inkl. der Berücksichtigung der Budgetabsenkung durch die Organbeschaffungskosten, ist der Jahresabschluss erstellt worden.

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen steigerten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um T€ 2.080. Da sich die Vereinbarung mit den Kostenträgern allerdings nach wie vor nicht an den tatsächlich anfallenden Kosten orientiert, war es nicht möglich, die Steigerung bei den Sach- und Personalkosten im Berichtsjahr zu kompensieren.

Das Vorjahresergebnis bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen konnte im Jahr 2002 um T€ 2.950 deutlich gesteigert werden.

5. Der Lagebericht

Die erwartete Erlösminderung aufgrund der Umwandlung der Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen ist erfreulicherweise nicht im ursprünglich angenommenen Umfang eingetreten. Für einen Vergleich der Erlösentwicklung muss das Jahr 2000, in dem letztmalig die ehemalige Abrechnungsweise galt, herangezogen werden. Demgegenüber haben sich die Erlöse aufgrund der genannten Umstellung um ca. 14% reduziert. Durch die in 2001 erfolgten Widersprüche seitens der Krankenkassen waren einmalig erhebliche Erlöseinbußen gegenüber 2000 zu verzeichnen (ca. 42%). Für 2002 hat sich die Situation somit weitestgehend normalisiert. Eine weitere Komponente für die Erhöhung der ambulanten Erlöse bildet der Bereich der Erlöse aus der Medikamentenabgabe. Diese konnten durch verbesserte Konditionen, die mit den Krankenkassen rückwirkend ab dem 01.01.2002 ausgehandelt wurden, deutlich gesteigert werden.

Die Erlöse aus Wahlleistungen für Unterkunft sind dagegen im Vergleich zum Vorjahr gesunken, was auf die seit 01.08.2002 geltende reduzierte Abrechnung von Wahlleistungszuschlägen für Ein- und Zweibettzimmer zurückzuführen ist.

Die Leistungen in der stationären Krankenversorgung konnten auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Dies belegt die nachfolgende Tabelle:

	2002	2001
Fallzahlen	44.175	43.597
Belegungs- und Berechnungstage	382.967	382.912
Budget ohne Ausgleich	166.396	163.533

Der Vergleich mit dem Vorjahr ergibt, dass bei deutlich angestiegener Fallzahl die Berechnungs- und Belegungsstage relativ konstant blieben und sich das Budget um die gesetzliche Veränderungsrate von 1,84% erhöht hat.

Im Bereich der Aufwendungen sind erhebliche Mehrbelastungen aufgetreten. So ist der Anstieg der Personalkosten hauptsächlich auf die tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerung, die Erhöhung des Arbeitgeberanteils an der Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL) sowie auf die fusionsbedingte Mehrarbeit des vorhandenen Personals zurückzuführen. Auch die Zuführung zur Rückstellung für den Versorgungsausgleich wissenschaftlicher Beamter führte zu einer zusätzlichen Steigerung der Personalaufwendungen.

Anzumerken ist ferner, dass Zusatzkosten für die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) sowie für Beratungsleistungen der Firma Roland Berger das Ergebnis des Berichtsjahres stark beeinflusst haben.

5. Der Lagebericht

Die Gesamterträge erreichten im Jahr 2002 T€ 278.516 (Vorjahr T€ 268.185). Die Aufwendungen betragen T€ 279.221 T€ (Vorjahr T€ 268.185). Das Jahr konnte trotz der erheblichen Belastungen mit einem im Vergleich zum Wirtschaftsplan deutlich geringe-

ren Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 705 (Vorjahr T€ 0) abgeschlossen werden. Dieser wurde durch die Auflösung der Verlustrücklage innerhalb der Kapitalrücklagen ausgeglichen.

5. Der Lagebericht

5.4 Leistungszahlen im Überblick

Kliniken	Fallzahl		Verweil- dauer		Berechnungs- u. Belegungstage	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Anästhesiologie	1.853,0	1.849,0	2,56	2,53	4.752	4.674
Augenheilkunde	2.654,5	2.646,5	4,86	4,85	12.912	12.843
Chirurgie	6.394,5	6.428,5	9,40	9,50	60.098	61.087
Dermatologie und Venerologie	1.047,5	1.063,5	9,62	9,03	10.075	9.608
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	4.729,0	4.814,0	6,10	5,97	28.850	28.737
HNO-Heilkunde	3.134,0	3.126,5	5,53	5,28	17.336	16.514
Herzchirurgie	1.226,0	1.076,5	4,81	5,13	5.892	5.527
Kinderchirurgie	2.039,5	2.108,0	5,05	5,44	10.307	11.464
Kieferchirurgie	1.086,5	1.075,0	5,69	5,10	6.183	5.483
Medizinische Klinik I	5.439,0	5.034,5	8,35	9,22	45.412	46.409
Medizinische Klinik II	6.422,5	6.221,5	8,11	8,26	52.087	51.408
Neurochirurgie	1.531,0	1.464,5	10,74	11,38	16.447	16.668
Neurologie	2.318,5	2.283,0	8,56	8,70	19.849	19.855
Strahlenth. u. Nuklearmed.	784,0	760,5	7,68	7,78	6.023	5.914
Orthopädie	999,5	969,0	9,09	9,30	9.086	9.008
Kinder- u. Jugendmedizin	3.720,0	3.615,0	7,04	7,17	26.187	25.916
Psychiatrie und Psychotherapie	1.100,5	1.197,0	30,66	27,70	33.739	33.162
Urologie	2.538,0	2.662,0	6,37	6,39	16.178	17.010
Zentrale Notaufnahme	10.552,0	10.350,0	0,15	0,16	1.554	1.625
Klinikum Gesamtsumme	59.569,5	58.744,5	8,67	8,78	382.967	382.912
davon ohne interne Verlegungen	44.174,5	43.597,0				

5. Der Lagebericht

5.5 Personal- und Sozialbereich

Vom Dezernat Personal werden rund 5.100 Beschäftigte betreut. Davon sind 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Angehörige der Universität zu Lübeck und etwa 700 der DRK-Schwesternschaft Lübeck e. V. zugehörig.

Die Abrechnung der Gehälter für das nicht-wissenschaftliche Personal (außer DRK) erfolgt in eigener Zuständigkeit, während die Gehälter des wissenschaftlichen Personals durch das Landesbesoldungsamt Schleswig-Holstein in Kiel abgerechnet werden.

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation wurde die Zahl der Ausbildungsplätze konstant gehalten (242 in der Krankenpflege und 9 Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich). Die im November 2001 auf Vorschlag der Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice erstmals gestartete 3jährige Ausbildung zur Operations-Technischen Assistentin (OTA) mit 12 Teilnehmer/innen läuft erfolgreich.

11 Ärzte des Klinikums absolvierten im September 2002 erstmals einen internen Strahlenschutzkurs unter fachlicher Leitung des Instituts für Radiologie, an dem auch Externe teilnehmen. Sie erwarben damit den Fachkundenachweis „Strahlenschutz“ nach § 23 der Röntgenverordnung.

Die Mitarbeiter/innen des Dezernates Personal wurden in 2002 zum Thema „Sucht“ fortgebildet. Es handelte sich um eine Schulung, die auf der im Juni 2000 mit dem Personalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarung zur Suchtprävention aufbaut.

Auf dem EDV-Sektor wurde die Organisationsstruktur und Stellenwirtschaft in 2002 von SAP-HR in den Routinebetrieb übernommen. Ebenso wird die Abrechnung der Reisekosten nach Abschluss der Testphase nunmehr über ein besonderes EDV-Programm abgewickelt.

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Fusion der Universitätsklinik Lübeck und Kiel waren permanent bis zu zehn Mitarbeiter des Dezernats in die Projektgruppenarbeit unter Moderation der Unternehmensberatung Roland Berger eingebunden.

5. Der Lagebericht

5.6 Ausblick und Risiken

Aus der Fusion der Universitätskliniken Lübeck und Kiel zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein zum 01.01.2003 sind positive Effekte aufgrund von Synergie und Schwerpunktbildung zu erwarten.

Da auch nach der Fusion weiterhin eine Beurteilung der wirtschaftlichen Situation für jeden Standort erforderlich ist, werden zunächst die zukünftig zu erwartenden Risiken speziell für den Campus Lübeck erläutert.

Im Bereich des Zuschusses für Forschung und Lehre wird sich die negative Entwicklung fortsetzen. So wird für 2003 eine Zuschuss-senkung von ca. T€ 1.902 gegenüber 2002 vom Klinikum zu tragen sein.

Für die Erträge aus stationären Krankenhausleistungen ergibt sich durch die Einführung der DRG's ein weiteres Risiko. Für Krankenhäuser, die die erst ab 01.01.2004 verpflichtende Teilnahme am DRG-Abrechnungssystem angestrebt haben, gilt, dass das Budget für das Jahr 2003 eingefroren wird, so dass sich das Budget nicht einmal um die Veränderungsrate zur Teilkompensation der Personalkostensteigerungen erhöht. Deshalb hat das UKL nachträglich spätotiert. Es wird voraussichtlich rückwirkend ab 01.01.2003 zunächst budgetneutral auf eine Abrechnung nach DRG umstellen.

Im ambulanten Erlösbereich stehen neue Verhandlungen mit den Krankenkassen an, weshalb sich ein Erlösrisiko aufgrund eines möglichen negativen Verhandlungsergebnisses nicht ausschliessen läßt.

Weitere zusätzliche Belastungsfaktoren für das UKL ergeben sich aus einer tariflichen Unterfinanzierung im Bereich Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, was zwangsläufig aus der Senkung der Zuschüsse und einer Tarifierhöhung in 2003 resultiert. Auch eine weitere Erhöhung der VBL-Umlage wird sich im Jahr 2003 erheblich negativ auf das Ergebnis auswirken. Ebenso sind kurzfristige Personalkostenmehrbelastungen aus der Fusion zu erwarten.

Bei den Sachkosten, insbesondere beim Medizinischen Bedarf, sind inflationäre Kostensteigerungen wahrscheinlich.

Insgesamt ist ein Einsparbedarf für das Jahr 2003 in Höhe von ca. T€ 9.000 für den Campus Lübeck ermittelt worden. Der daraus resultierende Handlungsbedarf führte zur Entwicklung eines umfangreichen Massnahmenpaketes vom Vorstand.

Diese angestrebten Einsparmassnahmen für den Campus Lübeck lassen sich grundsätzlich wie folgt unterteilen:

- Generelle Einsparziele für Klinikum, Institute und Dezernate

5. Der Lagebericht

- Effizienzprojekte in der Krankenversorgung und Forschung/Lehre
- Fusionseffekte und Effizienzprojekte in der Administration

Bei den generellen Einsparmaßnahmen wird angestrebt, die Tarifierhöhung durch eine Erhöhung der Effizienz in sämtlichen Bereichen aufzufangen. Dieses erfolgt über eine Budgetierung der Personalkosten über alle Ergebniscenter im Umfang von ca. 67% des Einsparvolumens. Die verbleibenden 33% werden leistungsorientiert unter Rückgriff auf das Wissenschaftsranking den Kliniken/Instituten belastet.

Die Effizienzprojekte in der Krankenversorgung beinhalten beispielsweise nachstehend definierte Projekte:

- Zusammenführung der Kliniken für Kinderchirurgie, Kinder- und Jugendmedizin sowie Kinderpsychiatrie
- Qualitätsorientierter Wareneinsatz durch Koordination des Ressourcenverbrauchs
- Schaffung einer bedarfsgerechten Versorgung mit Pflegeleistungen durch Analyse des Personalbedarfs über alle Stationen
- Restrukturierung der Medizinischen Kliniken

Die als Projekte definierten Massnahmen ermöglichen eine konsequente Umsetzung. Unter Führung des Vorstandes sollen die Massnahmen abgearbeitet werden. Für ein fortlaufendes Projektcontrolling der Umsetzungsfortschritte ist geplant, die Einzelprojekte im zentralen Projektmanagement abzubilden. Unterstützt wird das Projektmanagement durch die Nutzung des EDV-Programms PL@ZA.

Hinsichtlich der dritten genannten Einsparkategorie im Bereich der Administration wird beabsichtigt, durch Vertragsverhandlungen mit den Dienstleistern und Veränderungen in der Speiserversorgung ein signifikantes Einsparvolumen im Sachkostenbereich zu erzielen. Personalkosteneinsparungen lassen sich aufgrund von Fluktuation und Vereinheitlichung von Aufgabenprozessen erreichen.

Diese positiven Effekte der Einsparprojekte für den Standort Lübeck haben langfristigen Charakter, so dass sie sich in den Folgejahren fortschreiben werden. Falls erforderlich, wird der Vorstand zu gegebener Zeit über weitere Steuerungsmassnahmen beraten und entscheiden.

5. Der Lagebericht

5.7 Umweltrisiken

5.7.1 Röntgeneinrichtungen und ionisierende Strahlung

Die Funktion des Strahlenschutzverantwortlichen des UKL übt der Ärztliche Direktor aus. Der Strahlenschutz beim Umgang mit diagnostischen und therapeutischen Röntgengeräten, After-Loading Anlagen sowie bei Tätigkeiten in den Isotopen-Laboratorien mit offenen radioaktiven Präparaten wird durch einen Strahlenschutzbeauftragten sichergestellt. Die Aufgaben sind in der Strahlenschutzverordnung festgeschrieben. Die Einhaltung der Vorschriften wird durch den vom Ärztlichen Direktor bestellten Strahlenschutzbevollmächtigten überwacht.

Alle Mitarbeiter, die in den Kontrollbereichen tätig sind, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

Desweiteren wird die technische Funktionsfähigkeit der Anlagen durch regelmäßige Untersuchungen des TÜVs oder anderer Einrichtungen sichergestellt.

5.7.2 Gentechnik

Der Vorstand ist für den Schutz von Leben und Gesundheit von Mensch und Umwelt vor möglichen Gefahren von gentechnischen Verfahren verantwortlich.

Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Ärztlichen Direktors.

Beraten wird er dabei durch die Beauftragte für Biologische Sicherheit (BBS) und den Gentechnikbevollmächtigten (GB).

Zur ständigen Wahrung der gentechnischen Sicherheit in allen Einrichtungen des UKL überwachen BBS und GB die verantwortlichen Projektleiter.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den gentechnischen Anlagen der Sicherheitsstufe 2 tätig sind und mit humanpathogenen Organismen umgehen, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

5.7.3 Abfallentsorgung

Verantwortlich für die Abfallvermeidung bzw. die für die Umwelt schadlosen und nach Maßgabe des KrW-/AbfG durchzuführenden Abfallentsorgungen am UKL ist der Vorstand. Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Kaufmännischen Direktors.

Alle Maßnahmen im Rahmen der Abfallentsorgung werden durch den Betriebsbeauftragten für Abfall überwacht.

Durch die ordnungsgemäße Beseitigung der infektiösen, schadstoffhaltigen und giftigen

bzw. radioaktiven Abfälle werden Schäden an

der Umwelt vermieden.

5. Der Lagebericht

5.8 Apotheke

Die Apotheke des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck sieht ihre Aufgaben als Dienstleistungszentrum und bietet folgende Leistungen an:

Beschaffung und Herstellung von Arzneimitteln und Laborbedarf sowie die Belieferung der Verbrauchsstellen, Anfertigen von Infusionslösungen und sterilen Zubereitungen (z.B. zentrale Zytostatikazubereitung, Herstellung von Ernährungsbeuteln für die Pädiatrie), Arzneimittelinformation, Mitarbeit bei klinischen Studien und Budgetberatung.

Durch Kommunikation mit den Kliniken, Umstellung von Medikation, Bedarfsmanagement und Budgetberatungen konnte der Verbrauch an Arzneimitteln und Laborbedarf für den stationären Bereich erneut gesenkt werden. Durch Verhandlungen mit den Krankenkassen war es möglich, die ambulante Versorgung der Patienten auszubauen und die Negativbilanz in diesem Bereich zu minimieren.

5.8.1 Arzneimittelversorgung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Apotheke liegt in der Beschaffung, Lagerung und Ausgabe von Arzneimitteln, Blutprodukten, Infusionslösungen und Desinfektionsmitteln für die Stationen, Institute und Funktionsbereiche der Kliniken sowie die von der Apotheke versorgten, externen Krankenhäuser.

Das Jahresumsatzvolumen für Arzneimittel belief sich im Jahr 2002 auf ca. T€ 13.500. Im Jahr 2002 wurden fast alle Stationen an die Online-Bestellung von Arzneimitteln angebunden (Ausnahme: Dermatologie). Für 2003 sollen auch die Polikliniken, OP's und Anästhesien sowie die Stationen der Dermatologie an das Online-Bestellsystem angeschlossen werden. Mit den Stationen der externen Krankenhäuser werden Gespräche bzgl. einer Anbindung geführt werden. Ebenfalls 2003 soll der Kommissionierautomat in der Apotheke in Betrieb genommen werden, um die Qualität der Arzneimittelversorgung weiter zu steigern.

5.8.2 Laboreinkauf

Durch erfolgreiche Preisverhandlungen und die weiterhin sukzessive Umstellung der Routineanalytik auf modernere Vertragsformen konnten die Kosten der Laborverbrauchsgüter inkl. Reagenzien- und Diagnostikakosten gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % gesenkt werden. Das Einkaufsvolumen der Apotheke für diese Warengruppen betrug im Jahr 2002 T€ 9.330 gegenüber T€ 10.100 im Jahr 2001. Somit konnten die Sachkosten in diesem Bereich bereits das 5. Jahr in Folge, sogar bei leicht fallender Tendenz, konstant gehalten werden.

5.8.3 Sitzungen und Kommissionen

Die koordinierte Funktion der Apotheke innerhalb des Klinikums hat auch in diesem Jahr wieder weitreichende Ergebnisse erzielt.

So konnten mehrere Leitlinien geschaffen werden, um den rationalen Gebrauch von

5. Der Lagebericht

Viel Zeit wurde im Berichtsjahr benötigt, um die Grundlagen für eine Zusammenführung der Universitätsklinika Kiel und Lübeck zu schaffen. Da hier grundlegend andere Versorgungsformen vorzufinden sind, (Lübeck Eigenerstellung, Kiel Fremdvergabe) ist eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Versorgung notwendig, um eine optimale Lösung für die Zukunft des UK S-H zu finden.

5.8.4 Arzneimittelherstellung

Nicht alle notwendigen Arzneimittel können von der Industrie zur Verfügung gestellt werden. Für die vielseitigen Universitätskliniken ist es daher unverzichtbar, dass die Krankenhausapotheke auf spezielle Wünsche aus der Pflege- und Ärzteschaft eingehen kann.

Die Herstellungsbereiche der Apotheke gliedern sich in: Rezeptur, Defektur, Sterilabteilung incl. pädiatrischer Zubereitungen und Zytostatikaabteilung.

5.8.5 Defektur/ Rezeptur

Im Jahr 2002 wurden im Bereich Defektur/Rezeptur sowohl patientenindividuelle als auch in Chargen gefertigte Herstellungen zur Verfügung gestellt, die nicht als handelsübliche Fertigarzneimittel erhältlich sind. Das für den Akutschmerzdienst der Uniklinik hergestellte Dipidolor-Reservoir für PCA-Schmerzpumpen konnte um 50% auf 729 Stück gesteigert werden. Desweiteren konnte

Arzneimitteln sicher zu stellen.

das Lavasept-Gel als Therapiestandard zur Wundbehandlung bei der chirurgischen Versorgung von akuten und chronischen Knochen- und Weichteilinfektionen etabliert werden (2785 Stück, +150%). Eine sowohl aus pharmazeutischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvolle Neueinführung stellte die rt-pa-Lösung (Actilyse) für die Augen-OP zur intravitrealen Anwendung dar. Die Herstellung stellte ebenfalls einen kompetenten Partner für die Durchführung von wissenschaftlichen Studien dar, insbesondere für die Augenklinik, die Dermatologie, die Psychiatrie und die Endokrinologie. In 2002 wurden 1392 Herstellungen angefertigt, die der Sicherung und Durchführung von rationellen Arzneimitteltherapien im Klinikum dienen.

5.8.6 Sterillabor

Im Bereich Sterilproduktion wurden im wesentlichen nicht handelsübliche Lösungen hergestellt. Die Infusionslösungen werden auf Sterilität und Pyrogenfreiheit geprüft. Das Sortiment wurde auch in diesem Jahr erweitert und an die Bedürfnisse der Stationen angepasst. Durch die Neueinführung einer Amantadinlösung konnte die Wirtschaftlichkeit der Abteilung weiter gesteigert werden. Im Jahr 2002 wurden ca. 54.000 Flaschen abgefüllt.

5.8.7 Zytostatikaherstellung

Im Jahr 2002 wurden in der Zytostatikaabteilung 7531 applikationsfertige Zytostatikazu-

bereitungen hergestellt. Die Frauenklinik war auch in diesem Jahr mit 40% aller Anforder-

5. Der Lagebericht

Neu hinzugekommen ist ab April die Versorgung der Urologie. Die Anforderungen von dort zeigen eine steigende Tendenz.

Der Neubau der Zytostatika-Abteilung der Apotheke begann im Februar 2002. Er ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass nur noch die Inneneinrichtung der Räume fehlt. Es wird damit gerechnet, dass im April 2003 mit dem Umzug in die neuen Räume begonnen werden kann.

Im Hinblick auf die Vergrößerung der Zytostatika-Abteilung wurde Cato, ein neues Software-Programm zur Zytostatikaherstellung, eingekauft. Es wurde im Juli 2002 installiert. Nach Eingabe der Stammdaten und der im Klinikum gebräuchlichen Schemata wurde im September mit der Herstellung begonnen, zunächst noch parallel zu Cypro, dem bisher verwendeten Programm, seit November wird ausschließlich mit Cato gearbeitet. Zusätzlich von Cato erworbene Stationslizenzen ermöglichen es künftig, die bestehende Vernetzung der Computersysteme des Klinikums zu nutzen, und die von den Stationen elektronisch erfassten Anforderungen direkt - ohne Umweg über das Papier - in den Computer der Apotheke zu übertragen.

5.8.8 Pädiatrische Infusionen

Seit Mitte letzten Jahres werden in der Kinderklinik aseptisch unter standardisierten Bedingungen Lösungen für die parenterale

Ernährung, sowie als Therapieadjuvans für onkologische Patienten, hergestellt. Im Jahr 2002 wurde die Angebotspalette erweitert. Es werden nun auch Lösungen zubereitet, die über einen Arterien- bzw Zentral-Venösen-Katheter appliziert werden. Desweiteren werden Studienmaterialien hergestellt, die zur Evalierung von Daten zur Fettverträglichkeit dienen. Besonders kostspielige Medikamente werden applikationsfertig zubereitet. Damit lassen sich bis zu € 300 pro Tag und Patient einsparen. Die Schulung der Pflege (Pflegebereich VII) im Herstellen von aseptischen Zubereitungen wurde ausgeweitet.

Ernährung, sowie als Therapieadjuvans für onkologische Patienten, hergestellt.

Im Jahr 2002 wurde die Angebotspalette erweitert. Es werden nun auch Lösungen zubereitet, die über einen Arterien- bzw Zentral-Venösen-Katheter appliziert werden. Desweiteren werden Studienmaterialien hergestellt, die zur Evalierung von Daten zur Fettverträglichkeit dienen. Besonders kostspielige Medikamente werden applikationsfertig zubereitet. Damit lassen sich bis zu € 300 pro Tag und Patient einsparen. Die Schulung der Pflege (Pflegebereich VII) im Herstellen von aseptischen Zubereitungen wurde ausgeweitet.

Im Gemeinschaftsobjekt der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, der Kinderchirurgie und Apotheke wurden im Jahr 2002 1.480 Beutel Standard Ernährungslösungen und ca. 7.200 individuelle Zubereitungen hergestellt. Bezogen auf den gleichen Zeitraum des Vorjahres ergibt sich daraus eine um bis zu 240% erhöhte Inanspruchnahme der erbrachten Dienstleistungen.

5.8.9 Untersuchungslabor

Im Jahr 2002 wurden im Untersuchungslabor der Apotheken 551 Chargen Eigenherstellungen und 556 Ausgangsstoffe auf ihre pharmazeutische Qualität geprüft. Zu diesem Zweck wurden diverse Methoden eingesetzt wie IR-Spektroskopie, UV-metrische Mes-

sungen, chromatographische Verfahren und chemische Maßanalysen. Mit Hilfe der IR-

5. Der Lagebericht

5.9 Beschaffung

5.9.1 Einkauf

Das Jahr 2002 war geprägt von den Bemühungen, das vorgegebene Budget unter Berücksichtigung steigender Fallzahlen und Änderungen in der Therapie einzuhalten.

Ein besonderer Schwerpunkt bei diesen Bemühungen war der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Unikliniken Göttingen und Magdeburg sowie der Medizinischen Hochschule Hannover. Es wurden Verträge mit zahlreichen Firmen der Medicalsparte abgeschlossen. Das generierte Einsparpotential lag allein für das UKL bei ca. T€ 180. Diese erfolgsversprechenden Ausschreibungen und Verhandlungen werden kontinuierlich fortgesetzt. Im Rahmen des Fusionsprozesses konnten erste gemeinsame Potentiale abgebildet werden, die zu weiteren Preisreduzierungen führten.

5.9.2 Investitionen

Im Jahre 2002 wurde die „Gerätekommission“ neu gestaltet. Es konnten nach intensiver Prüfung der Anträge innovative Geräte für die Bereiche Krankenversorgung und Forschung im Wert von T€ 450 angeschafft werden. Beispiele hieraus: Ausstattung der Abt. Phoniatrie u. Pädaudiologie; Diodenlaser für die Medizinischen Kliniken I und II; DHPLC-Analysesystem für die gemeinsame Nutzung der Institute für Human-genetik und Anatomie sowie der Kliniken für

Spektroskopie wurde die Zusammensetzung von 222 Nierensteinen analysiert.

Neurologie und Chirurgie; Vakuumbiopsiesystem zum Mammographiegerät, für die Radiologie und Frauenklinik.

Im Rahmen der Großgerätebeschaffung (HBFG) wurde für die chirurgische Intensivstation eine neue Patientenüberwachungsanlage beschafft.

Weiterhin wurde die chirurgische Intensivstation um drei Intensivbettenplätze erweitert.

Aus dem Bereich „Ersteinrichtung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten“ ist die Planung und Kalkulation der Transplantationseinheit zu nennen. Hierfür wurden durch das Ministerium Mittel in Höhe von T€ 460 bewilligt. Die Beschaffung der Einrichtung soll im Jahr 2003 beginnen.

In gleicher Weise wurde die Planung des Neubaus für Informatik betreut. Auch hier soll die Einrichtung im Jahr 2003 beginnen.

Weiterhin wird an der Planung der Ersteinrichtung des Neubaus für Orthopädie und Neurochirurgie gearbeitet sowie die Ersteinrichtung des Hauses 4 (Psychiatrie/ Biometrie und Statistik) vervollständigt.

Für dringend nötige Ersatzbeschaffungen wurde ein Betrag von T€ 497 bereitgestellt. Hiermit wurden u. a. folgende Geräte beschafft: Laparoskopieturm für die Klinik für Chirurgie; TLD-Reader für das Institut für

Radiologie sowie die Klinik für Strahlentherapie und Nuklearmedizin; Patientenüberwa-

chungsgeräte und Narkosewagen für die

5. Der Lagebericht

Klinik für Anästhesiologie; Blutgasanalysegerät für die Intensivstationen 11a/ 12a (MK I und II). Weiterhin konnten Geräte aus ca. 45 Einzelanträgen angeschafft werden.

Für medizinische Geräte und Apparate wurden den Kliniken und Instituten insgesamt T€ 351 zugewiesen. Hieraus wurden diverse Beschaffungen getätigt.

In der Apotheke wurde ein Kommissioniersystem etabliert.

Der Betrieb des Instituts für Radiologie wird mit Hilfe einer Interimslösung aufrechterhalten. In diesem Zusammenhang wurden röntgentechnische Systeme gemietet, Räume umgebaut und eingerichtet sowie Dokumentationssysteme beschafft.

Weiterhin wurden diverse Beschaffungsanträge aus FUL-/ Bonus-/ und Drittmitteln bearbeitet.

5.9.3 Lagerwirtschaft

Durch eine weitere Anbindung von Stationen an das Modulsystem konnte die Vorratshaltung dieser Bereiche optimiert werden.

Das Artikelspektrum im Zentrallager wurde in Art und Umfang den Gegebenheiten der Modulversorgung angepasst.

Innerhalb der Fusionsgespräche mit dem UKK wurde intensiv über gemeinsame Logistiksysteme nachgedacht und deren Realisierung geprüft.

5.9.4 Gerätewirtschaft

Der im Jahr 2001 vorbereitete First-Line-Service zum Aufbau einer hausinternen Wartung von Medizingeräten hat seine Arbeit aufgenommen. In diesem Zusammenhang wurde eine Hotline eingerichtet.

Für die Klinik für Chirurgie sowie die Medizinischen Kliniken I. und II. sind auf Grundlage der Reinvestitionsplanungen detaillierte Vorschläge erarbeitet worden.

5. Der Lagebericht

5.10 Erläuterungen zur Vermögens- und Finanzlage

Für die Analyse der Vermögens- und Finanzstruktur werden nachstehende Bilanzpositionen, soweit sachlich geboten, gegeneinander aufgerechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten nach dem KHG sowie gegenüber dem Träger wurden miteinander verrechnet. Im Eigenkapital enthaltene, noch nicht verwendete Mittel, wurden den zweckgebunden Mitteln zugeordnet.

Aktiva	31.12.2002		31.12.2001		Abweichung
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	305.739	86%	306.406	83%	-667
Vorräte	7.581	2%	7.907	2%	-326
Forderungen gegen den Träger	85	0%	2	0%	83
Kurzfristige Forderungen	32.269	9%	35.121	10%	-2.852
Flüssige Mittel	10.962	3%	18.627	5%	-7.665
Summe Aktiva	356.636	100%	368.063	100%	-11.427
Passiva					
Eigenkapital	16.371	5%	18.791	5%	-2.420
Sonderposten	298.387	84%	299.054	81%	-667
Summe langfristig verfügbare Mittel	314.758	88%	317.845	86%	-3.087
Zweckgebundene Mittel	562	0%	562	0%	0
Beauftragte Investitionen	4.279	1%	9.100	3%	-4.821
Kurzfristige Verbindlichkeiten	34.460	10%	37.082	10%	-2.622
Kurzfristige Verbindlichkeiten nach dem KHG	2.577	1%	3.474	1%	-897
Summe Passiva	356.636	100%	368.063	100%	-11.427

5. Der Lagebericht

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr.

Auf Seiten der Aktiva sank das Anlagevermögen um T€ 667 auf T€ 305.739 (Vorjahr T€ 306.406). Das Vorratsvermögen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 326. Im wesentlichen ist dieser Rückgang auf eine geringere Lagerhaltung zurückzuführen.

Die Forderungen gegenüber dem Träger erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 83.

Auf Seiten der Passiva verringerten sich die langfristig verfügbaren Mittel um T€ 3.087 unter anderem durch die Entnahme der Kapitalrücklage zur Finanzierung von Investitionen im Bereich der Neuroradiologie. Für diese Verwendung war die Kapitalrücklage zweckgebunden gebildet worden.

Die Sonderposten betreffen die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Trägers (T€ 292.391), die Förderung nach dem HBFG (T€ 3.881) sowie sonstige verwendete Fördermittel von Dritten (T€ 2.115).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 2.622 auf T€ 34.460 (Vorjahr T€ 37.082). Ursächlich für diese Verringerung ist vor allem die Auflösung der Rückstellungen für die BAT-Steigerungsrate nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Stabilisierung der Krankenhausausgaben.

5. Der Lagebericht

5.11 Erträge / Aufwendungen

Das Wirtschaftsjahr 2002 war durch vom Vorstand nicht zu vertretende äußere Rahmenbedingungen belastet.

So musste das Klinikum einerseits die zusätzlichen Kosten der anstehenden Fusion zum UK-SH erwirtschaften und andererseits den Sanierungsbeitrag zur VBL sowie die Tarifsteigerung der Personalkosten tragen. Gleichwohl konnte ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erwirtschaftet werden. Inten-

sive Vertragsverhandlungen konnten drohende Preissteigerungen bei den Material-, Energie- und Sachkosten abwenden. In einigen Bereichen wurden Preisreduzierungen durchgesetzt. Weiteres Einsparpotenzial wurde durch eine gestraffte Personalplanung realisiert.

	2002 T€	2001 T€	Veränderung in %
Betriebserträge	277.977	266.599	4,3
Personalaufwand	174.636	168.126	3,9
Materialaufwand	68.821	68.663	0,2
Sonstige Aufwendungen	35.335	31.319	12,8
Steuern / Zinsen (Saldo: Ertrag)	110	1.509	-92,7
Jahresfehlbetrag	705	0	

Geschäftsbericht



Stand: 11.09.2003

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	Seite 1 - 4
2. Das UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck im Überblick	Seite 5
3. Der Aufsichtsrat	Seite 6 - 9
4. Der Vorstand	Seite 10 - 11
5. Der Lagebericht	
Forschungsförderung und -schwerpunkte an der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck	Seite 12 - 14
Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein	Seite 15 - 18
Wirtschaftliche Situation	Seite 19 - 21
Leistungszahlen im Überblick	Seite 22
Personal- und Sozialbereich	Seite 23
Ausblick und Risiken	Seite 24 - 34
6. Jahresabschluss 2002	
Bilanz	Seite 36 - 37
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 39
7. Der Anhang	
Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	Seite 41
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	Seite 42 - 43
Erläuterungen zur Bilanz	Seite 44 - 49
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 50 - 54
Sonstige Angaben	Seite 55 - 57
8. Entwicklung des Anlagevermögens	Seite 58 - 59

1. Vorwort

Im Geschäftsjahr 2002 wurde mit einer enormen Intensität die Vorbereitung der Fusion zwischen den Universitätsklinika Kiel und Lübeck durch die Mitarbeiter vorangetrieben. Das überdurchschnittliche Engagement hat einen reibungslosen Übergang zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein zum 01.01.2003 und die Bewältigung der verschärften Rahmenbedingungen im laufenden Geschäftsjahr gewährleistet.

Trotz dieser extremen, fusionsbedingten Belastung, in die viele Mitarbeiter aus den Kliniken, Instituten und der Administration eingebunden waren, ist die Leistungsbewertung im Universitätsklinikum Lübeck (UKL) im Jahr 2002 äußerst positiv zu bewerten. Die stationäre Fallzahl konnte von 43.597 im Jahr 2001 auf 44.175 erhöht werden und erreicht damit ihren bisher höchsten Stand. In der Vorbereitung strukturierter Behandlungen, die spätestens bei Einführung der DRG's eine hohe Bedeutung haben werden, konnte die Verweildauer erneut von 8,78 auf 8,67 gesenkt werden und erreicht ebenfalls einen für das UKL bisher nicht dagewesenen Tiefstand. Auffällig ist die Fallzahlsteigerung besonders in den internistischen Kliniken, der Klinik für Herzchirurgie und der Klinik für Kinder - und Jugendmedizin.

Zu erwähnen ist weiterhin eine leichte Steigerung der Belegungs - und Berechnungstage von 382.912 im Jahr 2001 zu 382.967 im Jahr 2002. Dabei ist gegenüber den Planun-

gen eine Verschiebung aus dem Bereich der Abteilungs- und Basispflegesätze hin in den Bereich Fallpauschalen und Sonderentgelte festzustellen.

Im Bereich der ambulanten poliklinischen Fälle ist eine Fallzahlreduktion von 35.402 auf 33.700 aufgrund des verbesserten internen Controllings der Fallzahldeckelung seitens der Kassenärztlichen Vereinigung zu verzeichnen. Die Zahl der ambulanten Notfälle steigerte sich von 23.998 im Jahr 2001 auf 26.050 im Jahr 2002.

Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung ist das Budgetverfahren für das Jahr 2002 noch nicht abgeschlossen. Nachdem in den Verhandlungen mit den Krankenkassen keine Einigung erzielt werden konnte, ist die Fortführung des Verfahrens vor der gesetzlich vorgesehenen Schlichtungsstelle eingeleitet. In den Jahresabschluss eingeflossen sind u. a. Budgeterhöhungen durch die vom BMG vorgegebene Veränderungsrate und die Finanzierung von zusätzlichen Intensivbettenkapazitäten. Unberücksichtigt sind die Auswirkungen des DRG-Vergleiches der Krankenkassen auf Basis der Entscheidungen der Schiedsstelle auf Nichtanwendung in vergleichbaren Verfahren.

Der Vorstand hat bei den Wahlleistungszuschlägen der Unterkunft die Empfehlung des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen und der Deutschen Krankenhausgesell-

1. Vorwort

schaft im Jahre 2002 umgesetzt und die Preise erheblich reduzieren müssen. Es liegt noch keine zusätzliche Vereinbarung mit der PKV vor. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die angewendeten Sätze angemessen sind.

Das Universitätsklinikum agiert unter erheblichen wirtschaftlichen Restriktionen. Der medizinische Fortschritt und die damit verbundene Leistungsausweitung sowie der demographisch bedingte Leistungsanstieg fallen zusammen mit stagnierenden Budgets, nicht finanzierten Tarifierhöhungen, VBL-Erhöhungen sowie mit Zuschusskürzungen im Bereich Forschung und Lehre. Vom Vorstand wurde zur wirtschaftlichen Sicherung Anfang 2002 ein umfangreiches Steuerungs- und Maßnahmenpaket verabschiedet. Die Maßnahmen beinhalten eine moderate Absenkung des Vollkräftebestandes. Im Bereich des Materialaufwandes konnte insgesamt der Planansatz unterschritten werden. Erkennbar ist die Notwendigkeit der Intensivierung bei den Beschaffungskonzepten.

Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 705 konnte gegenüber dem Planansatz erheblich reduziert werden. Insgesamt wird ein ausgeglichenes Bilanzergebnis ausgewiesen; dies wie erwähnt, bei leicht erhöhter Nachfrage bei den stationären und ambulanten Behandlungen.

Erfreulich ist die Entwicklung des Investitionsvolumens. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage erreichte das Investitionsvolumen fast das Vorjahresniveau i. H. v. T€ 18.869. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten Investitionen in Höhe von T€ 17.494, insbesondere im Bereich der Liegenschaften, getätigt werden. Beispielhaft sei die Erweiterung der Intensivstation der Klinik für Chirurgie um 3 Betten genannt. Eine weitere zukünftig positive Entwicklung stellt der Spatenstich der Ministerpräsidentin, Frau Heide Simonis, am 22. November 2002 zum Neubau der Orthopädie/ Neurochirurgie mit einem Investitionsvolumen von ca. T€ 35.400 zuzüglich Ersteinrichtungskosten von etwa T€ 6.100 dar, ein weiterer Meilenstein für die Infrastruktur des universitären Standortes Lübeck. Der Vorstand des UKL bedankt sich ausdrücklich für die Unterstützung der Landesregierung im Rahmen dieses Prozesses.

Das gesamte Geschäftsjahr 2002 war begleitet von zahlreichen Aktivitäten zur Vorbereitung der Fusion der Schleswig-Holsteinischen Universitätsklinik zum 01. Januar 2003. Dieser Prozess wurde durch das Beratungsunternehmen Roland Berger Strategy Consultants unterstützt. Alle Aktivitäten waren im Rahmen einer Projektorganisation in Gruppen zur Bearbeitung der relevanten Themenbereiche eingebunden.

1. Vorwort

Aus dem Landeszuschuss für Forschung und Lehre verfügen die Medizinische Fakultät bzw. die Einrichtungen des Universitätsklinikums mit dem "Etat für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben" (Volumen ca. T€ 2.800), der durch das Dekanat verwaltet wird, über ein effektives Instrument zur Stärkung des Forschungsstandorts Lübeck. Neben der seit längerem praktizierten Forschungsförderung durch Anschubfinanzierung von erfolgversprechenden Vorhaben und der Unterstützung von Forschungsschwerpunkten spielten hier die Ko-Finanzierung und die konzeptionelle Einbindung großer DFG-Projekte in die Forschungsstrukturen des Standorts eine wichtige Rolle. Im Rahmen der internen Förderverfahren hat darüber hinaus im Jahr 2002 die Definition und gezielte Fortentwicklung wissenschaftlicher Schwerpunkte im Rahmen des Fusionsprozesses zusätzliches Gewicht erhalten.

In einem sehr intensiven Diskussionsprozess wurde dabei die Weichenstellung für eine noch stärkere Fokussierung der Förderung durch die Medizinische Fakultät in Lübeck auf fünf geförderte Forschungsschwerpunkte ab dem Jahr 2003 vorgenommen. Für die den Standort übergreifende Ebene des UK S-H erfordert dies im Einzelfall eine zusätzliche komplementäre Abstimmung der Forschungsschwerpunkte beider Standorte. Hier wurde bereits im Berichtszeitraum eine auch aus überregionaler Sicht bemerkenswerte

Profilentwicklung auf Basis von wissenschaftlichen Kenngrößen und Erfordernissen der Krankenversorgung geleistet, die im Jahr 2003 ihre Fortsetzung findet.

Die medizinische Weiterentwicklung und die zunehmende Spezialisierung fanden ihren organisatorischen Niederschlag in der Bildung neuer Kliniken und Institute sowie in den Abschlüssen von Kooperationsvereinbarungen. Es wurden die Medizinische Klinik III/Pulmologie, die Klinik für Unfallchirurgie und das Institut für Neuroendokrinologie gegründet. Durch die Bildung des Norddeutschen Thoraxverbundes zusammen mit dem Forschungszentrum Borstel und dem Krankenhaus Großhansdorf wurde die bestehende Zusammenarbeit vertieft und ausgeweitet.

Die Stärkung der medizinischen Wettbewerbsfähigkeit wird im Dienstleistungsbereich durch eine Serviceoffensive ergänzt. Durch bauliche Maßnahmen wird dies z. B. durch die Errichtung eines neuen Bistros auf der neu gestalteten Flaniermeile und der Cafeteria im Zentralklinikum sichtbar.

Positive Signale zur Weiterentwicklung des UKL konnten auch durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Universität Lübeck gesetzt werden. Beispielhaft sei, da essentiell für die zukünftige Wirtschaftlichkeit im Klinikum, die DRG-Kalkulation nach den G-DRG's mit dem Institut für Medizinische Informatik erwähnt.

1. Vorwort

Der Vorstand ist allen Beteiligten dankbar, dass es trotz der erwähnten Rahmenbedingungen und bei annähernd gleichbleibender Beschäftigung gelungen ist, weiterhin steigende Leistungen zu erbringen. Ganz besonders dankt der Vorstand allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das große Engagement und die weiterhin ungebrochene Leistungsbereitschaft.

Der Aufsichtsrat hat diese Entwicklung in allen Bereichen aktiv unterstützt. Der Vorstand bedankt sich außerordentlich für die konstruktive Zusammenarbeit und Unterstützung.

Der Vorstand

2. Das UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck im Überblick

	2002	2001	Abw. in %
Berechnungstage	382.967	382.912	0,01
Zahl der stationären Patienten (Fallzahl)	44.175	43.597	1,33
Verweildauer (Tage)	8,67	8,78	-1,25
Poliklinische Neuzugänge	33.700	35.402	-4,81
Sonstige ambulante Fälle	60.016	60.083	-0,11
Summe Erträge (T€)	278.516	268.185	3,85
Summe Aufwendungen (T€)	279.221	268.185	4,12

3. Der Aufsichtsrat

Das Klinikum an der Medizinischen Universität zu Lübeck ist seit dem 01.01.1999 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Medizinischen Universität zu Lübeck. Die Anstalt, mit Sitz in Lübeck, führt den Namen "UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck" (UKL).

Der Aufsichtsrat des UKL setzt sich aus 18 Mitgliedern zusammen. Zu seinen Aufgaben gehören die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes, die Bestellung und Berufung von Vorstandsmitgliedern, die Kontrolle der Umsetzung der Betriebsziele und der Zielerreichung, die Beauftragung der Jahresabschlussprüfung, die Feststellung des Jahres-

abschlusses, die Genehmigung des Lageberichtes sowie die Zustimmung zu wichtigen Unternehmensentscheidungen.

Der Aufsichtsrat kann einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen und kann Art und Umfang der Berichterstattung des Vorstandes festlegen.

Der Aufsichtsrat tritt mindestens in jedem Kalenderhalbjahr zu einer Sitzung zusammen, an der, soweit nicht anders beschlossen, auch die Mitglieder des Vorstandes teilnehmen.

3. Der Aufsichtsrat

3.1 Mitglieder des Aufsichtsrates bis 31.12.2002

Stimmberechtigte Mitglieder bis 31.12.2002

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Regierungsdirektor Klaus Dietrich Neuhausen

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein
(bis 25.02.2002)

Mdgt. Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein
(ab 26.02.2002)

Ministerialdirigent Bernd Schloer

Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Hans Arnold

Rektor der Universität zu Lübeck
(bis 31.05.2002)

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein

Rektor der Universität zu Lübeck
(ab 01.06.2002)

Edda Tichelmann

Vertreterin der Beschäftigten des
Universitätsklinikums Kiel

Barbara Scheel

Vertreterin der Beschäftigten des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Prof. Dr. Karl Heinz Rahn

Sachverständiger aus der medizinischen Wissen-
schaft
Med. Poliklinik der Westfälischen Wilhelms-
Universität / Innere Medizin D

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben
Peter Kölln KGaA

Beratende Mitglieder bis 31.12.2002

Prof. Dr. Walter Jonat

Universitätsklinikum Kiel
Direktor der Klinik für Gynäkologie und Geburts-
hilfe

Prof. Dr. Alfred Feller

UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck
Direktor des Institutes für Pathologie

Dr. Christiane Hinck-Kneip

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Kiel

Dr. Hauke Nielsen

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Kristin Bachmann

Vertreterin der Studierenden der
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Jens Ebnet

Vertreter der Studierenden der
Universität zu Lübeck

Gudrun Primosigh

Gleichstellungsbeauftragte des
Universitätsklinikums Kiel
(ab 21.01.2002)

Dr. Sabine Voigt

Frauenbeauftragte der Universität zu Lübeck

Wilhelm Kuhn

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr – Bezirksverwaltung Lübeck

3. Der Aufsichtsrat

3.2 Mitglieder des Aufsichtsrates der Nachfolgeorganisation Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ab 01.01.2003

Staatssekretär Dr. Hellmut Körner

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Staatssekretär Uwe Döring

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein

Staatssekretär Horst-Dieter Fischer

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-
Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein

Rektor der Universität zu Lübeck

Dr. Hauke J. Nielsen (bis 05.06.2003)

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Dr. Christiane Hinck-Kneip (ab 06.06.2003)

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Edda Tichelmann

Vertreterin des nichtwissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Eva-B. Bröcker

Direktorin der Klinik und Poliklinik für Hautkrank-
heiten der Universität Würzburg
Sachverständige aus der medizinischen Wissen-
schaft

Uwe Petersen

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben

3. Der Aufsichtsrat

3.3 Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat wurde im Berichtsjahr laufend über die geschäftliche Entwicklung und die Lage des Klinikums unterrichtet. Er hat die Geschäftsführung des Vorstandes nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften überwacht sowie über die ihm vorgelegten zustimmungsbedürftigen Vorgänge entschieden.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision AG, Hamburg, hat die Buchführung und den Jahresabschluss des Klinikums für das Geschäftsjahr 2002 unter Einbeziehung des Lageberichtes geprüft. Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Prüfungsgesellschaft hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Abschlussprüfers über das Ergebnis seiner Prüfung erörtert und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat auch den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Jahresbericht beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der testierte, vom Vorstand aufgestellte, Jahresabschluss und der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck für die im Geschäftsjahr 2002 geleistete Arbeit.

Der Aufsichtsrat

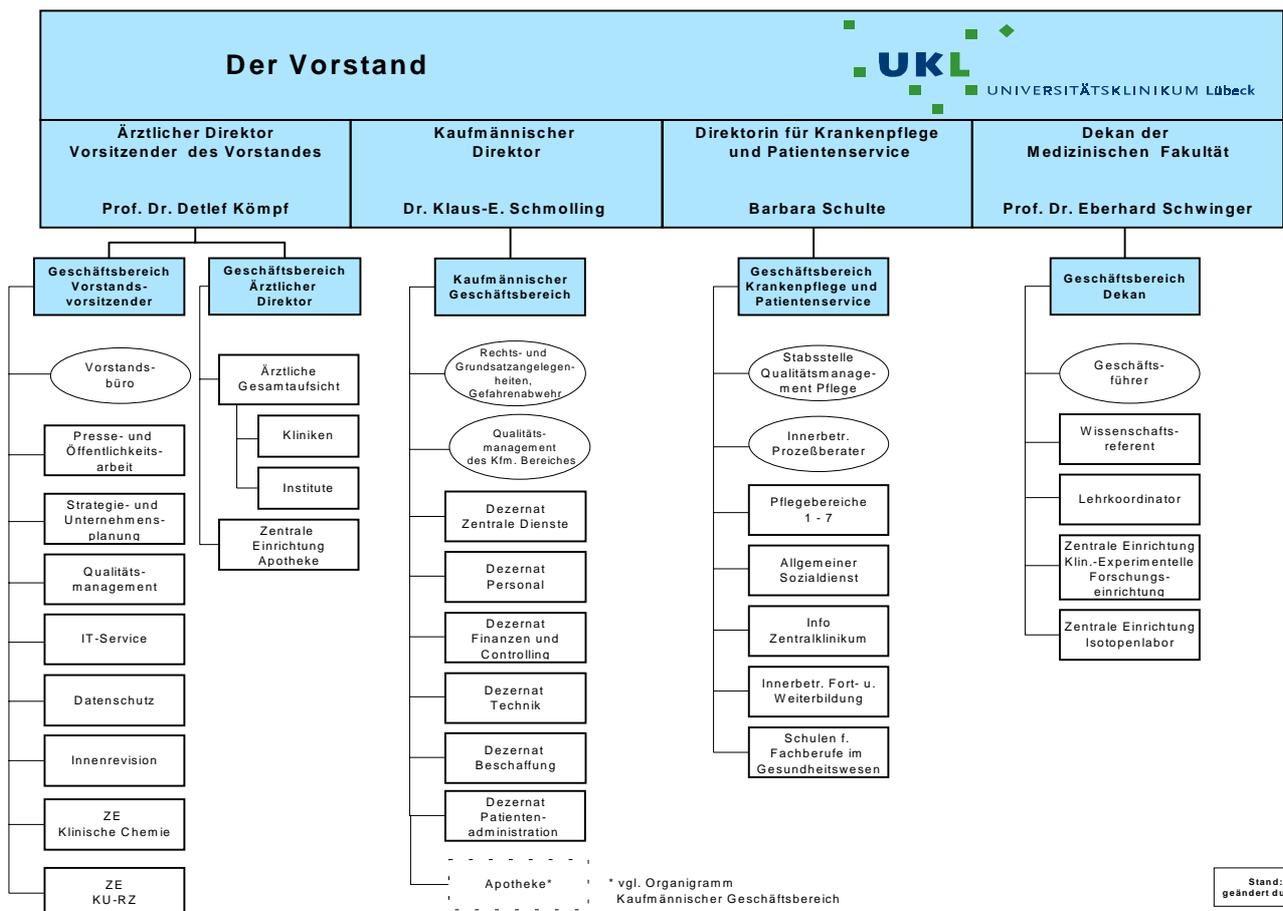
4. Der Vorstand

Der Vorstand des UKL besteht aus vier Mitgliedern. Ihm obliegt die Leitung des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck (UKL). Der Ärztliche Direktor und der Kaufmännische Direktor vertreten das UKL gemeinschaftlich in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten.

Aufgabe des Vorstandes ist es ferner, die allgemeinen Rechtsvorschriften und die Bestimmungen der Satzung zu beachten und deren Einhaltung zu überwachen.

Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über wichtige Angelegenheiten des UKLs.

In Angelegenheiten, die die betrieblichen Ziele wesentlich beeinflussen, entscheidet der Vorstand gemeinsam.



4. Der Vorstand

Mitglieder des Vorstandes



Prof. Dr. Detlef Kömpf
Ärztlicher Direktor
Vorsitzender des Vorstandes

Geschäftsbereich Vorstandsvorsitzender
und Ärztlicher Direktor



Dipl.-Kaufm. Helmut Schüttig
Kaufmännischer Direktor (*bis 30.04.2002*)

Kaufmännischer Geschäftsbereich



Dr. Klaus Schmolling
Kaufmännischer Direktor (*seit 01.06.2002*)

Kaufmännischer Geschäftsbereich



Barbara Schulte
Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice

Geschäftsbereich Krankenpflege und Patientenservice



Prof. Dr. Dieter Jocham
Dekan der Medizinischen Fakultät (*bis 02.07.2002*)

Geschäftsbereich Dekan



Prof. Dr. Eberhard Schwinger
Dekan der Medizinischen Fakultät (*seit 03.07.2002*)

Geschäftsbereich Dekan

5. Der Lagebericht

5.1 Forschungsförderung und -schwerpunkte an der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck

Die projektorientierte Forschungsförderung der Medizinischen Fakultät durch Mittel aus dem Etat für "besondere Forschungs- und Lehrvorhaben" (Landeszuschuss für Forschung und Lehre) dient insbesondere der Weiterentwicklung eines spezifischen Forschungsprofils durch die gezielte Förderung von Schwerpunkten sowie der Anschubfinanzierung weiterer erfolgversprechender Vorhaben. Dabei ist ein Konzentrationsprozess der Mittel auf eine kleine Zahl von Schwerpunkten vorgesehen.

Insgesamt standen dem Dekanat hierfür und für die weiteren Aufgaben der Fakultät mit ca. T€ 2.800 aus dem Etat für "besondere Forschungs- und Lehrvorhaben" gegenüber T€ 3.000 im Jahr 2001 nur verringerte Mittel zur Verfügung.

Im Rahmen des Fusionsprozesses der Universitätsklinik Kiel und Lübeck kam im Berichtszeitraum der Profilentwicklung durch abgestimmte Schwerpunktsetzung für ein gemeinsames Universitätsklinikum Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung zu. Hierfür wurden standortübergreifende Strukturpapiere erarbeitet.

An den beiden Standorten wurden 2002 auf Basis der in den Vorjahren in Lübeck für die "Leistungsbezogene Mittelverteilung" entwi-

ckelten Methodik wissenschaftliche Leistungsparameter erfasst. Die Bereiche Publikationen, Drittmittel und Nachwuchsförderung wurden in Abstimmung mit der Kieler Fakultät retrospektiv für den Zeitraum 1999-2001 erfasst und in einem transparenten Verfahren detailliert bewertet. Die Ergebnisse stellen auch eine Grundlage für die Abstimmung von Forschungsschwerpunkten unter dem gemeinsamen Dach des UK S-H dar. Im weiteren Verlauf kann damit nach Koppelung mit den Ergebnissen entsprechender Analysen aus dem Bereich der Krankenversorgung eine umfassende Strukturentwicklung nach den Erfordernissen von Universität und Klinik unterstützt werden.

Im Berichtszeitraum 2002 wurde das Forschungsförderungsprogramm der Medizinischen Fakultät um ein neues Element, die Vergabe von zunächst vier Promotionsstipendien "Experimentelle Medizin" erweitert. Diese werden mit insgesamt ca. T€ 28 pro Jahr gefördert. Auch hier erfolgen Ausschreibung und Entscheidungsfindung in Verantwortung der Forschungskommission der Fakultät unter der Leitung des Dekans auf Basis eines eingehenden Begutachtungsprozesses.

Aus dem Bereich der Junior- und Normalanträge wurden im Berichtszeitraum insgesamt Mittel in Höhe von ca. T€ 80 für 27 Projekte (gegenüber 24 Projekten im Vorjahr) bewilligt.

5. Der Lagebericht

Das durchschnittliche Fördervolumen beträgt damit ca. T€ 30 für ein Jahr. Dem stehen beantragte Mittel in Höhe von ca. T€ 2.000 aus 47 Anträgen gegenüber.

Bereits im vorangegangenen Begutachtungsverfahren waren für den Berichtszeitraum 2002, analog zu 2001, fünf Forschungsschwerpunkte mit einem Gesamtvolumen von T€ 1.125 bewilligt worden. Dies sind:

- **Körpereigene Infektabwehr**
Förderung mit ca. T€ 230
(Sprecher: Prof. Solbach)
- **Cerebrale und neuroendokrine Kontrolle von Wahrnehmung und Bewegung**
Förderung mit ca. T€ 179
(Sprecher: Prof. Kömpf)
- **Endokrine Transmission**
Förderung mit ca. T€ 281
(Sprecher: Prof. Fehm)
- **Entwicklung onkologischer Therapieansätze**
Förderung mit ca. T€ 358
(Sprecher: Prof. Feller)
- **Kardiovaskuläre Erkrankungen**
Förderung mit ca. T€ 77
(Sprecher: Prof. Katus)

Die Entscheidungsfindung durch die Forschungskommission erfolgt hier auf Grundlage der Begutachtung schriftlicher Anträge und einer fakultätsöffentlichen Präsentationsveranstaltung.

Um dem Ziel, einer weiteren Fokussierung der Mittel gerecht zu werden, hat die Fakultät im Rahmen ihres Förderverfahrens 2002 für das Jahr 2003 eine Konzentration auf nur

noch vier geförderte Forschungsschwerpunkte beschlossen.

Dies werden die Schwerpunkte **(I) Infektabwehr** (Förderung mit T€ 360 in 2003, Sprecher: Prof. Solbach), **(II) Gehirn, Hormone und Verhalten** (Förderung mit T€ 430 in 2003, Sprecher: Prof. Hohagen), **(III) Onkologie** (Förderung mit T€ 300 in 2003, Sprecher: Prof. Feller) und **(IV) Reproduktionsmedizin** (Förderung mit T€ 150 in 2003; Sprecher: Prof. Diedrich) sein. Dabei stellt der Schwerpunkt Reproduktionsmedizin einen neuen Bereich dar, der sich weiter entwickeln wird.

Eine längerfristige finanzielle Festlegung erscheint zur Zeit schwierig, wenngleich die Forschungsschwerpunkte mittel- bis langfristig angelegt und auch mit der Kieler Fakultät abgestimmt sind.

Keine mit den Forschungsschwerpunkten vergleichbare direkte finanzielle Schwerpunktförderung durch die Fakultät erfahren zur Zeit die beiden extern geförderten und ebenfalls besonders herausgehobenen "Forschungsverbände" Medizintechnik und Reha-Forschung.

Mit der Verlängerung des DFG-Sonderforschungsbereichs 367 "Molekulare Mechanismen entzündlicher und degenerativer Prozesse" um weitere 3 Jahre und das neu eingerichtete BMBF-Netzwerk zum Thema

5. Der Lagebericht

"Disorders of somatosexual differentiation and intersexuality..." konnten 2002 mehrere hochkarätige externe Drittmittelprojekte auch auf Basis der Forschungsförderung der Medizinischen Fakultät eingeworben werden.

Die von dritter Seite zugegangenen Mittel sind zur Finanzierung von Einzelmaßnahmen verwendet worden, die sich möglichst an den obigen Schwerpunkten orientieren.

Die Summe der in 2002 eingeworbenen Drittmittel betrug insgesamt T€ 9.378.

Über den Mittelursprung informiert nachfolgende Tabelle:

Mittelherkunft	€
Bund	2.273.402,50
DFG	1.713.657,68
EU	84.691,31
Industrie	2.116.024,52
Land	542.997,15
SFB	1.360.907,01
Spenden	11.711,91
Stiftung	635.161,56
Verbände	639.629,94
	9.378.183,58

5. Der Lagebericht

5.2 Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein im Vergleich

Mit dem im Mai 2001 veröffentlichten Krankenhausplan für Schleswig-Holstein ist ein Kompromiss zwischen den an der Krankenhausplanung Beteiligten und der Landesregierung gefunden worden. Auch im Hinblick auf die Einführung pauschalierter Entgelte für alle Leistungen der stationären Krankenversorgung hat sich die Planungsbehörde auf eine Festlegung von Planbetten für das Gesamthaus beschränkt. Für die einzelnen Fachabteilungen sind den Verhandlungspartnern Fallzahlen vorgegeben.

Die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes sind aus 2000 und beinhalten noch die Kennzahl „Bettenauslastung“. Für die kommenden Jahre wird aufgrund der Einführung pauschalierter Entgelte diese Kennzahl an Bedeutung verlieren. Es wird dem einzelnen Krankenhaus überlassen bleiben, mit wieviel aufgestellten Betten die notwendige Leistung in der Krankenversorgung erbracht wird.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick zu Krankenhauskosten, Anzahl der Patienten (Fälle) und Kosten je Patient je Bundesland.

Krankenhauskosten je Patient 2000

	Krankenhauskosten Mio.€	Patienten TSD	Kosten je Patient / €
Schleswig-Holstein	1.576	520	3.031
Hamburg	1.460	374	3.905
Meckl.Vorpommern	1.016	388	2.618
Niedersachsen	4.585	1.479	3.086
Bremen	675	185	3.655
Brandenburg	1.300	483	2.694
Hessen	3.759	1.153	3.260
Thüringen	1.415	517	2.732
Berlin	2.910	665	4.374
Nordrhein Westfalen	11.797	3.839	3.072
Sachsen-Anhalt	1.636	571	2.867
Rheinland-Pfalz	2.382	812	2.934
Saarland	840	258	3.261
Sachsen	2.465	877	2.810
Baden-Württemberg	6.061	1.863	3.254
Bayern	7.738	2.502	3.092

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Krankenhauskosten je Patient sind danach besonders hoch in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Auch in den Flächenländern Baden-Württemberg, Hessen und Saarland liegen diese Kosten wesentlich höher als in Schleswig-Holstein. Die Werte der neuen Bundesländer sind vergleichsweise gering, da die Personaltarife noch bei rund 85% gegenüber den alten Bundesländern liegen.

In dieser Vergleichstabelle liegt Schleswig-Holstein bei den alten Bundesländern auf dem zweitgünstigsten Platz nach Rheinland-Pfalz.

5. Der Lagebericht

Bei der Betrachtung der Krankenhauskosten je Einwohner schneidet Schleswig-Holstein zusammen mit Sachsen als das zweitgünstigste Bundesland nach Brandenburg (!) ab. Hier sind ebenfalls die Stadtstaaten und zusätzlich das Saarland und Nordrhein Westfalen die kostenintensivsten Bundesländer.

Krankenhauskosten je Einwohner im Jahr 2000

	Krankenhauskosten Mio.€	Einwohner TSD	Kosten je Einw./€
Schleswig-Holstein	1.576	2.804	562
Hamburg	1.460	1.726	846
Meckl.Vorpommern	1.016	1.760	577
Niedersachsen	4.585	7.956	576
Bremen	675	660	1.023
Brandenburg	1.300	2.593	501
Hessen	3.759	6.078	618
Thüringen	1.415	2.411	587
Berlin	2.910	3.388	859
Nordrhein Westfalen	11.797	18.052	654
Sachsen-Anhalt	1.636	2.581	634
Rheinland-Pfalz	2.382	4.049	588
Saarland	840	1.066	788
Sachsen	2.465	4.384	562
Baden-Württemberg	6.061	10.601	572
Bayern	7.738	12.330	628

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Die Situation für Schleswig-Holstein stellt sich bei der Auslastung der Krankenhausbetten positiv dar.

Mit 84,0 % hat Schleswig-Holstein bundesweit mit die zweithöchste Belegung. Bremen und die Länder Rheinland-Pfalz und Hessen weisen die geringste Belegung aus.

Auslastung der Krankenhausbetten und durchschnittliche Verweildauer im Jahr 2000

	Bettenauslastung in %	Verweildauer in Tagen
Schleswig-Holstein	84,0	9,9
Hamburg	83,6	10,8
Meckl.Vorpommern	82,3	8,6
Niedersachsen	82,9	9,9
Bremen	79,4	9,9
Brandenburg	82,5	10,2
Hessen	78,2	9,9
Thüringen	81,1	10,1
Berlin	83,1	10,6
Nordrhein Westfalen	80,5	10,4
Sachsen-Anhalt	82,2	9,6
Rheinland-Pfalz	78,2	9,6
Saarland	81,5	9,3
Sachsen	84,9	10,5
Baden-Württemberg	80,8	10,2
Bayern	83,0	10,1

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Bei der Verweildauer liegt Schleswig-Holstein mit 9,9 Tagen im unteren Drittel, die kürzeste Verweildauer gibt es in Meckl. Vorpommern.

5. Der Lagebericht

Die Betrachtung der Bettendichte offenbart, dass Schleswig-Holstein im Bundesvergleich den geringsten Wert ausweist. Die Länder Bremen, Hamburg und Nordrhein Westfalen verfügen über die höchste Bettendichte.

Krankenhausbetten je Einwohner (Bettendichte) im Jahr 2000

	Kranken- häuser	Betten	Betten je Einwohner (in 10.000)
Schleswig-Holstein	107	16.752	60,0
Hamburg	35	13.140	76,6
Meckl.Vorpommern	35	11.120	62,6
Niedersachsen	213	48.175	60,8
Bremen	16	6.275	95,0
Brandenburg	54	16.288	62,6
Hessen	175	39.915	65,8
Thüringen	53	17.593	72,4
Berlin	76	23.287	68,9
Nordrhein Westfalen	462	135.956	75,5
Sachsen-Anhalt	56	18.279	69,9
Rheinland-Pfalz	118	27.236	67,5
Saarland	27	8.050	75,3
Sachsen	92	29.608	66,9
Baden-Württemberg	317	64.493	61,3
Bayern	406	83.484	68,3

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

In der Schlussfolgerung aus dieser differenzierten Betrachtung des statistischen Materials um Krankenhauskosten, Bettendichte, Auslastung und Verweildauer wird klar, dass im Bundesvergleich, wie auch im Vergleich der alten Bundesländer, eine sehr inhomogene Situation vorliegt. Damit besteht auch ein unterschiedlicher Handlungsbedarf, soweit die Diskussion um Lohnnebenkosten und Beitragssatzstabilität bei den Krankenkassen weiterhin dominant bleibt.

Aus unter anderem den oben genannten Gründen ist für die Bundesrepublik Deutschland die Einführung eines pauschalierten Er lössystems für die stationäre Krankenversorgung in Anlehnung an das Australische AR-DRG System entschieden worden.

DRGs ist die Abkürzung für Diagnosis Related Groups und steht für Gruppen ähnlicher bzw. verwandter Diagnosen. Diese Diagnosegruppen sollen sowohl medizinisch als auch ökonomisch homogene Behandlungsfälle zusammenfassen. Aufgrund der Hauptdiagnose und einiger weiterer Gewichtungen werden die Patienten einer dieser Fallgruppen zugeordnet. Dabei findet auch die Behandlung erschwerender Risiken wie z.B. Nebendiagnosen, das Alter etc. Beachtung.

Weiterhin konnte das bereits im Jahre 2000 vom Vorstand initiierte Projekt zur Schaffung der notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen zur Einführung der DRG`s mit Teilnahme an Benchmarkprojekten und entsprechenden Schulungen der Ärzte erfolgreich fortgesetzt werden. Erst die Ergebnisse dieses Projektes ermöglichten dem Vorstand die Abgabe der Optionserklärung für das DRG-Abrechnungssystem im Jahr 2003.

5. Der Lagebericht

Am DRG-Benchmark-Projekt sind, wie in den vergangenen Jahren, ca. 20 Universitätsklinika gemeinsam mit der Firma 3M beteiligt. Die Erfolge dieses Projektes lassen sich an den Ergebnissen der internen Arbeit ablesen. Im Jahr 2002 wurden die Vorjahresdaten ausgewertet. Mit 3,66 Diagnosen/Fall ohne Wiederholung liegt das UKL über dem universitären Mittelwert von 3,55 Diagnosen/Fall und hat sich gegenüber dem Vorjahreswert von 2,39 Diagnosen/Fall erheblich gesteigert. Mit einem Prozedurenanteil von 66,35 % liegt das Universitätsklinikum Lübeck noch leicht unter dem Durchschnittswert von 69,19 %, konnte aber den geringen Anteil bei den Prozeduren vom Vorjahr widerlegen. Bei der Ermittlung des Case-Mix-Indexes bewegt sich das Universitätsklinikum Lübeck im Mittelfeld der teilnehmenden Klinika.

Ein System wie die DRGs, das sich statistisch bzw. am Durchschnitt orientiert, ist für Krankenhäuser optimal, die den Mittelwert repräsentieren oder unter dem Durchschnitt liegen.

Die Universitätsklinikum betrachten die Entwicklung jedoch mit größter Sorge, da die unterschiedliche Behandlung in einem Krankenhaus der Grund- bzw. Regelversorgung und einer Klinik der Zentral- bzw. Maximalversorgung nicht ohne weiteres in der vorgesehenen Form über Diagnose und Prozedur differenziert genug abgerechnet werden kann.

5. Der Lagebericht

5.3 Wirtschaftliche Situation

Im Geschäftsjahr 2002 wurde die wirtschaftliche Situation des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck durch sehr belastende Umfeldfaktoren beeinflusst. Dennoch ist es gelungen, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Die im folgenden noch darzustellenden belastenden Rahmenfaktoren der Folgejahre führten zu dem Beschluss der Landesregierung, die beiden Universitätsklinika Schleswig-Holsteins unter einem Dach zusammen zu führen. Die am 01.01.2003 in Kraft getretene Fusion soll den auch in Zukunft immer schwieriger werdenden Bedingungen im Gesundheitsmarkt Rechnung tragen. Der Fusionsprozess wurde im Berichtsjahr von der Unternehmensberatungsfirma Roland Berger beratend begleitet. In diesem Zusammenhang wurde vom Vorstand in Zusammenarbeit mit Roland Berger ein umfassendes, in mehrere Teilprojekte untergliedertes, Projekt initiiert. Die fusionsvorbereitende Arbeit der Teilprojekte ist inzwischen größtenteils abgeschlossen worden.

Im folgenden werden die zusätzlichen wirtschaftlichen Belastungen des Jahres 2002 kurz erläutert.

Der Zuschuss für Forschung und Lehre wird seit 1997 gesenkt. Mit einer Zuschussskürzung von T€ 1.830 im Vergleich zum Vorjahr bildete auch das Berichtsjahr keine Ausnahme in dieser Entwicklung.

Das Budgetverfahren für die stationären Krankenhausleistungen des Jahres 2002 ist

noch nicht abgeschlossen. Der im Juni 2003 gefällte Schiedstellenspruch wird auf seine Anfechtbarkeit geprüft. Dieser sieht die Budgetabsenkung aufgrund der Übernahme der Organbeschaffungskosten durch die Kostenträger vor. Der Abzug wurde von der Beitragsstabilitätsgrenze vorgenommen, obwohl eine wesentlich höhere Forderungs-LKA vorlag. In diesem Punkt hat das Universitätsklinikum eine abweichende Rechtsauffassung.

Der Schiedstellenspruch beinhaltet desweiteren die Ablehnung des von den Krankenkassen vorgelegten Krankenhausvergleiches auf Basis von DRG-Berechnungen und die Anerkennung der Veränderungsrate von 1,84%. Geeinigt mit den Kostenträgern ist die Finanzierung eines zusätzlichen Intensivbettes.

Auf dieser Grundlage, inkl. der Berücksichtigung der Budgetabsenkung durch die Organbeschaffungskosten, ist der Jahresabschluss erstellt worden.

Die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen steigerten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um T€ 2.080. Da sich die Vereinbarung mit den Kostenträgern allerdings nach wie vor nicht an den tatsächlich anfallenden Kosten orientiert, war es nicht möglich, die Steigerung bei den Sach- und Personalkosten im Berichtsjahr zu kompensieren.

Das Vorjahresergebnis bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen konnte im Jahr 2002 um T€ 2.950 deutlich gesteigert werden.

5. Der Lagebericht

Die erwartete Erlösminderung aufgrund der Umwandlung der Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen ist erfreulicherweise nicht im ursprünglich angenommenen Umfang eingetreten. Für einen Vergleich der Erlösentwicklung muss das Jahr 2000, in dem letztmalig die ehemalige Abrechnungsweise galt, herangezogen werden. Demgegenüber haben sich die Erlöse aufgrund der genannten Umstellung um ca. 14% reduziert. Durch die in 2001 erfolgten Widersprüche seitens der Krankenkassen waren einmalig erhebliche Erlöseinbußen gegenüber 2000 zu verzeichnen (ca. 42%). Für 2002 hat sich die Situation somit weitestgehend normalisiert. Eine weitere Komponente für die Erhöhung der ambulanten Erlöse bildet der Bereich der Erlöse aus der Medikamentenabgabe. Diese konnten durch verbesserte Konditionen, die mit den Krankenkassen rückwirkend ab dem 01.01.2002 ausgehandelt wurden, deutlich gesteigert werden.

Die Erlöse aus Wahlleistungen für Unterkunft sind dagegen im Vergleich zum Vorjahr gesunken, was auf die seit 01.08.2002 geltende reduzierte Abrechnung von Wahlleistungszuschlägen für Ein- und Zweibettzimmer zurückzuführen ist.

Die Leistungen in der stationären Krankenversorgung konnten auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Dies belegt die nachfolgende Tabelle:

	2002	2001
Fallzahlen	44.175	43.597
Belegungs- und Berechnungstage	382.967	382.912
Budget ohne Ausgleich	166.396	163.533

Der Vergleich mit dem Vorjahr ergibt, dass bei deutlich angestiegener Fallzahl die Berechnungs- und Belegungsstage relativ konstant blieben und sich das Budget um die gesetzliche Veränderungsrate von 1,84% erhöht hat.

Im Bereich der Aufwendungen sind erhebliche Mehrbelastungen aufgetreten. So ist der Anstieg der Personalkosten hauptsächlich auf die tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerung, die Erhöhung des Arbeitgeberanteils an der Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL) sowie auf die fusionsbedingte Mehrarbeit des vorhandenen Personals zurückzuführen. Auch die Zuführung zur Rückstellung für den Versorgungsausgleich wissenschaftlicher Beamter führte zu einer zusätzlichen Steigerung der Personalaufwendungen.

Anzumerken ist ferner, dass Zusatzkosten für die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) sowie für Beratungsleistungen der Firma Roland Berger das Ergebnis des Berichtsjahres stark beeinflusst haben.

5. Der Lagebericht

Die Gesamterträge erreichten im Jahr 2002 T€ 278.516 (Vorjahr T€ 268.185). Die Aufwendungen betragen T€ 279.221 T€ (Vorjahr T€ 268.185). Das Jahr konnte trotz der erheblichen Belastungen mit einem im Vergleich zum Wirtschaftsplan deutlich geringe-

ren Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 705 (Vorjahr T€ 0) abgeschlossen werden. Dieser wurde durch die Auflösung der Verlustrücklage innerhalb der Kapitalrücklagen ausgeglichen.

5. Der Lagebericht

5.4 Leistungszahlen im Überblick

Kliniken	Fallzahl		Verweil- dauer		Berechnungs- u. Belegungstage	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Anästhesiologie	1.853,0	1.849,0	2,56	2,53	4.752	4.674
Augenheilkunde	2.654,5	2.646,5	4,86	4,85	12.912	12.843
Chirurgie	6.394,5	6.428,5	9,40	9,50	60.098	61.087
Dermatologie und Venerologie	1.047,5	1.063,5	9,62	9,03	10.075	9.608
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	4.729,0	4.814,0	6,10	5,97	28.850	28.737
HNO-Heilkunde	3.134,0	3.126,5	5,53	5,28	17.336	16.514
Herzchirurgie	1.226,0	1.076,5	4,81	5,13	5.892	5.527
Kinderchirurgie	2.039,5	2.108,0	5,05	5,44	10.307	11.464
Kieferchirurgie	1.086,5	1.075,0	5,69	5,10	6.183	5.483
Medizinische Klinik I	5.439,0	5.034,5	8,35	9,22	45.412	46.409
Medizinische Klinik II	6.422,5	6.221,5	8,11	8,26	52.087	51.408
Neurochirurgie	1.531,0	1.464,5	10,74	11,38	16.447	16.668
Neurologie	2.318,5	2.283,0	8,56	8,70	19.849	19.855
Strahlenth. u. Nuklearmed.	784,0	760,5	7,68	7,78	6.023	5.914
Orthopädie	999,5	969,0	9,09	9,30	9.086	9.008
Kinder- u. Jugendmedizin	3.720,0	3.615,0	7,04	7,17	26.187	25.916
Psychiatrie und Psychotherapie	1.100,5	1.197,0	30,66	27,70	33.739	33.162
Urologie	2.538,0	2.662,0	6,37	6,39	16.178	17.010
Zentrale Notaufnahme	10.552,0	10.350,0	0,15	0,16	1.554	1.625
Klinikum Gesamtsumme	59.569,5	58.744,5	8,67	8,78	382.967	382.912
davon ohne interne Verlegungen	44.174,5	43.597,0				

5. Der Lagebericht

5.5 Personal- und Sozialbereich

Vom Dezernat Personal werden rund 5.100 Beschäftigte betreut. Davon sind 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Angehörige der Universität zu Lübeck und etwa 700 der DRK-Schwesternschaft Lübeck e. V. zugehörig.

Die Abrechnung der Gehälter für das nicht-wissenschaftliche Personal (außer DRK) erfolgt in eigener Zuständigkeit, während die Gehälter des wissenschaftlichen Personals durch das Landesbesoldungsamt Schleswig-Holstein in Kiel abgerechnet werden.

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation wurde die Zahl der Ausbildungsplätze konstant gehalten (242 in der Krankenpflege und 9 Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich). Die im November 2001 auf Vorschlag der Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice erstmals gestartete 3jährige Ausbildung zur Operations-Technischen Assistentin (OTA) mit 12 Teilnehmer/innen läuft erfolgreich.

11 Ärzte des Klinikums absolvierten im September 2002 erstmals einen internen Strahlenschutzkurs unter fachlicher Leitung des Instituts für Radiologie, an dem auch Externe teilnehmen. Sie erwarben damit den Fachkundenachweis „Strahlenschutz“ nach § 23 der Röntgenverordnung.

Die Mitarbeiter/innen des Dezernates Personal wurden in 2002 zum Thema „Sucht“ fortgebildet. Es handelte sich um eine Schulung, die auf der im Juni 2000 mit dem Personalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarung zur Suchtprävention aufbaut.

Auf dem EDV-Sektor wurde die Organisationsstruktur und Stellenwirtschaft in 2002 von SAP-HR in den Routinebetrieb übernommen. Ebenso wird die Abrechnung der Reisekosten nach Abschluss der Testphase nunmehr über ein besonderes EDV-Programm abgewickelt.

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Fusion der Universitätsklinik Lübeck und Kiel waren permanent bis zu zehn Mitarbeiter des Dezernats in die Projektgruppenarbeit unter Moderation der Unternehmensberatung Roland Berger eingebunden.

5. Der Lagebericht

5.6 Ausblick und Risiken

Aus der Fusion der Universitätskliniken Lübeck und Kiel zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein zum 01.01.2003 sind positive Effekte aufgrund von Synergie und Schwerpunktbildung zu erwarten.

Da auch nach der Fusion weiterhin eine Beurteilung der wirtschaftlichen Situation für jeden Standort erforderlich ist, werden zunächst die zukünftig zu erwartenden Risiken speziell für den Campus Lübeck erläutert.

Im Bereich des Zuschusses für Forschung und Lehre wird sich die negative Entwicklung fortsetzen. So wird für 2003 eine Zuschuss-senkung von ca. T€ 1.902 gegenüber 2002 vom Klinikum zu tragen sein.

Für die Erträge aus stationären Krankenhausleistungen ergibt sich durch die Einführung der DRG's ein weiteres Risiko. Für Krankenhäuser, die die erst ab 01.01.2004 verpflichtende Teilnahme am DRG-Abrechnungssystem angestrebt haben, gilt, dass das Budget für das Jahr 2003 eingefroren wird, so dass sich das Budget nicht einmal um die Veränderungsrate zur Teilkompensation der Personalkostensteigerungen erhöht. Deshalb hat das UKL nachträglich spätoptiert. Es wird voraussichtlich rückwirkend ab 01.01.2003 zunächst budgetneutral auf eine Abrechnung nach DRG umstellen.

Im ambulanten Erlösbereich stehen neue Verhandlungen mit den Krankenkassen an, weshalb sich ein Erlösrisiko aufgrund eines möglichen negativen Verhandlungsergebnisses nicht ausschliessen läßt.

Weitere zusätzliche Belastungsfaktoren für das UKL ergeben sich aus einer tariflichen Unterfinanzierung im Bereich Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, was zwangsläufig aus der Senkung der Zuschüsse und einer Tariferhöhung in 2003 resultiert. Auch eine weitere Erhöhung der VBL-Umlage wird sich im Jahr 2003 erheblich negativ auf das Ergebnis auswirken. Ebenso sind kurzfristige Personalkostenmehrbelastungen aus der Fusion zu erwarten.

Bei den Sachkosten, insbesondere beim Medizinischen Bedarf, sind inflationäre Kostensteigerungen wahrscheinlich.

Insgesamt ist ein Einsparbedarf für das Jahr 2003 in Höhe von ca. T€ 9.000 für den Campus Lübeck ermittelt worden. Der daraus resultierende Handlungsbedarf führte zur Entwicklung eines umfangreichen Massnahmenpaketes vom Vorstand.

Diese angestrebten Einsparmassnahmen für den Campus Lübeck lassen sich grundsätzlich wie folgt unterteilen:

- Generelle Einsparziele für Klinikum, Institute und Dezernate

5. Der Lagebericht

- Effizienzprojekte in der Krankenversorgung und Forschung/Lehre
- Fusionseffekte und Effizienzprojekte in der Administration

Bei den generellen Einsparmaßnahmen wird angestrebt, die Tarifierhöhung durch eine Erhöhung der Effizienz in sämtlichen Bereichen aufzufangen. Dieses erfolgt über eine Budgetierung der Personalkosten über alle Ergebniscenter im Umfang von ca. 67% des Einsparvolumens. Die verbleibenden 33% werden leistungsorientiert unter Rückgriff auf das Wissenschaftsranking den Kliniken/Instituten belastet.

Die Effizienzprojekte in der Krankenversorgung beinhalten beispielsweise nachstehend definierte Projekte:

- Zusammenführung der Kliniken für Kinderchirurgie, Kinder- und Jugendmedizin sowie Kinderpsychiatrie
- Qualitätsorientierter Wareneinsatz durch Koordination des Ressourcenverbrauchs
- Schaffung einer bedarfsgerechten Versorgung mit Pflegeleistungen durch Analyse des Personalbedarfs über alle Stationen
- Restrukturierung der Medizinischen Kliniken

Die als Projekte definierten Massnahmen ermöglichen eine konsequente Umsetzung. Unter Führung des Vorstandes sollen die Massnahmen abgearbeitet werden. Für ein fortlaufendes Projektcontrolling der Umsetzungsfortschritte ist geplant, die Einzelprojekte im zentralen Projektmanagement abzubilden. Unterstützt wird das Projektmanagement durch die Nutzung des EDV-Programms PL@ZA.

Hinsichtlich der dritten genannten Einspar-kategorie im Bereich der Administration wird beabsichtigt, durch Vertragsverhandlungen mit den Dienstleistern und Veränderungen in der Speiserversorgung ein signifikantes Einsparvolumen im Sachkostenbereich zu erzielen. Personalkosteneinsparungen lassen sich aufgrund von Fluktuation und Vereinheitlichung von Aufgabenprozessen erreichen.

Diese positiven Effekte der Einsparprojekte für den Standort Lübeck haben langfristigen Charakter, so dass sie sich in den Folgejahren fortschreiben werden. Falls erforderlich, wird der Vorstand zu gegebener Zeit über weitere Steuerungsmassnahmen beraten und entscheiden.

5. Der Lagebericht

5.7 Umweltrisiken

5.7.1 Röntgeneinrichtungen und ionisierende Strahlung

Die Funktion des Strahlenschutzverantwortlichen des UKL übt der Ärztliche Direktor aus. Der Strahlenschutz beim Umgang mit diagnostischen und therapeutischen Röntgengeräten, After-Loading Anlagen sowie bei Tätigkeiten in den Isotopen-Laboratorien mit offenen radioaktiven Präparaten wird durch einen Strahlenschutzbeauftragten sichergestellt. Die Aufgaben sind in der Strahlenschutzverordnung festgeschrieben. Die Einhaltung der Vorschriften wird durch den vom Ärztlichen Direktor bestellten Strahlenschutzbevollmächtigten überwacht.

Alle Mitarbeiter, die in den Kontrollbereichen tätig sind, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

Desweiteren wird die technische Funktionsfähigkeit der Anlagen durch regelmäßige Untersuchungen des TÜVs oder anderer Einrichtungen sichergestellt.

5.7.2 Gentechnik

Der Vorstand ist für den Schutz von Leben und Gesundheit von Mensch und Umwelt vor möglichen Gefahren von gentechnischen Verfahren verantwortlich.

Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Ärztlichen Direktors.

Beraten wird er dabei durch die Beauftragte für Biologische Sicherheit (BBS) und den Gentechnikbevollmächtigten (GB).

Zur ständigen Wahrung der gentechnischen Sicherheit in allen Einrichtungen des UKL überwachen BBS und GB die verantwortlichen Projektleiter.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den gentechnischen Anlagen der Sicherheitsstufe 2 tätig sind und mit humanpathogenen Organismen umgehen, unterliegen der regelmäßigen betriebsärztlichen Überwachung.

5.7.3 Abfallentsorgung

Verantwortlich für die Abfallvermeidung bzw. die für die Umwelt schadlosen und nach Maßgabe des KrW-/AbfG durchzuführenden Abfallentsorgungen am UKL ist der Vorstand. Innerhalb des Vorstandes fällt diese Verantwortung in den Geschäftsbereich des Kaufmännischen Direktors.

Alle Maßnahmen im Rahmen der Abfallentsorgung werden durch den Betriebsbeauftragten für Abfall überwacht.

Durch die ordnungsgemäße Beseitigung der infektiösen, schadstoffhaltigen und giftigen bzw. radioaktiven Abfälle werden Schäden an der Umwelt vermieden.

5. Der Lagebericht

5.8 Apotheke

Die Apotheke des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck sieht ihre Aufgaben als Dienstleistungszentrum und bietet folgende Leistungen an:

Beschaffung und Herstellung von Arzneimitteln und Laborbedarf sowie die Belieferung der Verbrauchsstellen, Anfertigen von Infusionslösungen und sterilen Zubereitungen (z.B. zentrale Zytostatikazubereitung, Herstellung von Ernährungsbeuteln für die Pädiatrie), Arzneimittelinformation, Mitarbeit bei klinischen Studien und Budgetberatung.

Durch Kommunikation mit den Kliniken, Umstellung von Medikation, Bedarfsmanagement und Budgetberatungen konnte der Verbrauch an Arzneimitteln und Laborbedarf für den stationären Bereich erneut gesenkt werden. Durch Verhandlungen mit den Krankenkassen war es möglich, die ambulante Versorgung der Patienten auszubauen und die Negativbilanz in diesem Bereich zu minimieren.

5.8.1 Arzneimittelversorgung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Apotheke liegt in der Beschaffung, Lagerung und Ausgabe von Arzneimitteln, Blutprodukten, Infusionslösungen und Desinfektionsmitteln für die Stationen, Institute und Funktionsbereiche der Kliniken sowie die von der Apotheke versorgten, externen Krankenhäuser.

Das Jahresumsatzvolumen für Arzneimittel belief sich im Jahr 2002 auf ca. T€ 13.500. Im Jahr 2002 wurden fast alle Stationen an die

Online-Bestellung von Arzneimitteln angebunden (Ausnahme: Dermatologie). Für 2003 sollen auch die Polikliniken, OP's und Anästhesien sowie die Stationen der Dermatologie an das Online-Bestellsystem angeschlossen werden. Mit den Stationen der externen Krankenhäuser werden Gespräche bzgl. einer Anbindung geführt werden. Ebenfalls 2003 soll der Kommissionierautomat in der Apotheke in Betrieb genommen werden, um die Qualität der Arzneimittelversorgung weiter zu steigern.

5.8.2 Laboreinkauf

Durch erfolgreiche Preisverhandlungen und die weiterhin sukzessive Umstellung der Routineanalytik auf modernere Vertragsformen konnten die Kosten der Laborverbrauchsgüter inkl. Reagenzien- und Diagnostikakosten gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % gesenkt werden. Das Einkaufsvolumen der Apotheke für diese Warengruppen betrug im Jahr 2002 T€ 9.330 gegenüber T€ 10.100 im Jahr 2001. Somit konnten die Sachkosten in diesem Bereich bereits das 5. Jahr in Folge, sogar bei leicht fallender Tendenz, konstant gehalten werden.

5.8.3 Sitzungen und Kommissionen

Die koordinierte Funktion der Apotheke innerhalb des Klinikums hat auch in diesem Jahr wieder weitreichende Ergebnisse erzielt. So konnten mehrere Leitlinien geschaffen werden, um den rationalen Gebrauch von Arzneimitteln sicher zu stellen.

5. Der Lagebericht

Viel Zeit wurde im Berichtsjahr benötigt, um die Grundlagen für eine Zusammenführung der Universitätsklinik Kiel und Lübeck zu schaffen. Da hier grundlegend andere Versorgungsformen vorzufinden sind, (Lübeck Eigenerstellung, Kiel Fremdvergabe) ist eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Versorgung notwendig, um eine optimale Lösung für die Zukunft des UK S-H zu finden.

5.8.4 Arzneimittelherstellung

Nicht alle notwendigen Arzneimittel können von der Industrie zur Verfügung gestellt werden. Für die vielseitigen Universitätskliniken ist es daher unverzichtbar, dass die Krankenhausapotheke auf spezielle Wünsche aus der Pflege- und Ärzteschaft eingehen kann.

Die Herstellungsbereiche der Apotheke gliedern sich in: Rezeptur, Defektur, Sterilabteilung incl. pädiatrischer Zubereitungen und Zytostatikaabteilung.

5.8.5 Defektur/ Rezeptur

Im Jahr 2002 wurden im Bereich Defektur/Rezeptur sowohl patientenindividuelle als auch in Chargen gefertigte Herstellungen zur Verfügung gestellt, die nicht als handelsübliche Fertigarzneimittel erhältlich sind. Das für den Akutschmerzdienst der Uniklinik hergestellte Dipidolor-Reservoir für PCA-Schmerzpumpen konnte um 50% auf 729 Stück gesteigert werden. Desweiteren konnte das Lavasept-Gel als Therapiestandard zur Wundbehandlung bei der chirurgischen Ver-

sorgung von akuten und chronischen Knochen- und Weichteilinfektionen etabliert werden (2785 Stück, +150%). Eine sowohl aus pharmazeutischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvolle Neueinführung stellte die rt-pa-Lösung (Actilyse) für die Augen-OP zur intravitrealen Anwendung dar. Die Herstellung stellte ebenfalls einen kompetenten Partner für die Durchführung von wissenschaftlichen Studien dar, insbesondere für die Augenklinik, die Dermatologie, die Psychiatrie und die Endokrinologie. In 2002 wurden 1392 Herstellungen angefertigt, die der Sicherung und Durchführung von rationellen Arzneimitteltherapien im Klinikum dienen.

5.8.6 Sterillabor

Im Bereich Sterilproduktion wurden im wesentlichen nicht handelsübliche Lösungen hergestellt. Die Infusionslösungen werden auf Sterilität und Pyrogenfreiheit geprüft. Das Sortiment wurde auch in diesem Jahr erweitert und an die Bedürfnisse der Stationen angepasst. Durch die Neueinführung einer Amantadinlösung konnte die Wirtschaftlichkeit der Abteilung weiter gesteigert werden. Im Jahr 2002 wurden ca. 54.000 Flaschen abgefüllt.

5.8.7 Zytostatikaherstellung

Im Jahr 2002 wurden in der Zytostatikaabteilung 7531 applikationsfertige Zytostatikazubereitungen hergestellt. Die Frauenklinik war auch in diesem Jahr mit 40% aller Anforderungen Hauptabnehmer, gefolgt von der Kinderklinik mit 26%.

5. Der Lagebericht

Neu hinzugekommen ist ab April die Versorgung der Urologie. Die Anforderungen von dort zeigen eine steigende Tendenz.

Der Neubau der Zytostatika-Abteilung der Apotheke begann im Februar 2002. Er ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass nur noch die Inneneinrichtung der Räume fehlt. Es wird damit gerechnet, dass im April 2003 mit dem Umzug in die neuen Räume begonnen werden kann.

Im Hinblick auf die Vergrößerung der Zytostatika-Abteilung wurde Cato, ein neues Software-Programm zur Zytostatikaherstellung, eingekauft. Es wurde im Juli 2002 installiert. Nach Eingabe der Stammdaten und der im Klinikum gebräuchlichen Schemata wurde im September mit der Herstellung begonnen, zunächst noch parallel zu Cypro, dem bisher verwendeten Programm, seit November wird ausschließlich mit Cato gearbeitet. Zusätzlich von Cato erworbene Stationslizenzen ermöglichen es künftig, die bestehende Vernetzung der Computersysteme des Klinikums zu nutzen, und die von den Stationen elektronisch erfassten Anforderungen direkt - ohne Umweg über das Papier - in den Computer der Apotheke zu übertragen.

5.8.8 Pädiatrische Infusionen

Seit Mitte letzten Jahres werden in der Kinderklinik aseptisch unter standardisierten Bedingungen Lösungen für die parenterale Ernährung, sowie als Therapieadjuvans für onkologische Patienten, hergestellt.

Im Jahr 2002 wurde die Angebotspalette erweitert. Es werden nun auch Lösungen zubereitet, die über einen Arterien- bzw Zentral-Venösen-Katheter appliziert werden. Desweiteren werden Studienmaterialien hergestellt, die zur Evaluierung von Daten zur Fettverträglichkeit dienen. Besonders kostspielige Medikamente werden applikationsfertig zubereitet. Damit lassen sich bis zu € 300 pro Tag und Patient einsparen. Die Schulung der Pflege (Pflegebereich VII) im Herstellen von aseptischen Zubereitungen wurde ausgeweitet.

Im Gemeinschaftsobjekt der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, der Kinderchirurgie und Apotheke wurden im Jahr 2002 1.480 Beutel Standard Ernährungslösungen und ca. 7.200 individuelle Zubereitungen hergestellt. Bezogen auf den gleichen Zeitraum des Vorjahres ergibt sich daraus eine um bis zu 240% erhöhte Inanspruchnahme der erbrachten Dienstleistungen.

5.8.9 Untersuchungslabor

Im Jahr 2002 wurden im Untersuchungslabor der Apotheken 551 Chargen Eigenherstellungen und 556 Ausgangsstoffe auf ihre pharmazeutische Qualität geprüft. Zu diesem Zweck wurden diverse Methoden eingesetzt wie IR-Spektroskopie, UV-metrische Messungen, chromatographische Verfahren und chemische Maßanalysen. Mit Hilfe der IR-Spektroskopie wurde die Zusammensetzung von 222 Nierensteinen analysiert.

5. Der Lagebericht

5.9 Beschaffung

5.9.1 Einkauf

Das Jahr 2002 war geprägt von den Bemühungen, das vorgegebene Budget unter Berücksichtigung steigender Fallzahlen und Änderungen in der Therapie einzuhalten.

Ein besonderer Schwerpunkt bei diesen Bemühungen war der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Unikliniken Göttingen und Magdeburg sowie der Medizinischen Hochschule Hannover. Es wurden Verträge mit zahlreichen Firmen der Medicalsparte abgeschlossen. Das generierte Einsparpotential lag allein für das UKL bei ca. T€ 180. Diese erfolgsversprechenden Ausschreibungen und Verhandlungen werden kontinuierlich fortgesetzt. Im Rahmen des Fusionsprozesses konnten erste gemeinsame Potentiale abgebildet werden, die zu weiteren Preisreduzierungen führten.

5.9.2 Investitionen

Im Jahre 2002 wurde die „Gerätekommission“ neu gestaltet. Es konnten nach intensiver Prüfung der Anträge innovative Geräte für die Bereiche Krankenversorgung und Forschung im Wert von T€ 450 angeschafft werden. Beispiele hieraus: Ausstattung der Abt. Phoniatrie u. Pädaudiologie; Diodenlaser für die Medizinischen Kliniken I und II; DHPLC-Analysesystem für die gemeinsame Nutzung der Institute für Human-genetik und Anatomie sowie der Kliniken für Neurologie und Chirurgie; Vakuumbiopsie-

system zum Mammographiegerät, für die Radiologie und Frauenklinik.

Im Rahmen der Großgerätebeschaffung (HBFG) wurde für die chirurgische Intensivstation eine neue Patientenüberwachungsanlage beschafft.

Weiterhin wurde die chirurgische Intensivstation um drei Intensivbettenplätze erweitert.

Aus dem Bereich „Ersteinrichtung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten“ ist die Planung und Kalkulation der Transplantationseinheit zu nennen. Hierfür wurden durch das Ministerium Mittel in Höhe von T€ 460 bewilligt. Die Beschaffung der Einrichtung soll im Jahr 2003 beginnen.

In gleicher Weise wurde die Planung des Neubaus für Informatik betreut. Auch hier soll die Einrichtung im Jahr 2003 beginnen.

Weiterhin wird an der Planung der Ersteinrichtung des Neubaus für Orthopädie und Neurochirurgie gearbeitet sowie die Ersteinrichtung des Hauses 4 (Psychiatrie/ Biometrie und Statistik) vervollständigt.

Für dringend nötige Ersatzbeschaffungen wurde ein Betrag von T€ 497 bereitgestellt. Hiermit wurden u. a. folgende Geräte beschafft: Laparoskopieturm für die Klinik für Chirurgie; TLD-Reader für das Institut für Radiologie sowie die Klinik für Strahlentherapie und Nuklearmedizin; Patientenüberwachungsgeräte und Narkosewagen für die

5. Der Lagebericht

Klinik für Anästhesiologie; Blutgasanalysegerät für die Intensivstationen 11a/ 12a (MK I und II). Weiterhin konnten Geräte aus ca. 45 Einzelanträgen angeschafft werden.

Für medizinische Geräte und Apparate wurden den Kliniken und Instituten insgesamt T€ 351 zugewiesen. Hieraus wurden diverse Beschaffungen getätigt.

In der Apotheke wurde ein Kommissioniersystem etabliert.

Der Betrieb des Instituts für Radiologie wird mit Hilfe einer Interimslösung aufrechterhalten. In diesem Zusammenhang wurden röntgentechnische Systeme gemietet, Räume umgebaut und eingerichtet sowie Dokumentationssysteme beschafft.

Weiterhin wurden diverse Beschaffungsanträge aus FUL-/ Bonus-/ und Drittmitteln bearbeitet.

5.9.3 Lagerwirtschaft

Durch eine weitere Anbindung von Stationen an das Modulsystem konnte die Vorratshaltung dieser Bereiche optimiert werden.

Das Artikelspektrum im Zentrallager wurde in Art und Umfang den Gegebenheiten der Modulversorgung angepasst.

Innerhalb der Fusionsgespräche mit dem UKK wurde intensiv über gemeinsame Logistiksysteme nachgedacht und deren Realisierung geprüft.

5.9.4 Gerätewirtschaft

Der im Jahr 2001 vorbereitete First-Line-Service zum Aufbau einer hausinternen Wartung von Medizingeräten hat seine Arbeit aufgenommen. In diesem Zusammenhang wurde eine Hotline eingerichtet.

Für die Klinik für Chirurgie sowie die Medizinischen Kliniken I. und II. sind auf Grundlage der Reinvestitionsplanungen detaillierte Vorschläge erarbeitet worden.

5. Der Lagebericht

5.10 Erläuterungen zur Vermögens- und Finanzlage

Für die Analyse der Vermögens- und Finanzstruktur werden nachstehende Bilanzpositionen, soweit sachlich geboten, gegeneinander aufgerechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten nach dem KHG sowie gegenüber dem Träger wurden miteinander verrechnet. Im Eigenkapital enthaltene, noch nicht verwendete Mittel, wurden den zweckgebunden Mitteln zugeordnet.

Aktiva	31.12.2002		31.12.2001		Abweichung T€
	T€	%	T€	%	
Anlagevermögen	305.739	86%	306.406	83%	-667
Vorräte	7.581	2%	7.907	2%	-326
Forderungen gegen den Träger	85	0%	2	0%	83
Kurzfristige Forderungen	32.269	9%	35.121	10%	-2.852
Flüssige Mittel	10.962	3%	18.627	5%	-7.665
Summe Aktiva	356.636	100%	368.063	100%	-11.427
Passiva					
Eigenkapital	16.371	5%	18.791	5%	-2.420
Sonderposten	298.387	84%	299.054	81%	-667
Summe langfristig verfügbare Mittel	314.758	88%	317.845	86%	-3.087
Zweckgebundene Mittel	562	0%	562	0%	0
Beauftragte Investitionen	4.279	1%	9.100	3%	-4.821
Kurzfristige Verbindlichkeiten	34.460	10%	37.082	10%	-2.622
Kurzfristige Verbindlichkeiten nach dem KHG	2.577	1%	3.474	1%	-897
Summe Passiva	356.636	100%	368.063	100%	-11.427

5. Der Lagebericht

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr.

Auf Seiten der Aktiva sank das Anlagevermögen um T€ 667 auf T€ 305.739 (Vorjahr T€ 306.406). Das Vorratsvermögen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 326. Im wesentlichen ist dieser Rückgang auf eine geringere Lagerhaltung zurückzuführen.

Die Forderungen gegenüber dem Träger erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 83.

Auf Seiten der Passiva verringerten sich die langfristig verfügbaren Mittel um T€ 3.087 unter anderem durch die Entnahme der Kapitalrücklage zur Finanzierung von Investitionen im Bereich der Neuroradiologie. Für diese Verwendung war die Kapitalrücklage zweckgebunden gebildet worden.

Die Sonderposten betreffen die für Investitionen verwendeten Zuschüsse des Trägers (T€ 292.391), die Förderung nach dem HBFG (T€ 3.881) sowie sonstige verwendete Fördermittel von Dritten (T€ 2.115).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 2.622 auf T€ 34.460 (Vorjahr T€ 37.082). Ursächlich für diese Verringerung ist vor allem die Auflösung der Rückstellungen für die BAT-Steigerungsrate nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Stabilisierung der Krankenhausausgaben.

5. Der Lagebericht

5.11 Erträge / Aufwendungen

Das Wirtschaftsjahr 2002 war durch vom Vorstand nicht zu vertretende äußere Rahmenbedingungen belastet.

So musste das Klinikum einerseits die zusätzlichen Kosten der anstehenden Fusion zum UK-SH erwirtschaften und andererseits den Sanierungsbeitrag zur VBL sowie die Tarifsteigerung der Personalkosten tragen. Gleichwohl konnte ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erwirtschaftet werden. Inten-

sive Vertragsverhandlungen konnten drohende Preissteigerungen bei den Material-, Energie- und Sachkosten abwenden. In einigen Bereichen wurden Preisreduzierungen durchgesetzt. Weiteres Einsparpotenzial wurde durch eine gestraffte Personalplanung realisiert.

	2002 T€	2001 T€	Veränderung in %
Betriebserträge	277.977	266.599	4,3
Personalaufwand	174.636	168.126	3,9
Materialaufwand	68.821	68.663	0,2
Sonstige Aufwendungen	35.335	31.319	12,8
Steuern / Zinsen (Saldo: Ertrag)	110	1.509	-92,7
Jahresfehlbetrag	705	0	

AKTIVA	Stand am 31.12.2002		Stand am 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.293.196,39		1.203.322,40
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	119.025.720,99		120.193.221,99	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. Wohnbauten auf fremden Grundstücken	1.250.411,00		1.298.525,00	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	3.634.671,73		3.634.671,73	
4. Technische Anlagen	62.459.559,00		64.937.657,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	35.569.297,00		32.146.866,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.463.121,30	304.402.781,02	82.992.020,63	305.202.962,35
III. Beteiligungen		43.000,00		0,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		7.244.216,21		7.552.809,58
2. Unfertige Leistungen		336.742,59		354.373,84
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: €5.008,56 (Vorjahr: T€0)	30.920.883,08		32.856.034,17	
2. Forderungen an den Krankenhausträger	84.576,74		2.208,05	
3. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: €0,00 (Vorjahr: T€0)	1.255.514,33	32.260.974,15	987.155,28	33.845.397,50
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		0,00
IV. Kassenbestand Guthaben bei Kreditinstituten		10.961.861,13		18.626.701,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten		92.789,13		1.277.397,82
Summe Aktiva		356.635.560,62		368.062.965,38

6. Bilanz des UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

PASSIVA

PASSIVA	Stand am 31.12.2002		Stand am 31.12.2001	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
1. Festgesetztes Kapital	14.101.013,78		14.101.013,78	
2. Kapitalrücklagen	1.874.983,36		4.294.252,53	
3. Gewinnrücklagen	957.248,12		957.248,12	
		16.933.245,26		19.352.514,43
B. Sonderposten aus Zuweisungen				
zur Finanzierung des Anlagevermögens				
1. Zuweisungen u. Zuschüsse der öffentlichen Hand	296.271.669,66		297.109.779,98	
2. Sonderposten aus sonstigen Zuweisungen	2.115.272,08	298.386.941,74	1.944.469,10	299.054.249,08
C. Rückstellungen				
Steuerrückstellungen		334.677,00		0,00
Sonstige Rückstellungen		10.916.288,43		13.144.253,34
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 10.091.195,59 (Vorjahr: T€ 8.755)	10.091.195,59		8.754.586,59	
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 4.278.979,46 (Vorjahr: T€ 9.100)	4.278.979,46		9.100.153,14	
3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 2.576.499,24 (Vorjahr: T€ 3.474) davon nach der BPfIV € 2.576.499,24 (Vorjahr T€ 3.474)	2.576.499,24		3.474.462,24	
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 13.117.733,90 (Vorjahr: T€ 15.183) davon aus Steuern € 174.833,66 (Vorjahr T€ 11) davon im Rahmen der Sozialsicherheit € 0,00 (Vorjahr T€ 0)	13.117.733,90	30.064.408,19	15.182.746,56	36.511.948,53
Summe Passiva		356.635.560,62		368.062.965,38

6. Gewinn- und Verlustrechnung

	2002	2002	2001	2001
	€	€	€	€
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	167.695.605,85		165.615.142,81	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	1.496.060,64		1.753.423,23	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	12.811.575,54		9.861.645,19	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	6.019.058,50		5.734.485,27	
5. Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen	-17.631,25		-93.992,45	
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand				
a) Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, soweit nicht unter Nr. 10	58.059.957,50		59.893.097,15	
davon Umwidmung in den Finanzplan	-1.331.773,66		-3.456.075,55	
davon Umwidmung aus dem Finanzplan	2.606.661,70		88.658,01	
b) sonstige Zuweisungen der öffentlichen Hand	150.663,81		202.807,17	
7. Sonstige betriebliche Erträge	30.487.265,17	277.977.443,80	26.999.540,25	266.598.731,08
8. Personalkosten				
a) Löhne und Gehälter	137.148.090,83		134.427.289,12	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 12.464.420,86 (Vorjahr T€ 9.505)	37.487.706,85		33.699.034,49	
9. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	55.991.261,49		56.336.267,17	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.829.674,78	243.456.733,95	12.326.482,75	236.789.073,53
Zwischenergebnis		34.520.709,85		29.809.657,55
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen				
a) Investitionszuschuß des Trägers				
- Zuschüsse	8.063.894,30		10.187.644,83	
- davon Umwidmung in den Erfolgsplan	-2.606.661,70		-88.658,01	
b) Zuwendung Fremdfinanzierung Ersteinrichtung	5.042.289,18		4.069.528,29	
c) Zuwendung Fremdfinanzierung HBFG	256.075,70		1.758.543,11	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	17.974.749,64		18.605.883,19	
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlageverm.	17.005.450,32	11.724.896,80	19.247.781,91	15.285.159,50
13. Abschreibungen	17.824.629,50		18.452.387,01	
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.236.448,50	-47.061.078,00	28.151.391,60	-46.603.778,61
Zwischenergebnis		-815.471,35		-1.508.961,56
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	538.806,81		1.586.662,98	
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.016,45	536.790,36	1.385,55	1.585.277,43
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-278.680,99		76.315,87
18. Steuern	426.413,77	-426.413,77	76.315,87	-76.315,87
19. Jahresfehlbetrag		-705.094,76		0,00
20. Entnahme aus Kapitalrücklage		705.094,76		0,00
21. Einstellung in Gewinnrücklage		0,00		0,00
22. Bilanzgewinn		0,00		0,00

7. Anhang

7.1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Das Klinikum an der Medizinischen Universität zu Lübeck ist seit dem 01.01.1999 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Medizinischen Universität zu Lübeck. Die Anstalt führt den Namen UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck.

Dem Klinikum obliegen die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung, sowie die sonstigen ihm auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen Aufgaben. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens.

Am 01.01.1999 ging das im Besitz des Klinikums als Landesbetrieb befindliche Vermögen, soweit für betriebliche Zwecke des Klinikums erforderlich, in das Eigentum des Klinikums über. Das Grundvermögen wird dem Klinikum dauerhaft zur Verfügung gestellt. Juristischer Eigentümer ist nach wie vor das Land Schleswig-Holstein.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 ist entsprechend den Gliederungsvorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

7. Anhang

7.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Anlagevermögen ist in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bewertet.

Bei beweglichen Anlagegütern wird auf die Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf die Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu € 410 (ohne Umsatzsteuer) und einer Nutzungsdauer von bis zu drei Jahren werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Anlagen im Bau werden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert.

Dem aus Fördermitteln und sonstigen Zuwendungen finanzierten Anlagevermögen stehen in Höhe der Buchwerte auf der Passivseite der Bilanz die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens gegenüber. In Höhe der noch nicht verwendeten Zuwendungen wurden entsprechende Verbindlichkeiten passiviert.

Die Vorräte der Apotheke und des sonstigen medizinischen Bedarfs sowie des Wirtschaftsbedarfs sind grundsätzlich zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Für derartige Vorräte in den Kliniken und Instituten wurden Festwerte gebildet.

Der Ansatz der Durchschnittswerte sowie der Festwerte erfolgte jeweils einschließlich Umsatzsteuer. Bei der Bewertung der unfertigen Leistungen (Überlieger) wurde angenommen, dass die Erlöse je Fallpauschale den Kosten des Klinikums entsprechen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennbetrag unter Abzug angemessener Wertberichtigungen bilanziert. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden daneben pauschal wertberichtigt. Forderungen, die älter als 5 Jahre sind, existierten zum Jahresabschluss nicht.

Unter den Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht werden Ansprüche nach HBFG auf Fördermittel zur Finanzierung von Investitionen in Höhe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt.

7. Anhang

Gemäß § 5 Abs. 6 KHBV weist das UKL unter dem Festgesetzten Kapital die Beträge aus, die der Krankenhausträger auf Dauer dem UKL zur Verfügung gestellt hat.

Die Bewertung der Rückstellungen entspricht den HGB-Vorschriften.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Zum Jahresabschluss existierten keine Verbindlichkeiten, die älter als 5 Jahre waren.

Bei der Ermittlung des Ergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung kommt das Gesamtkostenverfahren zur Anwendung.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.3 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im einzelnen im Anlagennachweis dargestellt.

Die Fortschreibung des Anlagevermögens wird mit Hilfe des eingesetzten SAP – Moduls „AM“ dokumentiert.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bilanzwert per	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€
Anfangsbestand	1.203	1.089
Zugänge	370	652
Umbuchungen	0	0
Abgänge	0	0
Abschreibungen	-280	-538
Endbestand	1.293	1.203

Unter dem Posten Immaterielle Vermögensgegenstände wurde entgeltlich erworbene Software aktiviert. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die immateriellen Vermögensgegenstände um T€ 90.

Sachanlagen

Bilanzwert per	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€
Anfangsbestand	305.203	305.058
Zugänge	17.081	18.217
Umbuchungen	0	0
Abgänge	-352	-159
Nachaktivierung (Restbuchwert)	16	2
Abschreibungen	-17.545	-17.915
Endbestand	304.403	305.203

Aus Anlagenabgängen wurden Verkaufserlöse in Höhe von T€ 264 erzielt. Die Erträge (Erlös ./ Restbuchwert) betragen T€ 61. Die Aufwendungen aus Anlagenabgängen beliefen sich auf T€ 150.

Beteiligungen

Bilanzwert per	31.12.2002 T€	31.12.2001 T€
Anfangsbestand	0	0
Zugänge	43	0
Umbuchungen	0	0
Abgänge	0	0
Endbestand	43	0

Das UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck hält Anteile an einer neu gegründeten Patentverwertungsgesellschaft sowie an der CEMET-GmbH.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

7.4 Umlaufvermögen

7.4.1 Vorräte

Der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und unfertigen Leistungen verringerte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€ 327.

Dies resultiert aus dem geringeren Bestand bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in Höhe von T€ 309 und den niedrigeren unfertigen Leistungen in Höhe von T€ 18.

Die Vorräte des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS gliedern sich wie folgt:

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
	T€	T€
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel	3.989	4.137
Medizinischer Bedarf	2.008	2.127
Wirtschaftsbedarf	34	43
Verwaltungsbedarf	83	122
Technischer Bedarf	456	423
Brenn- und Treibstoffe	148	132
Blutprodukte	526	569
Gesamt	7.244	7.553

Die Vorräte wurden, soweit keine Festwerte beibehalten wurden, zum Bilanzstichtag körperlich aufgenommen.

7.4.2 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen setzten sich am Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Forderungen

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
	T€	T€
Allgemeine Krankenhausleistungen	29.256	33.121
Nebentätigkeiten der Ärzte	2.312	1.497
Sonstige Forderungen	1.635	1.194
Zwischensumme	33.203	35.812
Einzel- und Pauschalwertberichtigung	-2.282	-2.956
Gesamt	30.921	32.856

Die Forderungen sind zum Nennbetrag bewertet. Die Verringerung der Forderungen aus Krankenhausleistungen ist auf den Erfolg des Forderungsmanagements des UKL zurück zu führen.

Erkennbare Ausfallrisiken wurden durch die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Höhe von T€ 2.259 (Vorjahr T€ 1.856) berücksichtigt.

Für das allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von T€ 23 (Vorjahr T€ 1.100) gebildet. Die Verminderung resultiert daraus, dass im Zuge der Fusion die Bewertungsmethoden an die Vorgehensweise des Universitätsklinikums Kiel angeglichen wurden.

Die sonstigen Forderungen beinhalten im wesentlichen Forderungen gegenüber sonstigen Debitoren, darunter hauptsächlich Forderungen aufgrund von Lieferungen und Leistungen an andere Krankenhäuser in Höhe von T€ 1.635 (Vorjahr T€ 1.194).

7.4.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 1.256 erhöhten sich um T€ 268. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der gegenüber 2001 zur Abbildung der Drittmittel geänderten Buchungssystematik.

Alle sonstigen Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit Ausnahme von T€ 5 ebenfalls innerhalb eines Jahres fällig.

7.4.4 Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten

Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen T€ 10.962 (Vorjahr T€ 18.627).

7.4.5 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.185 auf T€ 93 im Jahr 2002, im wesentlichen bedingt durch die Fusion und die damit verbundene Notwendigkeit der Angleichung der Buchungssystematik.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.5 Eigenkapital

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
	T€	T€
<i>Eigenkapital</i>		
Festgesetztes Kapital	14.101	14.101
Kapitalrücklage	1.875	4.294
Gewinnrücklagen	957	957

Entwicklung der Rücklagen:

	Stand 31.12.2001 €	Entnahme €	Zuführung €	Umgliederung €	Stand 31.12.2002 €
Kapitalrücklage	4.294.252,53	2.419.269,17	0,00	0,00	1.874.983,36
Gewinnrücklagen	957.248,12	0,00	0,00	0,00	957.248,12
Ausweis	5.251.500,65	2.419.269,17	0,00	0,00	2.832.231,48

Die Bilanzposition Rücklagen sank im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um T€2.419 auf T€2.832 (Vorjahr T€5.252).

Die Entnahmen aus den Rücklagen wurden planmäßig zur Finanzierung der Intensivbetreuererweiterung Station 37a (Chirurgie) i. H. v. T€ 556 und T€ 1.159 zur Reinvestition in der

Neuroradiologie verwendet. Desweiteren wurden T€ 705 für den Ausgleich des Jahresfehlbetrages aus der Verlustrücklage innerhalb der Kapitalrücklage entnommen.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.6 Sonderposten

Die Sonderposten verringerten sich um T€ 667 auf T€ 298.387 (Vorjahr T€ 299.054).

Die Sonderposten bilden mit Ausnahme der Grundstücke den Gegenposten zum Anlage-

vermögen, den mit Zuschüssen des Trägers intern erwirtschafteten Mitteln aus Sonderverträgen sowie zweckentsprechenden Mitteln nach HBFVG und den zur Finanzierung von Anlagegegenständen eingesetzten Drittmitteln.

7.7 Rückstellungen

Entwicklung der sonstigen Rückstellungen:

	Stand 31.12.2001 €	Inanspruchnahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2002 €
Prozeßkosten / Schadensfälle	3.224.896,96	462.043,29	265.961,71	463.708,61	2.960.600,57
Sonstige andere Rückstellungen	9.419.356,38	2.128.608,88	1.620.406,48	2.415.097,84	8.085.438,86
Rückstellungen für Bauunterhaltung	500.000,00	462.980,86	37.019,14	204.926,00	204.926,00
Ausweis	13.144.253,34	3.053.633,03	1.923.387,33	3.083.732,45	11.250.965,43

Die sonstigen anderen Rückstellungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.334 auf T€ 8.085. Im wesentlichen ist der Rückgang auf die Inanspruchnahme der Rückstellungen für Altersteilzeit sowie eine

Auflösung der Rückstellung für die Personalkostensteigerung nach §1 Abs. 1 Stabilisierungsgesetz zurückzuführen.

7. Anhang Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

7.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um T€ 1.337 auf T€ 10.091 (Vorjahr T€ 8.754).

Der Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger reduzierte sich um T€ 4.821 auf T€ 4.279 (Vorjahr T€ 9.100) aufgrund des teilweise abgebauten Investitionsstaus.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht sanken um T€ 898 auf T€ 2.576 (Vorjahr T€ 3.474). In dieser Bilanzposition werden Überzahlungen aufgrund der im vergangenen Jahr abgerechneten Pflegesätze ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Bilanzwert per	31.12.2002	31.12.2001
Drittmittel	5.051	6.818
Sonderverträge	672	927
Zugewiesene aber noch nicht verwendete Mittel für besondere Forschungs- und Lehrvorhaben	2.899	3.671
Lohnsteuer/ Sozialversicherungsbeiträge	990	1.019
Umsatzsteuer	175	0
Noch nicht ausgezahlte Bereitschaftsvergütungen	1.240	1.138
Andere sonstige Verbindlichkeiten	2.091	1.610
Ausweis	13.118	15.183

Die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 2.065 auf T€ 13.118 (Vorjahr T€ 15.183). Diese Reduktion resultiert im wesentlichen aus der Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Drittmittelgebern und aus Forschung und Lehre.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 167.696 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Krankenhausleistungen

	2002	2001
	T€	T€
Erlöse aus Pflegesätzen	126.013	130.128
Erlöse aus Fallpauschalen	26.179	24.571
Erlöse aus Sonderentgelten	13.436	12.401
Erlöse aus vor- und nachstationären Behandlungen	845	998
Sonstige Erlöse	325	153
Ausgleiche	898	-2.636
Ausweis	167.696	165.615

Unter dem Posten **Erlöse aus Wahlleistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 1.496 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus Wahlleistungen

	2002	2001
	T€	T€
Erlöse aus Einbett-/Zweibettzimmern	1.489	1.745
Sonstige	7	8
Ausweis	1.496	1.753

Auf Grundlage einer gemeinsamen Empfehlung der PKV und DKG für die Bemessung der Entgelte für eine Wahlleistungsunterkunft, wurden die Preise in angemessener Form reduziert. Daraus resultierten Erlösminderungen i. H. v. T€ 257 gegenüber dem Vorjahr.

Die Wahlleistungsentgelte betragen in 2002:

	01.01.-31.07. € pro Tag	01.08.-31.12. € pro Tag
Einbettzimmer	95,00	83,50
- mit Nasszelle	103,00	93,00
Zweibettzimmer	59,00	36,50
- mit Nasszelle	64,00	42,50
Begleitperson	20,00	20,00

Unter dem Posten **Erlöse aus ambulanten Leistungen** werden Erträge in Höhe von T€ 12.812 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erlöse aus ambulanten Leistungen

	2002	2001
	T€	T€
Kassenärztliche Vereinigung	4.122	3.280
Selbstzahler	741	724
Sozialleistungsträger	1.642	1.715
Erlöse aus Unfallbehandlung	219	0
Erlöse aus ambulanten Operationen	553	497
Erlöse aus Medikamentenverkäufen	5.535	3.646
Ausweis	12.812	9.862

Die Erlöse durch die Kassenärztliche Vereinigung erhöhten sich gegenüber 2001. Die Umwandlung von Institutsermächtigungen in persönliche Ermächtigungen führte zu Erlöseinbußen in 2001. In 2002 hat sich die Situation normalisiert. Die Erlöse aus Medikamentenabgabe konnten erheblich durch Mehrleistungen gesteigert werden.

Unter dem Posten **Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte** werden Erträge in Höhe von T€ 6.019 (Vorjahr T€ 5.734) ausgewiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Verminderung (Vorjahr Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Leistungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 18 (Vorjahr T€ 94) ausgewiesen.

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Erträge** wird ein Saldo von T€ 30.487 ausgewiesen. Über die Zusammensetzung informiert nachstehende Tabelle:

Sonstige betriebliche Erträge

	2002	2001
	T€	T€
Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	1.631	2.040
Hilfs- und Nebenbetriebe	4.183	3.824
Sonderverträge	1.118	1.442
Zuwendungen Dritter zur Finanzierung lfd. Aufwendungen	9.378	12.434
Anlagenverkäufe	61	20
Auflösung von Rückstellungen	1.923	2.596
Auflösung von Wertberichtigungen	1.077	735
Sonstige ordentliche Erträge	8.442	1.478
Periodenfremde Erträge	2.674	2.431
Ausweis	30.487	27.000

In den **Zuwendungen Dritter zur Finanzierung laufender Aufwendungen** sind im Vorjahr einmalige CEMET-Zuwendungen enthalten, die nach der endgültigen Festlegung der Finanzierungswege nicht mehr über die Buchführung des UKL abgewickelt werden.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** erhöhten sich um T€ 6.964 gegenüber dem Vorjahr. Dies ist ganz maßgeblich durch die geänderte Buchungssystematik bei den Drittmitteln begründet. Den Erträgen stehen aber entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Unter dem Posten **Personalaufwendungen** wird ein Saldo in Höhe von T€ 174.636 ausgewiesen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Personalaufwendungen

	2002	2001
	T€	T€
Löhne und Gehälter	137.148	134.427
Sozialabgaben, Altersversorgung und Beihilfen	37.488	33.699
Ausweis	174.636	168.126
davon für Altersversorgung	12.464	9.505

Der Anstieg der Personalaufwendungen wurde durch die Tarifierhöhungen für Löhne und Gehälter, einen Sanierungsbeitrag an die Zusatzversorgung des Bundes und der Länder (VBL), die fusionsbedingte Mehrarbeit und durch die Zuführung zur Rückstellung für den Versorgungsausgleich wissenschaftlicher Beamter geprägt.

Die Bezahlung der Beschäftigten erfolgt für Beamte nach dem Bundesbesoldungsgesetz, für die Angestellten nach dem Bundesangestelltentarif Bund und Länder und für die Lohnempfänger nach dem Manteltarifvertrag für Arbeiter.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Angestellte und Lohnempfänger sind bei Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert und erhalten bei Eintritt des Versicherungsfalles eine Zusatzrente. Im Rahmen der Tarifverträge wird Arbeit in Altersteilzeit ermöglicht.

Entsprechend den Bestimmungen innerhalb des Landes Schleswig-Holstein besteht auch am UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck ein Frauenförderplan.

Unter dem Posten **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 55.991 ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ohne bezogene Leistungen

	2002	2001
	T€	T€
Lebensmittel	2.693	2.882
Medizinischer Bedarf	47.928	47.724
Wasser, Energie, Brennstoffe	4.317	4.442
Wirtschaftsbedarf	1.053	1.288
Ausweis	55.991	56.336

Aufwendungen für bezogene Leistungen

	2002	2001
	T€	T€
Medizinischer Bedarf	4.398	3.528
Wirtschaftsbedarf	8.052	7.976
Sonstige (Drittmittel)	380	822
Ausweis	12.830	12.326

Die **bezogenen Leistungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 504. Dies ist im wesentlichen auf die gestiegenen medizinischen Leistungen durch Dritte zurückzuführen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** werden Erträge in Höhe von T€ 10.755 ausgewiesen.

Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen

	2002	2001
	T€	T€
Investitionszuschuss	5.457	10.099
Zuwendungen Fremdfinanzierung Ersteinrichtung	5.042	4.069
Zuwendungen Fremdfinanzierung HBFG	256	1.759
Ausweis	10.755	15.927

Der Posten **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zur Finanzierung des Anlagevermögens** sank um T€ 631 auf T€ 17.975 (Vorjahr T€ 18.606).

Der Posten **Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten und Verbindlichkeiten zur Finanzierung des Anlagevermögens** verringerte sich um T€ 2.243 auf T€ 17.005 (Vorjahr T€ 19.248).

Unter dem Posten **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 17.825 (Vorjahr T€ 18.452) ausgewiesen.

Den Abschreibungen stehen in voller Höhe Auflösungen von Sonderposten gegenüber. Bezüglich der Zuordnung der Abschreibungen wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

7. Anhang Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Unter dem Posten **Sonstige betriebliche Aufwendungen** werden Aufwendungen in Höhe von T€ 29.236 ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2002	2001
	T€	T€
Verwaltungsbedarf	10.582	8.474
Instandhaltung	10.449	11.392
Sonstige Abgaben	472	463
Versicherungen	932	761
Aufwendungen für Einzel- und Pauschalwertberichtigung	612	731
Abschreibungen auf Forderungen	435	15
Sachaufwand der Ausbildungsstätten	222	241
Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.898	3.930
Aufwendungen aus dem Abgang vom Anlagevermögen	150	154
Periodenfremde Aufwendungen	1.478	1.987
Freibehandlungen	6	3
Ausweis	29.236	28.151

Der Aufwand für den Verwaltungsbedarf stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.108. Dies ist zum Teil in den erstmalig auftretenden Kosten der Fusion, wie z. B. Beratungskosten, sowie in Zusatzkosten für die GMSH begründet.

Die Aufwendungen für Instandhaltung verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 943. Dies liegt vor allem an der Verringerung der Aufwendungen für bauliche Anlagen.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen stehen erheblichen Mehrbelastungen aus der Zuführung zur Rückstellung für Schadenszahlungen (T€ 763) deutlich mit T€ 1.481 gesunkene Aufwendungen aus Drittmitteln gegenüber.

Die Abschreibungen auf Forderungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 420. Dieses beruht im wesentlichen auf Niederschlagungen von uneinbringlichen Forderungen aus früheren Geschäftsjahren.

7. Anhang Sonstige Angaben

Mitglieder des Aufsichtsrates bis 31.12.2002

Stimmberechtigte Mitglieder bis 31.12.2002

Ministerialdirigent a. D. Uwe Lützen

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Regierungsdirektor Klaus Dietrich Neuhausen

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein
(bis 25.02.2002)

Mdgt. Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein
(ab 26.02.2002)

Ministerialdirigent Bernd Schloer

Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Hans Arnold

Rektor der Universität zu Lübeck
(bis 31.05.2002)

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein

Rektor der Universität zu Lübeck
(ab 01.06.2002)

Edda Tichelmann

Vertreterin der Beschäftigten des
Universitätsklinikums Kiel

Barbara Scheel

Vertreterin der Beschäftigten des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Prof. Dr. Karl Heinz Rahn

Sachverständiger aus der medizinischen Wissen-
schaft
Med. Poliklinik der Westfälischen Wilhelms-
Universität / Innere Medizin D

Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben
Peter Kölln KGaA

Beratende Mitglieder bis 31.12.2002

Prof. Dr. Walter Jonat

Universitätsklinikum Kiel
Direktor der Klinik für Gynäkologie und Geburts-
hilfe

Prof. Dr. Alfred Feller

UNIVERSITÄTSKLINIKUM Lübeck
Direktor des Institutes für Pathologie

Dr. Christiane Hinck-Kneip

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Kiel

Dr. Hauke Nielsen

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
UNIVERSITÄTSKLINIKUMs Lübeck

Kirstin Bachmann

Vertreterin der Studierenden der
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Jens Ebnet

Vertreter der Studierenden der
Universität zu Lübeck

Gudrun Primosigh

Gleichstellungsbeauftragte des
Universitätsklinikums Kiel
(ab 21.01.2002)

Dr. Sabine Voigt

Frauenbeauftragte der Universität zu Lübeck

Wilhelm Kuhn

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr – Bezirksverwaltung Lübeck

7. Anhang Sonstige Angaben

Mitglieder des Aufsichtsrates der Nachfolgeorganisation Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ab 01.01.2003

Staatssekretär Dr. Hellmut Körner

Vorsitzender des Aufsichtsrates des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein
Vertreter des Ministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein

Staatssekretär Uwe Döring

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein

Staatssekretär Horst-Dieter Fischer

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-
Holstein

Prof. Dr. Reinhard Demuth

Rektor der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Prof. Dr. Alfred Xaver Trautwein

Rektor der Universität zu Lübeck

Dr. Hauke J. Nielsen (bis 05.06.2003)

Vertreter des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Dr. Christiane Hinck-Kneip (ab 06.06.2003)

Vertreterin des wissenschaftlichen Personals des
Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Edda Tichelmann

Vertreterin des nichtwissenschaftlichen Personals
des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein I

Prof. Dr. Eva-B. Bröcker

Direktorin der Klinik und Poliklinik für Hautkrank-
heiten der Universität Würzburg
Sachverständige aus der medizinischen Wissen-
schaft

Uwe Petersen

Sachverständiger aus dem Wirtschaftsleben

7. Anhang Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter*

Im Jahresdurchschnitt waren folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Universitätsklinikum Lübeck beschäftigt:

	2002	2001
Angestellte/Lohnempfänger	4.313	4.322
Beamte	79	83
Auszubildende	254	257
Summe	4.646	4.662

* incl. DRK-Schwesternschaft

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Ärztlicher Direktor
Vorsitzender des Vorstandes
Geschäftsbereich Vorstandsvorsitzender und Ärztlicher Direktor

Dr. rer. pol. Klaus Schmolling (ab 01.06.2002)
Kaufmännischer Direktor
Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes
Kaufmännischer Geschäftsbereich

Dipl.-Kaufm. Helmut Schüttig (bis 30.04.2002)
Kaufmännischer Direktor
Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes
Kaufmännischer Geschäftsbereich

Barbara Schulte
Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice
Geschäftsbereich Krankenpflege und Patientenservice

Prof. Dr. Dieter Jocham (bis 02.07.2002)
Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck
Direktor der Klinik für Urologie

Prof. Dr. Eberhard Schwinger (ab 03.07.2002)
Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck
Direktor des Institutes für Humangenetik

Die Gesamtbezüge der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder betragen in 2002 T€ 183.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nur im Rahmen der Aufwendungen für Mieten in Höhe von T€ 1.201.

Träger des UNIVERSITÄTSKLINIKUMS Lübeck ist das Land Schleswig Holstein.

Lübeck, der 11.09.2003

Prof. Dr. Detlef Kömpf
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. rer. pol. Klaus Schmolling
Kaufmännischer Direktor

Barbara Schulte
Direktorin für Krankenpflege und Patientenservice

Prof. Dr. Eberhard Schwinger
Dekan der Medizinischen Fakultät

8. Entwicklung des Anlagevermögens

Anschaffungskosten

Bilanzposten	Anfangsstand 01.01.2002 €	Zugang €	Um- buchungen €	Abgang €	Nach- aktivierung €	Endstand 31.12.2002 €
1	2	3	4	5	6	7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.334.351,04	369.782,14	150,80	0,00	0,00	4.704.283,98
II. Sachanlagen						
1 Grundstücke und · grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	155.181.030,10	13.181,82	1.872.055,32	0,00	0,00	157.066.267,24
2 Grundstücke und · grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich Wohnbauten auf fremden Grundstücken	2.338.415,61	0,00	0,00	0,00	0,00	2.338.415,61
3 Grundstücke und · grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	3.634.671,73	0,00	0,00	0,00	0,00	3.634.671,73
4 Technische Anlagen	120.264.003,03	90.954,13	2.850.710,70	0,00	0,00	123.205.667,86
5 Einrichtungen und · Ausstattungen	152.480.888,39	8.825.156,96	3.807.595,54	2.039.743,13	20.674,10	163.094.571,86
6 geleistete · Anzahlungen und Anlagen im Bau	82.992.020,63	8.151.440,90	-8.530.512,36	149.827,87	0,00	82.463.121,30
Summe Sachanlagen	516.891.029,49	17.080.733,81	-150,80	2.189.571,00	20.674,10	531.802.715,60
7 · Beteiligungen	0,00	43.000,00	0,00	0,00	0,00	43.000,00
GESAMT	521.225.380,53	17.493.515,95	0,00	2.189.571,00	20.674,10	536.549.999,58

8. Entwicklung des Anlagevermögens

Abschreibungswerte

Anfangsstand 01.01.2002 €	Abschreibungen des Geschäfts- jahres €	Entnahme für Abgänge €	Nach- aktivierung €	Endstand 31.12.2002 €	Restbuchwerte Stand 31.12.2002 €	Restbuchwerte Stand 31.12.2001 €
8	9	10	11	12	13	14
3.131.028,64	279.976,01	0,00	0,00	3.411.087,59	1.293.196,39	1.203.322,40
34.987.808,11	3.052.738,14	0,00	0,00	38.040.546,25	119.025.720,99	120.193.221,99
1.039.890,61	48.114,00	0,00	0,00	1.088.004,61	1.250.411,00	1.298.525,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.634.671,73	3.634.671,73
55.326.346,03	5.419.762,83	0,00	0,00	60.746.108,86	62.459.559,00	64.937.657,00
120.334.022,39	9.024.038,52	1.837.320,21	4.617,10	127.525.274,86	35.569.297,00	32.146.866,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	82.463.121,30	82.992.020,63
211.688.067,14	17.544.653,49	1.837.320,21	4.617,10	227.399.934,58	304.402.781,02	305.202.962,35
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	43.000,00	0,00
214.819.095,78	17.824.629,50	1.837.320,21	4.617,10	230.811.022,17	305.738.977,41	306.406.284,75